Nr. 90 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 46

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blick in die Bücherwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig, Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Mittwoch, den 23. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Dollar für Sowjetgranaten.

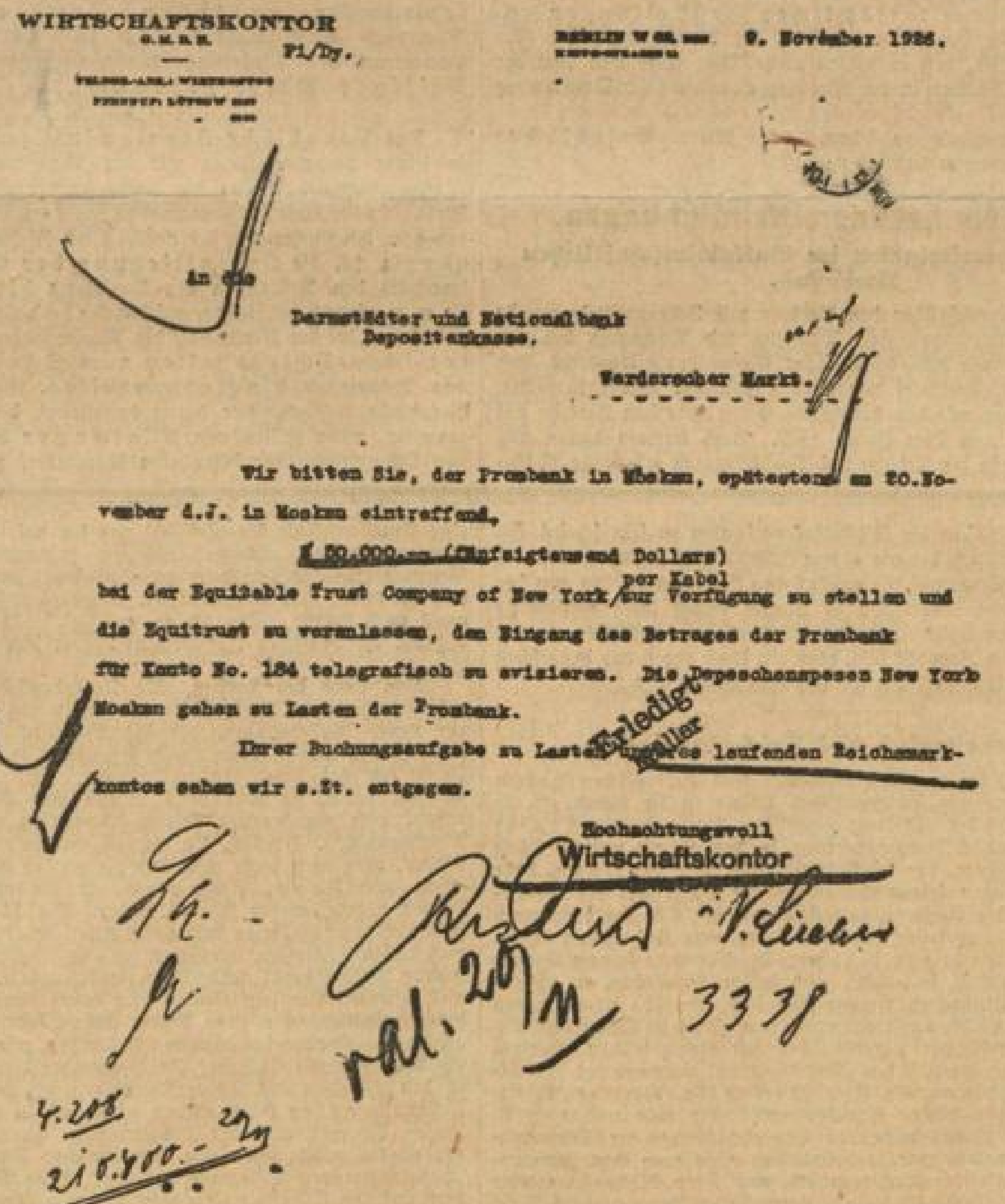
Es hilft kein Versteckspiel und kein Leugnen!

Die „Rote Fahne“ leugnet noch immer. Je präziser die Einzelheiten sind, die man über die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Reichswehrstellen vorbringt, desto krampfhafter schreit sie in die Welt hinaus: Alles Schwindel, alles Fälschungen! Durch diese Taktik geraten die Kommunisten in eine immer verzweifeltere Lage. Denn natürlich wissen sie ganz genau, daß alles wahr ist. Im ersten Augenblick, nach den Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ Anfang Dezember, waren die meisten von ihnen zweifellos ehrlich davon überzeugt, daß so etwas nicht wahr sein konnte. Denn die russischen Munitionslieferungen an die Reichswehr stellten einen derartigen Verrat Sowjetrußlands am deutschen Proletariat dar, daß die Richtigkeit dieser Behauptungen für ehrliche Kommunisten die jähe Zerstörung ihres ganzen Glaubens an die Aufrichtigkeit der bolschewistischen Politik gegenüber den eigenen Anhängern in Deutschland bedeuten mußte. Deshalb mögen ihre ersten Ableugnungen aus der inneren Ueberzeugung entsprungen sein, daß das nicht wahr sein konnte, weil es sonst zu abscheulich wäre.

Inzwischen haben die Führer der Kommunistischen Partei erfahren, daß alles doch wahr ist. Sie haben es schließen können aus dem Stillschweigen der amtlichen deutschen Stellen, die nicht versäumt hätten, sofort alles zu dementieren, wenn sie es hätten irgendwie dementieren können. Vor allem konnten sie die Wahrheit an den halben Geständnissen erkennen, die die Moskauer Presse nach vielen Tagen betretenen Schweigens stoßweise ablegte.

Indessen gab die Kommunistische Internationale durch Bucharin die Parole aus: „Alles weitere ableugnen und den Spieß umdrehen: die imperialistischen Mächte bereiten einen Angriffskrieg auf Sowjetrußland vor, und die Enthüllungen über die militärischen Beziehungen zwischen Reichswehrstellen und Bolschewiken sind nur ein Bestandteil dieser Kriegspropaganda.“ Charakterlos und sklavisch wie immer haben sich die Führer der deutschen Kommunisten diesem Befehl gefügt. Innerlich sind sie über die Doppelzüngigkeit der Sowjetregierung um so empörter, als gerade diese militärischen Geheimbeziehungen beweisen, welche Hampelmännerrolle Moskau ihnen gegenüber der deutschen Arbeiterschaft aufzwingt und jahrelang aufgezwungen hat. Am liebsten möchten sie selbst in die Welt hinausrufen: „Jawohl, es stimmt schon alles, aber Moskau hat sich im Interesse seiner Konsolidierung, also im Interesse der Weltrevolution, um jeden Preis bewaffnen wollen und sich daher sogar mit Seeckt verbündet!“ Das würde — bis auf die Weltrevolution — im großen und ganzen der Sachlage entsprochen haben, und viele kommunistische Arbeiter hätten diese Begründung wohl oder übel geschluckt. Statt dessen hat Moskau die KPD.-Zentrale gezwungen, zu lügen und wieder zu lügen und noch einmal zu lügen. Und keiner von den Erzkriechern aus der KPD.-Zentrale hat es bisher gewagt, gegen diese unmögliche Ableugnungsparole, die nur in eine hoffnungslose Sackgasse hineinführt, Front zu machen.

Angesichts dieser Feigheit sind wir nicht gewillt, den Kommunisten ihre Aufgabe zu erleichtern. Wir bringen heute das Faksimile jener Anweisung des Wirtschaftskontors an die Darmstädter und Nationalbank, 50 000 Dollar telegraphisch nach New York für die Prombank (Russische Staatsbank) zu überweisen. Die Tatsache dieser Zahlungen ist an sich nicht neu. Sie ist bereits sowohl im Dezember wie im Januar gegenüber Ableugnungsversuchen des kommunistischen Fraktionsvorsitzenden, Wilhelm Pieck, vom Genossen Kuttner im Preußischen Landtag zur Sprache gebracht worden.



WIRTSCHAFTSKONTOR G.M.B.H.

Pi/Dy.

BERLIN W 68, den 9. November 1926.

An die Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse.

Werderscher Markt.

Wir bitten Sie, der Prombank in Moskau, spätestens am 20.November d.J. in Moskau eintreffend,

$ 50.000.-- (Fünfzigtausend Dollars)

bei der Equitable Trust Company of New York per Kabel zur Verfügung zu stellen und die Equitrust zu veranlassen, den Eingang des Betrages der Prombank für Konto No. 184 telegrafisch zu avisieren. Die Depeschenspesen New York Moskau gehen zu Lasten der Prombank.

Ihrer Buchungsaufgabe zu Lasten unseres laufenden Reichsmarkkontos sehen wir s.Zt. entgegen.

Hochachtungsvoll
Wirtschaftskontor

Zur Erläuterung dieses Dokuments sei noch einmal kurz daran erinnert, daß der „Wirtschaftskontor G. m. b. H.“ der erst im Herbst 1926 abgeänderte Name der „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen“ ist, abgekürzt „Gefu“ mit Sitz in Berlin und Filiale in Moskau. Die „Gefu“ bzw. der „Wirtschaftskontor“ ist eine Abzweigung des Reichswehrministeriums für Waffen- und Munitionsbeschaffung. Sie besaß ein Konto bei der Depositenkasse Werderscher Markt der Darmstädter und Nationalbank (inzwischen ist dieses Konto zur Preußischen Staatsbank übergesiedelt). Verfügungsberechtigt über dieses Konto waren Oberst Oskar Buchholz, Leiter der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums, und Major Spangenberg von der gleichen Abteilung.

Daß die Reichswehr ihre Gelder an Moskau nicht telegraphisch verschenkte, sondern dafür konkrete Gegenleistungen erhielt, das wird sogar dem verbohrtesten Mitglied der KPD. einleuchten. Ueber die Art dieser Gegenleistungen dürfte es nach den Bekundungen der deutschen Arbeiter aus der Giftgasfabrik der „Gefu“ in Trozk und der Stettiner Hafenarbeiter keinen Zweifel mehr geben.

Jene Order des Wirtschaftskontors vom 9. Dezember 1926 war offenkundig eine Folge des Schreibens der Kommerz- und Industriebank der USSR. in Moskau vom 20. September 1926 an die „Gefu“, durch Kuttner in der Landtagssitzung vom 10. Dezember vorgelesen, das lautet:

Mit Gegenwärtigem ersuchen wir Sie, falls möglich, die Dresdener Bank und Darmstädter und Nationalbank, Berlin, beauftragen zu wollen, **alle Dollarbeträge, welche an genannten Banken zur Ueberweisung auf ihre laufende Rechnung bei uns eingezahlt werden, an die Equitable Trust Compagnie of New York**, 37 Wall Street, Telegr.-Adr. Equitrust New York, oder an die Chase Nationalbank of the City of New York, 37 Brodway, New York, Telegr.-Adr. Chasebank New York, auf unser Dollarkonto bei derselben telegraphisch zu überweisen und genannte Banken dabei zu instruieren, von jedem Eingang der Gelder uns kodiert drahtlich zu avisieren. Die Depeschenspesen unserer Korrespondenten würden wir auf unsere Kosten übernehmen.

In dieser Weise würde die betreffende Operation bedeutend beschleunigt und **Ihre Verluste an Zinsen vermieden.**

Ihrer gefälligen Rückäußerung hierüber entgegensehend, empfehlen wir uns Ihnen

hochachtend
Commerz- und Industriebank der USSR.

Was wird die „Rote Fahne“ morgen schreiben? Wahrscheinlich dasselbe wie bisher: „Lüge, Fälschung, imperialistische Kriegshetze gegen Sowjetrußland“. Darauf läßt sich nur im voraus mit dem klassischen Ausspruch ihres Heldentenors Höllein während der Keudell-Debatte im Reichstag antworten: „Ihre Stirn, Ihre Stirn möchte ich haben!“

Sowjetgranaten im Auswärtigen Ausschuß

Vorbesprechungen beim Reichskanzler.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger meldet:

Für Mittwoch vormittag 10 Uhr hat der Vorsitzende, Abg. Wallraf (Dnat.), den Auswärtigen Ausschuß zu einer Sitzung einberufen, auf deren Tagesordnung der deutsch-litauische Handelsvertrag und als zweiter Punkt die deutsch-russischen Beziehungen stehen. Zur Vorbereitung der Behandlung dieses zweiten Gegenstandes hatte Reichskanzler Dr. Marx im Laufe des Dienstagnachmittags mehrere Besprechungen mit Parteiführern. Er empfing zunächst die Sozialdemokraten, dann in gemeinsamer Besprechung die Führer der Regierungsparteien und im Anschluß daran die Demokraten. Da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt, dürfte in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Staatssekretär v. Schubert nicht allein in Vertretung des gegenwärtig im Auslande weilenden Reichsaußenministers zugegen sein, man erwartet vielmehr, daß auch Reichswehrminister Dr. Geßler an der Sitzung teilnehmen wird.

Die Teilnahme Geßlers ist um so selbstverständlicher, als dieser selbst im Haushaltsausschuß Auskünfte über die russischen Munitionslieferungen verweigert und auf den nicht öffentlich tagenden Auswärtigen Ausschuß als die zuständige Stelle hingewiesen hatte. Im übrigen ist zu bemerken, daß die gestrigen Besprechungen auf eine Initiative der Regierung zurückzuführen sind.

Simons erklärt sich.

Zum Thema: Sozialdemokraten als Richter.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hielt vor einigen Wochen in München einen Vortrag, in dem er, den Berichten zufolge, die Eignung von Sozialdemokraten zum Richterberuf wegen ihrer Stellung zum Klassenkampf in Zweifel zog. Diese Aeußerung, von der Simons alsbald erklärte, sie sei mißverständlich aufgefaßt worden, rief lebhafte Debatten hervor. Jetzt äußert sich Simons in der Vierteljahrsschrift für die sozial-kirchliche Arbeit „Evangelisch-Social" noch einmal ausführlicher zu diesem Thema.

Er schildert die Kämpfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus und kommt zu dem Ergebnis, Anton Menger habe „unwiderleglich nachgewiesen, daß das neue bürgerliche Recht Deutschlands in einseitiger Weise kapitalistische Interessen berücksichtigt und geschützt hat." Auch im Strafverfahren machten sich unsoziale Elemente geltend. Der angeklagte Proletarier könne sich schon deshalb nicht unparteiisch behandelt fühlen, „weil das Gericht und der Staatsanwalt eine Sprache sprechen, die nicht seine Sprache ist." Der Richter müsse darum im privaten Leben Beziehungen zu den Arbeitern nicht meiden, sondern geradezu suchen. Richter, die noch derartig im alten Klassenstaat verwurzelt sind, daß sie Mitglieder ehemals privilegierter Klassen als „Herr Angeklagter" oder „Exzellenz", andere aber ohne jede Achtungsanzeichen anreden, eigneten sich nicht zur Amtsführung im Deutschland der Weimarer Verfassung. Dann fährt Herr Dr. Simons wörtlich fort:

Ebenso würde ich einen Richter für ungeeignet halten, der so tief in dem Gedanken des Klassenkampfes versunken ist, daß er einen Vertreter des Bürgertum als Partei oder als Angeklagten nicht mit unbefangenen Augen betrachten und mit unbefangenem Kopf beurteilen kann. Das Wort „Klassenkampf" wird jetzt vielfach, seines programmatischen Charakters entkleidet, nur noch als Ausdruck einer wissenschaftlichen Auffassung von dem notwendigen Verlauf wirtschaftlicher Entwicklungen dargestellt. In diesem Sinne ist der Begriff naturgemäß für das praktische Handeln des Richters ohne Bedeutung. Nimmt man ihn aber in seinem ursprünglichen Sinne, so ist das Vertreten des Klassenkampfes auf dem Richterstuhl der deutschen Republik ebenso unstatthaft als es das Vertreten kastenmäßiger antirepublikanischer Tendenzen auf dem Richterstuhl wäre ...

Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung sanktionieren auf der einen Seite das Privateigentum und die bürgerliche Freiheit, auf der anderen die Solidarität der Volksgenossen und die soziale Arbeitsgemeinschaft. Es ist dringend erwünscht, daß Vertreter beider in der Weimarer Verfassung zusammengeschweißten, in Urelementen des menschlichen Seelenlebens begründeten Weltanschauungen sich mit gleicher Hingabe dem hohen Richterberuf widmen. **Zur monarchischen Zeit hatte ein Sozialdemokrat, so sehr er sich persönlich eignen mochte, keine Aussicht, zum Richter ernannt zu werden. Solcher Ausschluß eines großen und wichtigen Volksteils von der Staatsarbeit hat sich am deutschen Volke schwer gerächt. Heute ist zum Glück dieses Hindernis gefallen. Wenn doch auch bald alle inneren Hemmnisse fielen, die jetzt noch manchen Sozialisten abhalten, sich dem Staat, dem Richtertum zur Verfügung zu stellen!** Um so sicherer würde der Ausgleich zwischen Sozialismus und bürgerlicher Freiheit, den die Weimarer Verfassung sich zur Aufgabe gestellt hat, in der Arbeitsgemeinschaft des deutschen Richtertums erzielt werden, ohne daß es weiter einer Spaltung der Berufsgenossen durch einen „republikanischen Richterbund" bedürfte. Ich bin überzeugt, daß auch dasjenige deutsche Richtertum, das aus der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hervorgegangen ist und deren Gesetze ohne inneren Widerspruch anzuwenden vermag, in seinen Vertretern durchaus von sozialer Gesinnung erfüllt ist. Möge der Fortschritt der Gesetzgebung des Reiches, die bisher den Gedanken der Weimarer Verfassung noch durchaus nicht voll gerecht geworden ist, den deutschen Richtern gestatten, dieser ihrer sozialen Gesinnung auch im amtlichen Leben mehr als bisher zum Ausdruck zu verhelfen!

Die Meinung des Herrn Dr. Simons, ein Sozialdemokrat könne als Richter einen Bürgerlichen als Gegner betrachten und parteiisch gegen ihn verfahren, zeugt von einer gewissen Weltfremdheit. Jedenfalls sind die Gefahren der Justiz heute ganz wo anders zu suchen, als in dieser künstlich konstruierten Möglichkeit. Immerhin läßt sich über die Ansichten des Herrn Dr. Simons besser diskutieren, als über die Praxis des unter seiner Leitung stehenden Reichsgerichts, in der man nicht nur die „soziale Gesinnung", sondern auch jede Rücksicht auf den gesunden Menschenverstand vermißt.

Republikanischer Strafiarif.

Severing-Beschimpfung — 150 M. Geldstrafe.

Halle a. d. S., 22. Februar. (Eigener Bericht.) Anläßlich eines politischen Gesprächs in einer Gastwirtschaft in Holzweißig (Kreis Bitterfeld) bezeichnete der Ingenieur Fritz Räther aus Bitterfeld den Genossen Severing als einen „Idioten", der noch verrückter als Mussolini sei. Ebenso freundschaftlich wurden von ihm die Genossen Scheidemann und Hörsing bedacht. Er hatte sich daher jetzt wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten und fand natürlich auch einsichtsvolle Richter. Sie verurteilten ihn wegen der Beleidigung Severings, in der eine Herabsetzung der republikanischen Staatsform zu erblicken sei, zu einem Monat Gefängnis und 50 M. Geldstrafe, wandelten jedoch diese Strafe unter Berücksichtigung des angeheiterten Zustandes Räthers in eine Geldstrafe von 150 Mark um.

Unbequeme Blockgenossen.

Das Zentrum soll seinen Leuten den Mund verbinden.

Die neue Koalition zwischen Zentrum und Deutschnationalen kommt noch nicht zur richtigen Auswirkung, zumal im Zentrum das langjährige Verhalten der Deutschnationalen und ihrer Vorläufer gegen alles Katholische noch unvergessen ist. Der neue „Führer für Zentrumsredner" ist noch nicht heraus. Deshalb kommen in Zentrumsversammlungen noch nicht immer die Liebenswürdigkeiten zum Vorschein, die von den Westarpiten erwartet werden.

Die Deutschnationale Parteikorrespondenz nennt diesen Mangel „Kinderkrankheiten der neuen Koalition". Sie beschwert sich besonders über einen Ordenspater, der in Oberschlesien in einer Wahlversammlung u. a. gesagt hatte:

> „Der jahrzehntelange Kampf gegen den katholischen Volksteil in der Vorkriegszeit ist auf die protestantische Parteileitung (der Deutschnationalen) zurückzuführen, an deren Spitze der Evangelische Bund steht, und alle Ausnahmegesetze gegen die Katholiken, die ganze Hetze und Wühlarbeit sind seinerzeit unter dem besonderen Schutze der Deutschnationalen geschehen."

Gegenüber solchen tatsächlichen Feststellungen verlangt die offizielle Parteikorrespondenz der Deutschnationalen vom Zentrum kategorisch, daß es etwas mehr Takt zeige und „bei der Agitation seiner Redner in der Provinz etwas für Ordnung sorgt".

Wir sind neugierig zu sehen, wie dieser Befehl des Grafen im Zentrum befolgt wird!

Gegen die Lebensmittelfälschungen.

Das Lebensmittelgesetz im Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln wurde gestern im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags beraten. Die Sozialdemokratie gab dabei ihrer Genugtuung Ausdruck, daß endlich dieser Gesetzentwurf vorgelegt werde, der genau denselben Ursachen entspringt, wie das bestehende Gesetz über den Verkehr mit Nahrungsmitteln aus dem Jahre 1879. Auch damals hatten sich, genau wie heute, in der Kriegs- und Nachkriegszeit erhebliche Mißstände und Fälschungen ergeben, die einen großen Umfang angenommen hatten. Das neue Gesetz soll endlich Klarheit bringen, was im Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln erlaubt und was verboten ist. Dadurch wird dem Mangel des bisher geltenden Nahrungsmittelgesetzes abgeholfen und durch die Paragraphen 1 und 2 des Gesetzes klare Bestimmungen gegeben, was Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Sinne des Gesetzes sind.

Unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Landwirtschaft, der Industrie und der Verbraucher ist dieses Gesetz seit dem Jahre 1923 bereits beraten worden. Es unterscheidet sich vom Nahrungsmittelgesetz im wesentlichen dadurch, daß bisher im allgemeinen nur die Verkaufsräume der polizeilichen Kontrolle unterworfen waren, jetzt aber die Beamten und Sachverständigen ermächtigt werden sollen, auch diejenigen Räume zu besichtigen, in denen Lebensmittel hergestellt werden. Hingegen bleiben solche Räume, die der Herstellung von Bedarfsgegenständen dienen, leider nach wie vor von dieser Vorschrift unberührt.

Die Freigabe der Geschäftsräume bleibt.

Hirtsiefer gegen die Landtagsbeschlüsse.

Das preußische Wohlfahrtsministerium verbreitet durch den amtlichen Preußischen Pressedienst eine Mitteilung, wonach die zum 1. April dieses Jahres angeordnete Freigabe der gewerblichen Räume tatsächlich in Kraft tritt, nachdem der Landtag mit einer bürgerlichen Mehrheit die Außerkraftsetzung der Verordnung abgelehnt hat. Entgegen den Hoffnungen, die der Mittelstand auf den Landtagsbeschluß setzte, wonach die Rechtskraft der Kündigungen auf den 30. September dieses Jahres hinausgeschoben werden sollen, erklärt der Wohlfahrtsminister, daß sich an der ursprünglichen Verordnung nichts ändert. Alle Beschlüsse, die auf eine Milderung der darin bestehenden Härten hinauslaufen, werden als undurchführbar abgelehnt. So werden die Künstlerateliers am 1. April von der Zwangswirtschaft frei. Eine Sonderfürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene lehnt das Ministerium als unmöglich ab. Der Beschluß des Landtages, die Räume der gemeinnützigen Gesellschaften wieder unter Zwangswirtschaft zu stellen, wird gleichfalls als undurchführbar bezeichnet. Es bleibt also dabei, daß vom 1. April sämtliche Geschäftsräume in den Segen der freien Wirtschaft kommen, die mit einer bürgerlichen Mehrheit beschlossen worden ist.

In den Kreisen der Gewerbetreibenden, insbesondere der kleinen Geschäftsleute, ist die Enttäuschung und die Empörung über diese Haltung des Wohlfahrtsministers groß. Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages wird noch heute zu der Lage Stellung nehmen, die dadurch entstanden ist, daß Hirtsiefer sich über den Beschluß einer Hinausschiebung der Kündigungsfristen hinweggesetzt hat. Auch für die übrigen Mieter müssen sich die schwersten Besorgnisse ergeben, wenn es erlaubt sein soll, daß der preußische Wohlfahrtsminister entgegen dem ausdrücklichen Wunsch des Landtags sein Verordnungsrecht zur Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft in so eigenwilliger Weise gebraucht.

*

Das Preußische Staatsministerium beschäftigte sich in seiner Dienstagssitzung mit der Verordnung des Preußischen Wohlfahrtsministers über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Das Staatsministerium kam zu dem Ergebnis, daß es aus den vom Wohlfahrtsminister angeführten Rechtsgründen nicht angängig sei, die Inkraftsetzung der Verordnung entsprechend den Beschlüssen des Landtages hinauszuschieben. Es wurde jedoch beschlossen, auf die Reichsregierung einzuwirken, bei der Aenderung des Mieterschutzgesetzes die obligatorischen Schiedsstellen zum Schutz der Mieter in das Reichsgesetz hineinzuarbeiten. Außerdem wurde der Preußische Justizminister damit beauftragt, die Staatsanwälte anzuweisen, allen Fällen von Mietwucher bei der Neufestsetzung von Ladenmieten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Die sekretierte Republik.

Von Paul Gutmann.

Wir leben, wie mir von vertrauenswürdiger Seite versichert wird, im neunten Jahr der Republik. Sogar die deutschnationalen Minister, die heut in der Reichsregierung sitzen, haben auf die Weimarer Verfassung geschworen und erklärt, daß sie die Einrichtungen der deutschen Republik schützen werden. Die Symbole der Vergangenheit sollen zwar, wie der Reichskanzler Herr Dr. Marx es wünscht, mit Achtung behandelt werden. Wer darüber den Kopf schüttelt, daß die deutschnationale Partei eine Rede des Republikaners Grafen Westarp auf einem schwarzweißrotumrahmten Plakat anzeigt, der denke an die goldene, nicht schwarzrotgoldene Brücke, die der Reichskanzler jenen frischgebackenen Republikanern gebaut hat. Die Republik scheint jedenfalls eine Tatsache zu sein, und es gibt meines Wissens nur eine Stelle, die hiervon noch keine Kenntnis hat, das ist die staatliche preußische Bibliothek.

In den Katalogen dieser Bibliothek sind verschiedene Bücher mit dem Vermerk: „sekretiert" versehen, d. h. sie dürfen aus irgendwelchen Gründen nicht öffentlich verliehen werden. Man war früher mit Werken sexuellen Inhalts sehr vorsichtig; so war beispielsweise „Der Sexualverbrecher" von Wulffen sekretiert. Aber es scheint, daß hierin die Praxis sich gemildert hat. Nur eine Kategorie von Schriften scheint als ganz gefährlich noch immer angesehen zu werden, das sind jene, die an der Haltung der deutschen Regierung während des Weltkriegs Kritik übten, die von der ganzen Welt, mit Ausnahme Deutschlands, besprochene Meinung äußerten und die naturgemäß im deutschen neutralen Ausland erschienen sind. Zu ihnen gehört eine 1918 in Bern gedruckte Arbeit von Hermann Fernau: „Das Königtum ist der Krieg". Ich habe dieses mir unbekannt gebliebene Buch, auf das ich im Verlauf von zeitgeschichtlichen Studien hingewiesen worden bin, bestellt, aber die Bibliotheksleitung hat es mir nicht ausgehändigt, dagegen meinen Bestellschein mir mit den Vermerken: „sekretiert" und „nicht verleihbar" zurückgegeben. Ob das Königtum tatsächlich der Krieg ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. Es gibt recht kriegerische Republiken, wohingegen niemand behaupten kann, daß das heutige Dänemark oder Norwegen eine Kriegsgefahr bedeuten. Aber Fernaus Angriff auf das Königtum scheint heute, im neunten Jahr der Republik, noch immer eine solche Gefahr zu sein, daß der Direktor der preußischen Staatsbibliothek mir eine derartige geistige Waffe angeblich vorenthält. Mit welchem Recht, werden Autoren wie Rösemeier und Fernau, deren Schriften in der Schweiz käuflich zu erwerben sind, acht Jahre nach dem Kriege an Deutsche nicht ausgeliefert? Ist die Diskussion über jene Dinge, die im Krieg verhütet worden ist, noch immer eine Gefahr für uns, oder soll mit der Sekretierung eines Pamphlets auf das Königtum die Republik sekretiert werden?

Wir sind neugierig, dieses Rätsel gelöst zu bekommen. Erstreckt der tiefe Schlaf, in den die Bibliothek versunken zu sein scheint, sich auch auf jene Autoren, die vor einem Jahrhundert sekretiert wurden, auf Heine und Börne, auf die gefährlichen Demokraten, die von der Zentraluntersuchungskommission in Mainz wegen ihrer Gesinnung verdächtigt worden sind? Die Bibliothek scheint päpstlicher als der Papst zu sein. Die Republik lebt, aber ein Buch gegen das inzwischen entlaufene Königtum steht bei ihr auf dem Index.

Landarbeiterkuh und Reichskanzlerkuh.

Die Kuh gilt bei manchen asiatischen und afrikanischen Völkern als heiliges Tier. Ein hochpolitisches Objekt ist sie jedoch erst in jüngster Zeit durch den „Offenen Brief" des Landarbeiters Grasse an den Reichskanzler Marx geworden, in dem Grasse mitteilte, sein ehemaliger Dienstherr, der ostelbische Junker von der Osten, habe ihm seinerzeit wegen seines Eintretens für Marx bei der Reichspräsidentenwahl die Stellung gekündigt und die Kuh fortgenommen mit dem Hinweis, er möge sich von Marx eine Kuh geben lassen. Nun bezweifeln wir ja sehr, daß Herr Dr. Marx in seinem Dienstpalais einen Kuhstall unterhält, aus dessen Beständen er schließlich in seiner angeborenen Herzensgüte dem Wunsche seines neuen Koalitionsgenossen hätte nachkommen können. Aber es hat wirklich einmal einen Reichskanzler gegeben, der sich einen solchen Kuhstall hielt. Das war in der Zeit des „Durchhaltens" während des „Stahlbades" des Weltkrieges, als Herr Michaelis, bevor er Reichskanzler wurde, preußischer Ernährungsminister war und noch in dem historischen Palais nahe der Spreebrücke bei der Museumsinsel wohnte. Damals war ja bekanntlich alles nach dem Zwangswirtschafts-Kartensystem kontingentiert, und Herr Michaelis wachte wie der Erzengel Michael mit dem flammenden Paragraphenschwert darüber, daß die „Untertanen" sich um Gotteswillen nicht „hintenherum" Butter, Milch, Eier und derlei kontingentierte Leckerbissen verschafften.

Leider aber war es doch ruchbar geworden, daß sich Seine Exzellenz „ganz heimlich, still und leise" im Wirtschaftsgebäude seines Dienstpalais einen netten Kuhstall mit einer prachtvoll gescheckten Milchkuh zugelegt hatte, die der sehr frommen Exzellenzfamilie, die tägliche Hausandacht hielt und dabei die „Milch der frommen Denkart" in reichlichen Zügen genoß, ebenso reichlich, aber nichtkontingentiert, wirkliche Milch zum Morgenkaffee lieferte und das Studium des „Festedruff"-Blattes, der „Kreuzzeitung (Mit Gott für König und Vaterland)" in der „eisernen Zeit" versüßte. Die Historie vermeldet weiter die interessante Tatsache, daß der Bureaudirektor der Reichsgetreidestelle, Herr königlich preußischer Rechnungsrat Niedergesäß, allmonatlich eine von Exzellenz Michaelis selbst geschriebene „vertrauliche Verfügung" zum Transport eines Zentners besten Weizenmehls in das fromme exzellenzliche Wohnpalais erhielt. Nur wenig Eingeweihte und natürlich auch nur Oberbeamte erhielten von der frommen Exzellenz trotz Amtspflicht und Hausandacht und Zwangsvorschriften derlei damals sehr gesuchte Extrazuwendungen.

Heute ist um die ganz gewöhnliche Kuh des Landarbeiters Grasse eine erbitterte politisch-parlamentarische Fehde entstanden, aber um die historische Kuh des Ernährungskommissars und späteren Reichskanzlers Michaelis wurde kein Aufheben gemacht. Es war ja auch eine Exzellenz-Kuh, die vielleicht gar bei patriotischen Anlässen mit schwarzweißroten „Sieges"-Schleifen geschmückt wurde. Bei der Gegenüberstellung der ganz gewöhnlichen Landarbeiterkuh und der sehr frumben, sehr distinguierten Exzellenz-Kuh kann man deshalb wohl auch sagen: „Wie ich es auffasse." Weshalb also die Aufregung, ihr deutschen Republikaner, über den jüngsten Kuhhandel?

Das Land der Farben. Ein Ueberdeutscher hat zwar herausgebracht, daß das Paradies in Pommern lag (wahrscheinlich war's ein neuer Rattenfänger, der die Dummen hinter's Licht führen wollte). Ich glaube aber, wenn irgendwo, so hat es auf einer der Inseln im malaiischen Archipel gelegen. Obwohl unter den Tropen gelegen, haben sie doch dank Wasser und Gebirge ein herrliches Klima, eine wundervolle üppige Vegetation und einen prächtigen Menschenschlag. Freilich, die europäische Kolonisation hat viel verdorben, aber auch heute noch sind die großen holländischen Kolonialreiche von Java, Sumatra, in die uns ein Vortrag der Urania führte, wahre Wunderländer. Tassilo Adam, der sich siebenundzwanzig Jahre dort aufgehalten hat, hat sie uns zum erstenmal farbig erschlossen. Er führte uns Lichtbilder vor, die Natur und Kultur Insulindes in natürlichen Farben zeigte. Sein Vortrag hätte viel instruierender sein können (vor allem ohne die persönlichen Belanglosigkeiten), aber seine Bilder waren herrlich. Man muß schon an die exquisitesten holländischen Koloristen, wie an Vermeer, denken, um das Erlebnis ähnlicher Farbenwunder wachzurufen. Besonders in den Trachten der Tänzerschauspieler bei der großen nationalen Festspielen an den Fürstenhöfen, aber auch in allen Gewändern und Decken, die noch nach der Battikmethode hergestellt werden, herrscht ein ebenso prachtvoller wie harmonischer Farbensinn. Die Landschaftsbilder vermittelten nicht minder schöne Bilder. Gespannt darf man auf den Film sein, den Herr Adam vorbereitet. r.

Zum Gedächtnis Spinozas. Aus Anlaß der 250jährigen Wiederkehr des Tages, an dem Spinoza im Haag gestorben ist, fand auf dem Grabe Spinozas in der Haager Neuen Kirche die feierliche Enthüllung eines Gedenksteines statt. Die eigentliche Gedächtnisfeier wurde Montag abend abgehalten. An dem Spinoza-Kongreß, der Dienstag mittag begann und bis Donnerstag dauern wird, beteiligen sich fünfzig Gelehrte. Die Einweihung des Spinoza-Hauses fand gleichfalls Dienstag statt. Das Haus, in dem Spinoza die letzte Zeit seines Lebens verbrachte, ist kürzlich von der Spinoza-Gesellschaft erworben und zu einem Spinoza-Forschungsinstitut ausgestattet worden. Es enthält eine Spinoza-Bibliothek und ein Spinoza-Archiv, in denen alle auf Spinoza Bezug nehmenden Schriften und Urkunden in Original oder in Nachbildung gesammelt werden sollen.

Der Komponist Paul Hindemith ist, einer Meldung des Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, an die Hochschule für Musik in Berlin berufen worden.

71 Augenheilanstalten wurden im Jahre 1925 in Preußen (ohne Saargebiet) gezählt. Davon waren 46 selbständige Anstalten. Die Gesamtzahl der Krankenbetten beläuft sich auf 2576. Verpflegt wurden insgesamt 25 004 Kranke gegen 22 245 im Jahre 1924.

Die Sammlung ägyptischer Altertümer des verstorbenen Archäologen Lord Carnarvon, die einen Wert von angeblich 80 000 Pfund Sterling hat, ist vom Metropolitan-Museum in New York angekauft worden.

Kanonenschüsse auf Schanghai.

Ein chinesisches Kriegsschiff meutert. — Schüsse auf die Fremdenviertel. — Verstärkter Terror gegen Streikende.

London, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein vor Schanghai liegendes chinesisches Kanonenboot meuterte am Dienstag morgen gegen Marschall Sun und begann die Stadt Schanghai zu beschießen. Das Ziel des Feuers war das Arsenal des Marschalls Sun in Schanghai, jedoch explodierten einige Geschosse auch innerhalb der internationalen Konzessionen, wobei vier Häuser, die Franzosen gehören, beschädigt wurden.

Der Generalstreik in Schanghai dauert trotz des Terrors an. Der Ausstand der Postangestellten ist jedoch bereits zusammengebrochen, nachdem am Postamt eine Proklamation angeschlagen worden war, daß jeder Postbedienstete, der nicht sofort die Arbeit wieder aufnehme, standrechtlich hingerichtet werden würde.

Zwei weitere chinesische Kanonenboote schließen sich an. — Eingreifen der Franzosen.

Schanghai, 22. Februar. (WTB.) Bei der Beschießung Schanghais durch ein meuterndes chinesisches Kriegsschiff wurden zunächst die Häuser von Amerikanern und Engländern sowie der französische Klub getroffen und zwei Chinesen getötet. Granaten trafen ferner die Häuser zweier Engländer und den französischen Klub. Die Besatzungen der Schiffe „Schangwei" und „Kiankang" wurden von Kantonesen bestochen (?). Sie beabsichtigen, sich diesen anzuschließen. Nach der Beschießung richteten die französischen Kreuzer „Marne" und „Alerte" die Geschütze auf das chinesische Kanonenboot, feuerten aber nicht.

Thüringens Regierungsfrage.

Genosse Brill mit den Verhandlungen beauftragt.

Weimar, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagsitzung des Thüringischen Landtags teilte der Präsident nach der Wahl der Ausschüsse mit, daß sich die Parteien im Aeltestenausschuß verständigt hätten, der Sozialdemokratie, als der größten Fraktion, die Führung bei der Regierungsbildung zu überlassen. Der Präsident hat darum im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion den früheren Ministerialdirektor, Abg. Brill gebeten, mit den Fraktionen zu verhandeln. In diesem Zusammenhang mußte die Feststellung verzeichnet werden, daß gegen den sozialdemokratischen Unterhändler vor wenigen Tagen noch von der bisherigen Regierung ein Disziplinarverfahren wegen angeblicher Verletzung seiner Amtspflichten als Beamter im Wahlkampf eröffnet worden ist. Sollten Brills Bemühungen nicht zu einer Regierungsbildung führen, so wird der Präsident aus der zweitstärksten Fraktion, dem Landbund, den Unterhändler bestimmen. Falls auch dessen Verhandlungen nicht zum Ziel führen, wird der Präsident den Aeltestenrat wieder zusammenberufen.

Der Landtag hat sich inzwischen wegen der Verhandlungen, die Brill bereits am Dienstagnachmittag aufgenommen hat, und wegen des Parteitags der KPD. sowie einer Tagung des Landbundes auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die keiner Fraktion angehörigen beiden nationalsozialistischen Abgeordneten haben die einzelnen Fraktionen befragt, ob sie in Zukunft ein Redeverbot für Hitler bei der künftigen Regierung erwirken werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat darauf, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, geantwortet, daß sie gegen ein Redeverbot für Hitler ist und in diesem Sinne auch handeln würde.

Denkschriftenkampf um die Siedlung.

Auf dem Wege zu aktiver Siedlungspolitik?

Im Sommer vorigen Jahres beschloß der Reichstag, daß vom Jahre 1926 ab jährlich 50 Millionen Mark für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden sollten. Dabei wurden diese Gelder für dünnbesiedelte Grenzgebiete reserviert. Um ihre Verwendung ist es zu einem langen Streit zwischen Preußen und dem Reich gekommen, der in Denkschriften beider Regierungen seinen Niederschlag gefunden hat.

Nach der jetzt vorliegenden Denkschrift des Reichsarbeitsministers stand das Reich auf dem Standpunkt, es könne diese Mittel nur so zur Verfügung stellen, daß es selbst einen Ueberblick und eine Kontrolle über ihre Verwendung habe. Preußen sah das als Eingriff in sein Hoheitsrecht an. Schließlich fand man ein Kompromiß. Bei der Rentenbankkreditanstalt wurde ein Ausschuß gebildet, der auf Antrag des preußischen Landwirtschaftsministeriums aus dem Fonds der Reichsmittel die angeforderten Beträge bei Billigung der vorgelegten Projekte bewilligt. Ursprünglich war beabsichtigt, dem preußischen Landwirtschaftsministerium gegenüber dem Ausschuß nur die Rolle einer Gutachterstelle zu geben. Daraus entstanden Reibungen. Besonders bedenklich erschien es der Reichsregierung dabei, daß auch die preußischen Landeskulturbehörden sich das Recht anmaßen, Vorentscheidungen zu treffen und gelegentlich Siedelungsanträge nicht einmal bis an das preußische Landwirtschaftsministerium gelangen lassen. Trotz dieser Reibungen ist wenigstens der

Landkauf in der letzten Zeit besser in Gang gekommen.

Es sind aus den für das Etatsjahr 1926 bereitgestellten Mitteln bisher rund 20 Millionen für diesen Zweck verwandt worden. Da aber zurzeit ziemlich zahlreiche Anträge eingehen, kann man damit rechnen, daß im Laufe des Jahres 1927 endlich auch mit der wirklichen Schaffung von Bauernstellen im deutschen Osten begonnen werden kann. Was hierin auf Grund des Reichssiedelungsgesetzes von 1919 bisher geleistet worden ist, wird mit Recht als völlig unzureichend angesehen. Wirklich vorwärtsgetrieben werden kann das Werk der Siedelung jedoch nur, wenn die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für seine Durchführung erfüllt werden. Zutreffend hat der Reichsarbeitsminister jetzt erklärt, daß auch der Betrag von 50 Millionen jährlich noch immer zu klein sei, selbst wenn man bedenkt, daß jede Siedlerstelle außer dem billigen Reichskredit noch aus Hauszinssteuermitteln verbilligte Kredite erhält.

Ausreichende Versorgung mit Kapital ist aber erste Voraussetzung jeder erfolgreichen Siedelungspolitik.

An zweiter Stelle steht die sachgemäße Unterstützung der Siedler und ausreichende Bemessung ihrer Stellen. Daran hat es bisher vielerorts gefehlt. Die Landeskulturbehörden und die Siedelungsgesellschaften haben ihrer Aufgabe allzu oft nicht gerecht werden können. Hier müssen persönliche Garantien für das Siedelungswerk geschaffen werden.

Fast noch wichtiger als die verwaltungsmäßige Sicherung einer energischen Siedelungspolitik ist ihre ökonomische Begründung. Die langwierigen Verhandlungen zwischen Reich und Preußen haben dazu geführt, daß in der Zeit des Tiefstandes der Güterpreise im preußischen Osten nicht soviel Land gekauft wurde, wie möglich gewesen wäre. Jetzt sind die Roggenpreise kräftig gestiegen, und mit ihnen, zugleich auch infolge der Zinssenkung, haben auch die Güterpreise angezogen. Die Zollpolitik der Reichsregierung ist bekanntlich darauf eingestellt, gerade den großen Gütern auf den leichten Böden des deutschen Ostens die Roggenproduktion für den Markt zu ermöglichen, d. h. mit anderen Worten,

die siedelungsreifen Objekte rentabel und damit teuer zu machen.

Die Zollpolitik der Reichsregierung wird so zum gefährlichsten Gegner der Siedelungspolitik des Reiches. Hält das Reichsernährungsministerium des Herrn Schiele an seiner Zollpolitik fest, so wird es für das Reichsarbeitsministerium zunehmend schwerer werden, mit seinen siedelungspolitischen Zielsetzungen erfolgreich zu bleiben. Während also zwischen Reich und Preußen um Verwaltungsfragen gekämpft wird, geht in der Reichsregierung den Beteiligten unbewußt, ein Kampf vor sich, der bei den jetzigen Machtverhältnissen zu schwerer Schädigung der Siedelung führen muß. Der neue sozialdemokratische Antrag auf Suspendierung des Roggenzolls muß nicht nur im Interesse der arbeitenden Massen des deutschen Volkes zur Annahme gelangen, sondern auch im Interesse einer fortschrittlichen Siedelungspolitik.

Alles in allem ist nur zu hoffen, daß im Jahre 1927 wirklich gesiedelt wird und daß trotz der starken Hemmungen und des komplizierten Instanzenzuges, trotz der tiefen Interessengegensätze und der bureaukratischen Papierkriege, die alle der Siedelung im Wege stehen, endlich auf diesem Gebiete etwas geleistet wird. Von größter Wichtigkeit ist die Zusage des Arbeitsministers, daß er sich die Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums in der Siedelungsfrage nicht nehmen lassen werde; denn damit ist die Hoffnung des Agrariertums, auf dem Wege über das Reichsernährungsministerium Schiele die Siedelung zu sabotieren, hoffentlich ein- für allemal zunichte gemacht worden.

Die Selbstmorde in der Reichswehr.

Beziehungen zwischen Reichswehr und Olympia.

Zu der jetzt im Gang befindlichen Spezialdebatte des Wehretats, die in der Dienstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt fortgesetzt wurde, sind von der Sozialdemokratie und auch von den Kommunisten zahlreiche Streichungsanträge gestellt worden. Vor zwei Tagen wurde beschlossen, alle diese Anträge an den Unterausschuß zur Vorprüfung zu geben, doch sollte auf Vorschlag des Vorsitzenden jeder Antrag vorher im Plenum des Ausschusses einer kurzen Besprechung unterzogen werden. In Abänderung dieses Beschlusses wurde auf Antrag des deutschnationalen Abg. Schultz-Bromberg in der Dienstagssitzung beschlossen, alle Abänderungsanträge ohne jede vorherige Diskussion an den Unterausschuß zu verweisen. Damit ist der Schwerpunkt der ganzen Verhandlung in den Unterausschuß verlegt.

Beim Kapitel 2: Geldabfindung der Kommandobehörden usw. wünschte Gen. Dr. Leber zu erfahren, wieviele Offiziere auf Privatdienstvertrag angestellt seien. Minister Dr. Geßler sagt zu, darüber eingehende schriftliche Auskunft zu erteilen. Gen. Künstler kam noch einmal auf die Wehrverbände zu sprechen und beschäftigte sich insbesondere mit den Beziehungen von Reichswehroffizieren zur Olympia. Er war in der Lage, Briefe des früheren Obersten v. Luck, des 1. Vorsitzenden der Olympia, zur Verlesung zu bringen, durch die solche Beziehungen erhärtet werden.

Einen breiten Raum nahm, wie alljährlich, die Besprechung der Selbstmorde im Heer ein, die beim Kapitel Bildungswesen einsetzte und vom Gen. Dr. Moses eingeleitet wurde.

Gen. Dr. Moses führte aus: Noch immer sei die Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr außerordentlich hoch, zumal wenn man einen Vergleich zieht zwischen denen, die eines natürlichen und denen, die eines unnatürlichen Todes gestorben seien. Wir haben im Jahre 1926 90 Selbstmorde und 46 Selbstmordversuche gehabt. Wenn man außerdem betrachtet, daß 73 tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen sind, so ergibt sich die Tatsache, daß im Berichtsjahr 1926 an Krankheit verstorben sind 109, eines unnatürlichen gewaltsamen Todes 163. Erst gestern sei dem Reichstag eine Statistik über Krankheits- und Todesfälle in den preußischen Strafanstalten überreicht worden. In dem Berichtsjahr 1924 seien in Preußen unter 473 351 Gefangenen nur 67 Selbstmorde zu verzeichnen, bei der Reichswehr von 100 000 Mann im selben Berichtsjahr 132, also doppel so viel, trotzdem die Zahl der Gefangenen fünfmal so groß als die der Soldaten war. Die Hälfte aller Selbstmorde seien in dem Berichtsjahr in den ersten Dienstjahren eingetreten und das Alter von 18 bis 23 Jahren verzeichnete weit über die Hälfte aller Selbstmorde. Unter den Ursachen sei alles Mögliche angegeben worden: dienstliche Behandlung aber nur in vier Fällen, und auch bei diesen vier Fällen wird ausdrücklich erklärt, daß „vorschriftswidrige Behandlung der Vorgesetzten nicht vorgelegen habe". Hier setzt unser Mißtrauen ein, insbesondere wenn man z. B. an bestimmte Bataillone denkt, so an das Jäger-Bataillon in Ulm, wo allein in der letzten Zeit fünf Selbstmorde eingetreten sind. Gen. Moses kam dann noch auf das Kapitel Soldatenmißhandlungen zu sprechen, insbesondere auf die Zustände beim Reiterregiment in Ludwigslust und auf die Gerichtsverhandlung in Schwerin. Vorgesetzte, die das dulden, müßten rücksichtslos aus der Reichswehr entfernt werden.

Wenn der Chef der Heeresleitung in seinen Ausführungen im Hauptausschuß den Wunsch ausgesprochen hat, „daß er im Reichstag nicht nur Kritiker sehen möge, sondern auch in ihm die Brücke zu finden hoffe, die von Volk und Vaterland zur Reichswehr führe, so meint demgegenüber Gen. Moses, daß das Problem der Selbstmorde alljährlich in der Reichswehr erörtert würde nicht um lediglich zu kritisieren und zu nörgeln oder der Reichswehr etwas anzuhängen, sondern die Kritik wird von dem Bestreben geleitet, die Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr auf das geringste Maß zurückzuführen.

Gen. Schöpflin vertrat den Standpunkt, daß jeder zielbewußte Regimentskommandeur resp. Kompagniechef Soldatenmißhandlungen ausrotten kann und muß. Er fragte an, was mit den Vorgesetzten geschehe, bei denen sie vorkämen. Reichswehrminister Dr. Geßler antwortete, daß die Heeresleitung Selbstmorde mit aller Energie unterdrücken wolle. Wenn Mißhandlungen vorkämen, so sei, darin stimme er den Kritikern vollständig zu, der Kompagniechef bzw. der Regimentskommandeur nicht die rechten Männer am rechten Platz. Aus den Briefen, die Herr Abg. Künstler verlesen habe, entnehme er nur, daß die betreffenden Reichswehrstellen die ihnen von der „Olympia" übersandten Ehrenkarten in höflicher Form zurückgeschickt hätten.

Nach eingehender Begründung durch den Gen. Künstler wurde die folgende Resolution angenommen:

„Heeres- und Marineleitung haben bei Vergebung von Aufträgen an Privatunternehmer Vorsorge zu treffen, daß die Aufträge gemäß den tariflichen Abmachungen ausgeführt werden und insbesondere der achtstündige Arbeitstag eingehalten wird. Die Aufträge sind so rechtzeitig zu vergeben, daß Ueberstunden vermieden werden können."

Angenommen wurde endlich noch eine Entschließung, wonach die Schüler der Wehrmachtsfachschulen eine Abschlußprüfung in dem Schulzweig Gewerbe und Technik ablegen dürfen, die als gleichwertig mit den Abschlußprüfungen der Schüler der höheren Maschinen- und Baugewerkschulen anerkannt wird.

Kundgebung des Reichsbanners.

Für die Republik — gegen den Besitzbürgerblock.

Den Gründungstag des Reichsbanners beging der Berliner Gau mit einer eindrucksvollen Kundgebung in der Stadthalle und einem Aufmarsch der Berliner Kreisvereine in der Klosterstraße. Als gegen ½8 Uhr der erste Kreisverein mit Musik und Fahnen anmarschierte, fanden nur noch wenige Kameraden Einlaß. Um ½8 Uhr bereits sperrte die Polizei den Saal. Zug auf Zug mit Fackeln und Fahnen mußte in der Klosterstraße und den angrenzenden Straßen Aufstellung nehmen. Als gegen 8 Uhr Gauvorsitzender Landrat Siering von der Freitreppe der Stadthalle zu den Versammelten sprach, war die Klosterstraße ringsum dicht besetzt mit Reichsbannerkameraden.

Im Saal begann die Feier mit dem Einmarsch der Fahnen unter den Klängen des Fanfarenmarsches.

Als erster Redner sprach der Gauvorsitzende, Landrat Siering: Freude und Dank den Kameraden, die in den letzten drei Jahren unmenschliche Arbeit geleistet haben. Wenn heute in aufrichtiger Liebe und Treue Millionen Staatsbürger zur neuen Staatsform stehen, so ist das zum wesentlichen ein Verdienst des Reichsbanners. Viele wurden im Kampf mit den Feinden der Republik ein Opfer ihrer Treue. Ihrer gedenken wir an diesem Tage. Daß wir so zusammenstehen, verdanken wir nicht zuletzt den deutschen Richtern. Man hat versucht, durch Prozesse unsere Kraft zu hemmen, aber es ist nicht gelungen. Der Kampf gegen die Republik ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Mit Heuchelei, die man politische Klugheit nennt, haben sich auch die Deutschnationalen zur Republik bekannt. Der Kampf der Deutschnationalen, in die Regierung zu kommen, erinnert an den Kampf der Griechen gegen Troja. Auch die Deutschnationalen haben ihr hölzernes Pferd in die Republik geschickt, um die Republikaner zu betören. Daß sie aber mit ihrem Wollen, wieder „herrliche Zeiten" einzuführen, keinen Erfolg haben werden, dafür sorgt das Reichsbanner. Wir setzen unsere Kraft dafür ein, daß an der Spitze der Republik Republikaner stehen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende der Windthorstbünde, Dr. Krohne, führte aus: Als im vorigen Jahre das Reichsbanner in Nürnberg versammelt war, hatte ich den stärksten Eindruck davon, daß in den engsten Gassen an jedem Haus die Reichsfarben wehten. Die Republik ist gesichert, wenn beherzte Männer nicht nur mit dem Herzen, sondern mit der Tat für sie eintreten. Seien wir auf der Hut, daß unser Volksstaat nicht wie 1848 einer Gewalttat weichen muß! Die Republik hat einen Stand aus der Unterdrückung befreit. Solange nicht auch die Arbeiterschaft gleichberechtigt und im Volksganzen eingeordnet ist, darf unser Werk nicht ruhen, solange wollen und werden wir zusammenstehen! (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Erkelenz (Demokrat) sprach als dritter Redner: Wohl sind acht Jahre im Leben der Völker nur Sekunden. Uebersehen wir aber, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, so können wir sagen: Unendlich mehr, als in normalen Zeiten. Wir grüßen heute an unserem Gründungstage den Trommler der Republik: Otto Hörsing. (Starker Beifall.) Vielleicht hat keiner soviel wie er für die Republik geleistet. Wir haben heute schon zuviel „Republikaner", die den Eid auf die Republik mit drei Fingern nach oben und drei Fingern nach unten geleistet haben. Wir dürfen nicht zu geduldig sein, sondern wir müssen dahin streben, daß wir und nicht die deutschnationalen Stehumfallmännchen die Entwicklung Deutschlands bestimmen.

Die Ansprachen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Mit einem brausenden Hoch auf die Republik schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Unter den Teilnehmern sah man zahlreiche Reichstagsabgeordnete und als Vertreter der Polizei den Vizepräsidenten Dr. Friedensburg, die Kommandeure der Schutzpolizei, Obersten Haupt und Heimannsberger.

Preußen und die Groß-Hamburg-Frage.

Die Stellungnahme der preußischen Regierung.

In der heutigen Sitzung des Landtages, die um 11½ Uhr beginnen wird, wird zur Eröffnung der Sitzung der preußische Ministerpräsident Braun das Wort nehmen, um zu der Frage Groß-Hamburg Stellung zu nehmen. Seine Ausführungen werden eine Erwiderung auf die letzte Rede des Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen sein. Voraussichtlich wird nach ihm der preußische Innenminister Grzesinski das Wort ergreifen, um den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Verhältnisse im Unterelbegebiet zu begründen.

Franzosen verhaften deutsche Landjäger.

Rechtsunsicherheit im besetzten Gebiet.

Speyer, 22. Februar. (WTB.) Heute vormittag ½12 Uhr fuhr ein französischer Personenkraftwagen und ein französisches Lastauto, besetzt mit einem Offizier, einem Gendarmen, einem Beamten und einem Dolmetscher aus Lachen bei Neustadt a. d. H. vor der Gendarmerie in Linden vor. Dort verhafteten sie den Stationskommandanten. Die Station besetzten sie mit einem französischen Gendarm, der in den Diensträumen verblieb, bis ein deutscher Wachtmeister vom Dienstgang zurückkam. Der französische Kraftwagen fuhr dann nach Steinfeld weiter, wo der dortige Stationskommandant ebenfalls verhaftet wurde. Auf dem Rückweg nach Linden holten sie den französischen Gendarm wieder ab. Dies geschah mittags 12½ Uhr, so daß die Gendarmeriestation Linden zwei Stunden von den Franzosen besetzt gehalten war. Die Gründe, die zur Verhaftung der beiden Stationskommandanten geführt haben, sind nicht bekanntgegeben worden.

Frankreichs Besatzung im Saargebiet.

Uneinigkeit in der Regierungskommission.

Genf, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir vernehmen, ist heute beim Völkerbundssekretariat der Bericht der Regierungskommission des Saargebietes über den Rückzug der französischen Truppen eingegangen. Sein Inhalt wird noch als Geheimnis bewahrt, doch scheint es sich zu bestätigen, daß die Regierungskommission auch diesmal, wie im Dezember, nicht einig ist und dem Völkerbund verschiedene Vorschläge unterbreitet. Das zeitliche Zusammentreffen der Rücktrittserklärung des Präsidenten der Regierungskommission, des Kanadiers Stephens, mit dem Entscheid der Regierungskommission zur genannten Frage kann offenbar als Beweis dafür angesehen werden, daß hier der Punkt liegt, welcher am meisten zu diesem Rücktritt beigetragen hat.

Arbeitsschutzgesetz und Eisenbahner.

Die Reichsbahngesellschaft ist der größte Arbeitgeber Deutschlands. Sie beschäftigt gegenwärtig rund 700000 Arbeiter und Beamte. Die Arbeitsbedingungen, vor allem die Arbeitszeit des Personals, sind deshalb für die gesamte Arbeitnehmerschaft von der größten Bedeutung.

Auf Grund des Reichsbahngesetzes kann die Reichsbahn die Arbeitszeit der Beamten eigenmächtig festsetzen und die Beamtenarbeitszeit, falls keine tarifliche Regelung zustande kommt, auf die Arbeiter übertragen. Der vom Reichsarbeitsminister im Anschluß an die Schlichtungsverhandlungen vom März 1925 verbindlich erklärte Schiedsspruch setzte die bis dahin für rund 200 000 Arbeiter geltende Arbeitszeit des früheren Tarifvertrages wieder in Kraft. Für das übrige Personal blieb es bei den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes; es wurde lediglich angeordnet, eine Nachprüfung der Arbeitszeitverhältnisse dieser Personalgruppen vorzunehmen. Die Verhandlungen darüber sind trotz lebhaften Drängens der Gewerkschaften

noch immer nicht abgeschlossen

da die Reichsbahngesellschaft sich selbst den bescheidensten Forderungen widersetzte und die Gewerkschaften unter Hinweis auf das kommende Arbeitsschutzgesetz zu vertrösten suchte.

Das Mindeste, was die Eisenbahner vom Arbeitsschutzgesetz fordern müssen, ist, daß das Gesetz mit dem Washingtoner Uebereinkommen in Uebereinstimmung gebracht und die Ausnahmebestimmungen gegen die Eisenbahner restlos beseitigt werden. Keine Arbeitnehmerschicht in Deutschland leidet unter so unerträglichen Arbeitszeiten, wie die Eisenbahner. Die Arbeitszeit beträgt im Wochenburchschnitt in der Regel 9 bis 10 Stunden täglich; die zulässige Arbeitszeit kann

auf eine Schichtzeit von 16 Stunden verteilt

und noch überschritten werden. Zu den planmäßigen Ueberschreitungen dieser Arbeits- und Schichtzeiten kommen dann noch vielfach Ueberschreitungen durch Zugverspätungen und Betriebsunfälle. Wenn also irgenwo, dann ist gerade gegenüber dem Eisenbahnpersonal eine Verkürzung der Arbeitszeit am Platze.

Der Einheitsverband der Eisenbahner fordert, daß die Absicht der Gesetzesvorlage, die Eisenbahner in eine dauernde Ausnahmestellung zu bringen und ihnen den Achtstundentag praktisch vorzuenthalten, aufgegeben wird. Die nach der Vorlage vom Gesetz ausgenommenen Beamten und Beamtenanwärter der Reichsbahn müssen dem Gesetz unterstellt und die in den §§ 16 und 37 der Vorlage vorgesehenen Möglichkeiten, die Beamtenarbeitszeit auf die Arbeiter zu übertragen, beseitigt werden. Die Beamten und Beamtenanwärter müssen mindestens denselben Schutz genießen, wie die Arbeiter und Angestellten. Der Einheitsverband hält nach wie vor an seiner grundsätzlichen Auffassung fest, daß die Reichsbahnbeamten den übrigen Beamten gleichgestellt sind. Die Uebertragung der Beamtenarbeitszeit ist ein

schwerer Eingriff in das Arbeitsvertragsrecht

und eine auf die Dauer unerträgliche Beeinträchtigung der in der Reichsverfassung garantierten Gleichberechtigung. Außerdem muß die Absicht der Vorlage, die Arbeitsaufsicht dem Generaldirektor der Reichsbahn zu unterstellen, aufgegeben und die Reichsbahn der allgemeinen Arbeitsaufsicht unterstellt werden.

Der Abschnitt über die Arbeitszeit bedarf ganz wesentlicher Verbesserungen. Die im § 10, Absatz 1, Ziffer 4 bis 7 enthaltenen Bestimmungen über eine andere Verteilung der zulässigen Arbeitszeit müssen gestrichen und ebenso wie die Mehrarbeit nach § 14 der tariflichen Vereinbarung überlassen werden. Nach dem Wortlaut der Vorlage ist anzunehmen, daß nicht nur an einen „Achtstundentag im Jahresdurchschnitt", sondern auch an eine neun- und zehnstündige Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt als „zulässige" Arbeitszeit gedacht ist. Wenn diese Annahme zutreffend ist, müßte man die Vorlage als „Gesetz zur restlosen Beseitigung des Achtstundentages" bezeichnen. Die erwähnten Bestimmungen stehen auch im Widerspruch mit dem Washingtoner Abkommen. Die Wochenarbeitszeit, die nach § 11 bei ununterbrochenen Arbeiten in der Regel 65 Stunden betragen soll, muß auf 48 Stunden im Wochendurchschnitt beschränkt und die Ueberschreitung bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten gemäß § 12 auf höchstens 9 Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden.

Die schönsten Blüten im Kranz der Ausnahmen sind die Bestimmungen

über die „Arbeitsbereitschaft" (§ 13).

Auch hier erhebliche Abweichungen vom Washingtoner Abkommen! Die Eisenbahner müssen sich einer zu weiten Auslegung des Begriffs „Arbeitsbereitschaft" angesichts der Erfahrungen seit Einführung der „Dienstbereitschaft" im Jahre 1922 sehr energisch widersetzen.

In jahrelangem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit haben sich die Eisenbahner zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß sie den Achtstundentag nur aus eigener Kraft erringen können und müssen. Sie stehen mit großer Mehrheit hinter den Forderungen des Einheitsverbandes und werden nicht ruhen, bis ihre Forderungen von den gesetzgebenden Körperschaften erfüllt worden sind.

SPD.-Metallarbeiter

besucht die Wahlkörperversammlungen!

Banken und Arbeitszeit.

Eine Gegenerklärung der Bankangestellten.

Gegenüber der Bekämpfung des kommenden Arbeitszeit-Notgesetzes durch fünf am Bankverkehr beteiligte Unternehmerverbände bittet uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten folgendes festzustellen:

1. Die zeitgerechte Erledigung aller den Banken erteilten Aufträge läßt sich im Rahmen einer regulären achtstündigen Arbeitszeit sehr wohl bewerkstelligen, vorausgesetzt natürlich, daß eine vernünftige Betriebsorganisation und eine ausreichende Anzahl von Angestellten vorhanden ist. Wenn aber unter dem Deckmantel einer „elastischeren Gestaltung" der Arbeitszeitbestimmungen für den Bank- und Kreditverkehr von den fünf Unternehmerverbänden die Verewigung des heutigen Zustandes gefordert wird, der darin besteht, daß man viel zu wenig Angestellte beschäftigt und von diesen dann die „freiwillige" Leistung zahlreicher Ueberstunden ohne Bezahlung verlangt, so wird ein solches Bestreben stets auf den stärksten Widerstand der Bankangestellten stoßen.

2. Wenn der Bankverkehr sich in außerdeutschen Ländern — bei einer dort bestehenden wöchentlichen Arbeitszeit von 43 Stunden gegen zurzeit 52½ Stunden im Bedarfsfalle bei uns — klaglos abwickeln läßt, dann ist nicht einzusehen, warum das gleiche Resultat in Deutschland nicht möglich sein sollte. Den Nachweis des Gegenteils werden die Bankleitungen nicht erbringen können.

3. Die ganze Aktion der Bankenverbände läuft darauf hinaus, in das Arbeitszeitnotgesetz nicht einbezogen zu werden. Sie wollen für sich den § 11 Abs. 3 der gegenwärtig geltenden Arbeitszeitordnung zur Norm machen, der die Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit für den Unternehmer straffrei läßt, einer Bestimmung, die zur direkten Ursache der unhaltbaren Arbeitszeitverhältnisse im Bankgewerbe geworden ist. Hier hat erfreulicherweise der erste Strafsenat des Reichsgerichts in einer Entscheidung vom 26. November 1926 festgestellt, daß der Arbeitgeber die Ueberstunden, die aus einer Zwangslage des Arbeitnehmers heraus „freiwillig" geleistet werden — Furcht vor Abbau — bestraft werden muß. Dieses Reichsgerichtsurteil ist es, gegen dessen Tendenz sich die Erklärung der Banken in Wirklichkeit richtet. Sie wollen nach wie vor „die Notlage der Angestellten ausbeuten", wie in jenem Urteil des Reichsgerichts ausgesprochen wird. Einem solchen Mißbrauch aber will das Arbeitszeitnotgesetz mit Recht einen Riegel vorschieben.

4. Einverstanden ist der Allgemeine Verband mit dem Vorschlage der Bankenverbände, mündlich gegenüber den Fraktionen des Reichstages und sonstigen maßgeblichen Stellen seine Forderungen nach „elastischer Gestaltung" der Arbeitszeit und der Leistung „freiwilliger Ueberzeitarbeit" zu begründen, unter der selbstverständlichen Voraussetzung allerdings, daß dabei die Organisationen der Bankangestellten zugezogen werden, also ein kontradiktorisches Verfahren stattfindet. Das Ergebnis einer solchen Aussprache hätte der Allgemeine Verband nicht zu fürchten.

Die Berliner Bierbrauer vor dem Streik.

Die am Montag und Dienstag in den Berliner Brauereien durchgeführte Urabstimmung hat mit großer Mehrheit den Streikbeschluß ergeben. Eine überfüllte Funktionärkonferenz nahm gestern zu diesem Abstimmungsergebnis Stellung und beschloß den sofortigen Streik. Da sich in letzter Stunde die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklärten, die heute Mittwoch mittag stattfinden sollen, empfahlen die Lohnkommission und die Organisationsvertreter den Funktionären, heute noch nicht in den Streik zu treten, sondern erst das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten. Zu diesem Verhandlungsergebnis werden die Funktionäre heute Mittwoch, abends 6 Uhr, in den Residenz-Festsälen nochmals Stellung nehmen und die endgültigen Beschlüsse fassen. Näherer Bericht über die gestrige Versammlung folgt in der heutigen Abendausgabe.

AfA-Funktionäre der Metallindustrie.

Die am gestrigen Dienstag vom Schlichter für den Bezirk Groß-Berlin angesetzten Vergleichsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da Vertreter des VBMJ wie üblich, zu diesen Verhandlungen nicht erschienen sind. Die Entscheidung des Schlichters geht den Parteien nunmehr schriftlich zu und wird morgen, Donnerstag, in der AfA-Funktionärversammlung in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110, bekanntgegeben. Die Mitglieder des AfA-Metallkartells treffen sich bereits um 6½ Uhr im gleichen Lokal.

Bei der Dringlichkeit der Tagesordnung erwarten wir die restlose Beteiligung aller AfA-Funktionäre.

AfA-Metallkartell.
Günther. Lange. Rothe.

Die Holzarbeiteraussperrung in Württemberg.

Die Aussperrung soll nach dem Beschluß der Industriellen in Stuttgart heute, in den übrigen Teilen des Landes am 26. Februar beginnen und dürfte etwa 9400 Vertragsarbeiter umfassen. Davon sind etwa 8 bis 10 Proz. bei den Christlichen, die übrigen bei den freien Gewerkschaften organisiert.

Die Verhandlungen bei der Firma Georg Schöttle in Stuttgart sind ergebnislos verlaufen. Für Dienstag waren die Parteien von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Stuttgart, Dr. Kimmich, zu einer Vermittlungsaktion eingeladen.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, sagen die Gruppen: **Neukölln** I: Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 28, Lok. Vortrag: „Wie sieht eine Großstadt?" — **Südwesten:** Gruppenheim Realerziehungsheim Städtische Schwimmhalle Körnerstr. 64. Vortrag: „Entstehung und Entwicklung der Festtage". — **Charlottenburg:** Gruppenheim Jugendheim Deutsches Krankenkassenhaus, Berliner Str. 137. Ein Jahr Gruppe Charlottenburg. — **Neukölln:** Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 19. Vortrag: „Das Kommunistische Manifest". — **Borsigwalde:** Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 16. Humor und Laune. — **Weißensee:** Gruppenheim Parkstr. 36. Lichtbildervortrag: „Die Mark Brandenburg".

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Neukölln:** Jugendheim Regastr. 30. Vortrag: „Sozialismus" (Bleigelt). — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Lehrerheim 3 Tr.). Vortrag: „Reklame einst und jetzt" (Schwesam). — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15. Sing- und Spielabend. — **Osten:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 18 (Zimmer 8). Lichtbildervortrag: „Unser Wandern" (Kohler). — **Charlottenburg:** Jugendheim Fasanenstr. 4. Lesedend. — Mittwoch 8 Uhr **Turnabend** in der Halle der Schule Danziger Str. 29. (Turnsachen mitbringen!)

Bauarbeiterverband. Fachgruppe der Töpfer. Morgen, Donnerstag, 5 Uhr, bei Welch, Landsberger Str. 31, Mitgliederversammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für: Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eckert; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68. Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen".

Der Fels, auf dem ich stehe.

Wir haben stille Sehnsucht nach den Felsen, nach pittoresken Schroffen, nach steil absteigenden Schluchten und vermoostem Urgestein. Wir leben auf einer glatten oder nur leicht gewellten Sandfläche, die, natürlich rein wirtschaftlich genommen, ihre bedeutenden Vorzüge hat, aber unser romantisches Gefühl, unser Sinn für Abwechslung und Kontraste wird nur wenig befriedigt. Niemand wird behaupten wollen, daß unsere norddeutsche märkische Landschaft nicht ebenfalls jedem Sinn für Naturschönheiten genügen kann, aber das eigentlich Großartige des Naturwaltens erblicken wir mehr in den Gebirgen, in den Felsen die selbst harter Bestandteil der Erdkruste sind. Unser Land dagegen ist nur Aufschüttung auf dem auch irgendwo in der Tiefe vorhandenen festigen Grund, verwitterter Schrott einst vorhandenen Felsgesteines. Die riesige Granitschale vor dem alten Museum im Berliner Lustgarten ist aus einem 1600 Zentner schweren Granitblock in den Rauenschen Bergen hergestellt, der von einem noch größeren Felsblock abgespalten ist, dessen andere Hälfte noch heute an Ort und Stelle liegt. Goethe, der auch ein eifriger Mineraloge und Geologe war, sah in diesem Stein Reste verwitterten Gesteins, und sie galten ihm als Beweis dafür, daß es auch im nördlichen Deutschland nicht am Urgebirge gefehlt habe. Doch inzwischen hatte man erkannt, daß die Gesteine der Berliner Gegend weder aus den südlichen Gebirgen Deutschlands, noch aus dem Untergrunde stammen, sondern daß sie durchaus mit den Gebirgsarten übereinstimmten, die man weit im Norden in den Ostseeländern, wie Schweden, Norwegen und Finnland, antrifft. Im Jahre 1875 war der schwedische Geologe Torell nach Rüdersdorf gekommen und fand dort auf den frisch abgedeckten Kalkschichten die Schrammen, die ihm aus seiner nordischen Heimat so wohl bekannt waren. Dort wußte man längst, daß Eismassen, die riesenhaft angewachsenen Gletscher der skandinavischen Hochgebirge, über das Land hinweggezogen waren, das feste Gestein gerundet, geschliffen und mit Schrammen bedeckt hatten. Auf Grund der übereinstimmenden Schrammung des Muschelkalkes mit der vom Gestein von Rüdersdorf schien die Herkunft erklärt.

Märkisches Felsgestein.

Es gibt unter den sand- und tonreichen Eiszeitablagerungen der Mark Stellen, an denen älteres, festes Gestein an die Oberfläche tritt. Diese Stellen liefern Urkunden über Zeiten, die hundertmal weiter zurückliegen als die, in denen unser Sand und unser Lehm entstand. Im neuesten „Brandenburgischen Jahrbuch" gibt Professor Dr. Friedrich Solger interessante Aufschlüsse darüber. Es sind nur wenige Punkte, die uns innerhalb unserer Heimatprovinz Aufschlüsse in eigentlichen Gesteinen liefern. Es handelt sich im wesentlichen nur um drei Stellen: den **Koschenberg bei Senftenberg**, den **Gips von Sperenberg** und die **Rüdersdorfer Kalkbrüche**. Bei der Kreide von Schmölln in der Uckermark wird es bestritten, daß sie wirklich anstehender Fels ist. Vielleicht liegt nur eine große Scholle vor, die das Eis an anderer, wenn auch nicht allzu entfernter Stelle losgerissen und eine Strecke weit verfrachtet hat. Am Koschenberg wird heute ein Steinbruch auf Grauwacke betrieben, deren Schichten von Quarzgängen in NNO.-Richtung durchsetzt sind. Dieser Klüftrichtung folgt auch ein Gang von Diabas (Eruptivgestein von grünlicher Farbe), ein Zeichen, daß die gebirgsbildenden Kräfte, die die Grauwacke, wahrscheinlich zur Zeit der Steinkohlenbildung, zertrümmerten, dabei dem **Schmelzfluß der Tiefe einen Weg öffneten**, auf dem er in das Gestein eindringen und zu Diabasgestein, einem nahen Verwandten des Basaltes, erstarren konnte. An diesen Grauwackenbruch schließt sich nordöstlich ein nicht mehr in Betrieb befindlicher **Granitbruch, dessen Boden jetzt von einem See eingenommen wird. Auch der Granit ist erstarrter Schmelzfluß aus der glühenden Tiefe**, der einst, und zwar vor dem Diabas, in eine nordwestlich gerichtete Kluft der Grauwacke eindrang, und die Hitze des Granites reichte hin, um die Grauwacke in seiner Nachbarschaft so weit anzuschmelzen, daß sie heute härter und dunkler aussieht als die unveränderte Grauwacke und die Schichtung nicht mehr erkennen läßt.

Tonschichtenbildungen.

Entstehungsgeschichte.

Es ist ein sehr kleiner Ausschnitt aus einer sehr bewegten Zeit der Erdgeschichte. Im Anfang der Steinkohlenperiode — so nimmt man an — lagerte sich der Sand ab, aus dessen Verhärtung die Grauwacke hervorgegangen ist. Wir finden sie in ganz ähnlicher Ausbildung wieder in den sächsischen Steinkohlenrevieren, wo sie die Unterlagen der kohleführenden Schichtengruppe bildet. Auch beim Koschenberg mag einmal Steinkohle über der Grauwacke gelegen haben; aber die gebirgsbildenden Bewegungen, die folgten und den Granit und wahrscheinlich auch den Diabas eindringen ließen, stauten diese Schichten zu hohen Gebirgen auf, den sogenannten **„variskischen Alpen"**, an deren Abtragung die verwitternden Kräfte im Bunde mit Regen und Wind bald so kräftig arbeiteten, daß schon zur Zechsteinzeit die Gebirge eingeebnet und damit an dieser Stelle die etwa vorhandenen Kohlenschichten zerstört waren. Wenn heute der Koschenberg als erster Vorposten des Lausitzer Gebirges seine Umgebung um ungefähr 70 Meter überragt, dann dürfen wir das nicht als ein Ueberbleibsel jener „variskischen Alpen" der Steinkohlenzeit ansehen, sondern es ist **die Folge jüngerer Erdbewegungen**, die in der Hauptsache der jüngeren Tertiärzeit zuzuschreiben sein dürften. Sie haben **die damals eingeebnete „Rumpffläche" wieder emporgehoben** und damit der nagenden Kraft von Wasser und Wind wieder ausgesetzt, bis endlich das Eis der Eiszeit darüber wegging und den Fuß der Anhöhe in seine Ablagerungen einhüllte, während es von der Kuppe die mürben Stücke fortriß und über die Umgebung verstreute. Weiter im Norden hat die Rumpffläche, die nach Abtragung der variskischen Alpen die Oberfläche bildete, bald eine Senkung erfahren, das Meer der Zechsteinzeit überflutete sie und lagerte seine Kalke auf ihr ab, dann trocknete es aus und lieferte die für uns so wichtigen Salzlager, insbesondere die zur Ablagerung gekommenen Kalisalze. Der Boden des ausgetrockneten Meeres bildete nun eine Wüste. Die Wüstenwinde und gelegentlicher Regen wehten und schwemmten darüber den Wüstensand, der vielleicht aus der Verwitterung der letzten Reste der variskischen Alpen hervorgegangen war. Wir bezeichnen diese Schicht heute als den Buntsandstein. Eine neue Senkung ließ ihn von neuem vom Meere überfluten. **Aus diesem lagerte sich der Kalk ab, den die Rüdersdorfer Brüche aufschließen**, während der Gips von Sperenberg mit jenen eben erwähnten Salzbildungen zusammenhängt.

Von besonderer Bedeutung sind noch die Verhältnisse der größeren Tiefen von Rüdersdorf. In regelmäßiger Lagerung fand man hier unter dem oberen Buntsandstein den aus Sandsteinschichten bestehenden mittleren und unteren Buntsandstein und darunter die anscheinend unter ganz Norddeutschland verbreiteten Schichten des Steinsalzes, die schon oben erwähnt wurden. Bei der Austrocknung des damaligen Meeres wurde zuerst der schwefelsaure Kalk teils als Gips (wasserhaltig), teils als Anhydrit (wasserfrei) abgelagert, darüber das Steinsalz (Chlornatrium), das von regelmäßigen Schnüren des noch weiter ausgeschiedenen Anhydrites durchzogen wird. Endlich kristallisierten die am leichtesten löslichen Kalisalze aus. Der Meeresboden lag trocken, Staub bedeckte ihn und bildete eine dünne Decke **„Salzton"**. Dann drang neues Meerwasser ein, es begann wieder die Ausscheidung von Anhydrit und dann von Steinsalz.

•

In Sperenberg wie in Rüdersdorf sind auch die Gletscherströme der Eiszeit nicht spurlos über die hier aufragenden älteren Schichten fortgegangen. Das zeigten in Rüdersdorf bis vor kurzem die berühmten Gletscherschrammen auf der Oberfläche des

---

26]

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1928 by Paul Zsolnay, Wien

„Jacques," sagte die Patin, einen Augenblick benützend, wo die Mutter nicht im Zimmer war, „dein Vater darf auf keinen Fall zurückkommen; er hat nicht das Recht dazu; die Mutter hat nun ein wenig Ruhe gefunden, man muß ihr den schwer errungenen Frieden lassen."

„Das ist ganz meine Ansicht."

„Du armes Kind, jetzt taucht schon wieder eine neue ganz unerwartete Schwierigkeit auf. Gott weiß, wohin das führen soll!"

„Es wird ihn ins Grab bringen, er wird Frieden haben, sie wird Frieden haben, wir werden Frieden haben. Amen!" meinte Andrés höhnisch.

„Du bist grausam, aber für euch alle wäre es wohl zu wünschen," murmelte die Patin.

Die Mutter trat mit Paul ins Zimmer und ich ging ins Bureau. Wie ich vorausgesehen hatte, wurde meine Bitte bewilligt, und am nächsten Tag war ich in Lyon.

Ein großes Spital. Endlose Treppen, graue Gänge, eine Reihe von Zimmern, eines wie das andere. Das Herz klopft mir heftig; ich bin erregt vom Geruch des Jodoforms und in Erwartung der kommenden Dinge. Ich runzelte die Stirn, das sollte Gleichgültigkeit vortäuschen.

Nummer 123, hat mir der Hauswart gesagt. Ich klopfte; keine Antwort; ich klopfte ein zweitesmal und das Geräusch vibriert in meinem Körper. Eine Schwester kommt.

„Sie wünschen?"

„Herrn Balcourt."

„Er ist gerade im Bad; bitte warten Sie ein wenig." Und sie schließt mir wieder die Tür vor der Nase zu.

Lange Zeit blieb alles ruhig. Manchmal huscht jemand über den sorgfältig gebürsteten Korridor. Ich gehe ungeduldig auf und ab und trachte das Geräusch meiner Schritte zu dämpfen. Mein ganzes Wesen ist von einer unbeschreiblichen Unruhe gepackt. Ich muß jetzt alles erfahren. Wieder klopfte ich an der Zimmertür Nummer 123. Die Schwester erscheint.

„Verzeihen Sie, Schwester, ich bin der Sohn Herrn Balcourts; ich möchte wissen, ob sein Zustand sehr ernst ist?"

Sie sieht mich einen Augenblick an und macht einige Schritte auf dem Korridor.

„Ja, sein Zustand ist sehr ernst, Sie können alles Nähere vom diensthabenden Arzt Dr. C . . . erfahren; er ist gerade hier, bis zehn Uhr bleibt er im Spital."

Bevor ich noch weitere Fragen stellen kann, ist sie schon verschwunden. Meine Erregung wächst, wieder gehe ich auf und ab.

Ein leichtes Geräusch, ich wende mich um und sehe am Ende des Korridors zwei Wärter ein Wägelchen schieben, in dem ein Kranker sitzt; seine Gesichtsfarbe ist fahl, er hat einen großen blonden Bart. Ich habe ihn im Halbdunkel erkannt. Es ist mein Vater!

Ich bleibe wie festgenagelt stehen und blicke ihn an. Er kommt jetzt gerade an einem Fenster vorbei, das Licht fällt voll auf ihn, er ist totenblaß, ein Zug tiefer Trauer, unendliche Müdigkeit liegt auf seinem Gesicht, aber nichts Niedriges. Es ist die Haltung eines Generals, der nach schwerem Kampf die Schlacht verloren hat und der sich jetzt ins unvermeidliche Schicksal fügt. Mitleid, Gewissensbisse, Zärtlichkeit lassen mich etwas vortreten.

In diesem Augenblick bemerkte er mich, seine Augen leuchteten, mit einer impulsiven Bewegung streckte er mir die Arme entgegen, er stieß einen Schrei aus: „Mein Sohn, mein Sohn!"

Schon war ich bei ihm — ich hatte alles vergessen. Die Versöhnung war vollständig, ohne daß ein einziges Wort von beiden Seiten gesprochen worden wäre. Als sich unsere erste Erregung gelegt hatte, machte mein Vater den Krankenwärtern ein Zeichen, daß sie ihn in sein Zimmer zurückführen sollten.

Seine ersten Worte galten dem Befinden meiner Mutter. War sie gesund? Wieso hatte sie von seiner Krankheit erfahren? Durch die Zeitung! Fast schien es, als freute er sich darüber. Nach einer Viertelstunde kam der diensthabende Arzt mit der Schwester. Mein Vater stellte mich vor, sagte Wort für Wort dasselbe, was mir meine Mutter für ihn aufgetragen hatte und umarmte mich gerührt: „Küsse sie herzlichst statt meiner und sage ihr, daß ich sie lieb habe."

Als ich das Zimmer verließ, flüsterte mir die Schwester zu: „Erwarten Sie den Arzt im Korridor."

Bald kam der Doktor. Er war jung und hatte einen gütigen, traurigen Ausdruck. Er blieb bei mir stehen und reichte mir die Hand.

„Sie wünschen den Zustand Ihres Herrn Vaters zu kennen?"

Ich nickte.

„Gestatten Sie mir eine Frage?"

„Bitte sehr."

„Ihr Vater lebt nicht mit Ihrer Frau Mutter?"

„Nein, seit fünf Jahren nicht mehr."

Schweigen.

„Sein Zustand ist sehr bedenklich, die Niere ist angegriffen, wenn er mit dem Leben davonkommt, wird es doch nicht mehr lange dauern. Was er auch getan haben mag, so würde ich immerhin Ihrer Frau Mutter raten, ihm zu verzeihen; er hat wohl sehr gelitten, das können Sie mir glauben, moralisch und körperlich."

Ich blickte ihn ganz verwundert an. Er sprach langsam, seine Stimme klang ernst und sehr traurig, er hatte wohl auch sein Geheimnis!

„Meine Mutter hat ihm schon lange verziehen," murmelte ich.

Ein schönes Lächeln verklärte sein Gesicht. „Nun dann ist ja alles gut. Auf Wiedersehen, mein junger Freund," und er reichte mir die Hand. „Nur Mut," setzte er ganz leise hinzu und entfernte sich mit raschen Schritten.

Ich blieb ganz betäubt auf demselben Platze stehen. Dieses Gespräch, dem unsere stumme Versöhnung vorausgegangen war, machte an mir einen starken Eindruck. Ich fuhr nach Genf zurück, das Herz floß mir über von Verzeihen.

Auf dem Bahnhof Cornavin erwartete mich die Mutter; sie trug ihr blaues Kleid und war ganz blaß. Mit einem Wort hatte ich sie beruhigt. Dann erzählte ich ihr alles getreulich, auch das Gespräch mit dem jungen Arzt.

Als mein Bericht zu Ende war, schnitt Andrés eine Grimasse und meinte: „Na also, jetzt haben wir ihn wieder auf dem Hals."

„Aber ein Vorteil ist doch dabei, Andrés," erwiderte ich lachend, „wir zwei sind jetzt gute Freunde."

In dieser Nacht weckte mich ein fürchterlicher Schrei, der aus dem Zimmer der Mutter drang. Mit einem Satz war ich bei ihr. Das elektrische Licht brannte, sie saß in ihrem Bett. Als sie mich erblickte, öffnete sie die Arme: „Jacques, dein Vater wird sterben, ich habe ihn hier an meinem Bett gesehen."

„Aber Mama, du hast nur geträumt, beruhige dich."

„Mich beruhigen! Unmöglich! Ich habe ihn im Sarg liegen gesehen; er war ganz weiß und als ich näher trat, um ihn auf den Mund zu küssen, begann er plötzlich zu sprechen: Das ist dein Werk. Hättest du mich vom Spital nach Hause bringen lassen, so wäre ich nicht gestorben."

(Fortsetzung folgt.)

Muschelkalkes. Diese Frage lautet unbedingt: Warum kommt gerade hier festes Gestein zutage und warum fehlt es sonst? So vorsichtig wir auch in der Beantwortung sein müssen in Anbetracht der mancherlei Unsicherheiten, die die Deutung noch bietet, so kann man doch sagen: Dies Felsgestein liegt überall bei uns in der Tiefe, bei Sperenberg und Rüdersdorf ist es nur höher emporgehoben worden als in der Umgebung, und zwar durch mehrere gebirgsbildende Bewegungen in der Erdkruste, genau so, wie auch in unseren Mittelgebirgen höhere und flachere Aufwölbungen nebeneinander stehen. Da die Folgen der früheren Bewegungen schon wieder eingeebnet sein werden, wird die Hauptursache für die jetzigen Verhältnisse in den Bewegungen der Erdkruste in der Tertiärzeit und im Eiszeitalter zu suchen sein. Es ist eben ein Ausklingen der Gebirgsbildung, die in den Alpen Riesenformen schuf, in unseren Mittelgebirgen sich in geringeren Höhenlagen hält und im Flachlande nur noch kleine Erhebungen verursachte.

Deutschland – Amerika.

Telephonverkehr vorläufig noch aussichtslos.

Die Tatsache, daß ein Frankfurter Telephonteilnehmer über London eine mit außerordentlich großen Kosten verbundene, rein private Verbindung mit New York erhielt, wird von einigen Spätabendblättern als ein Ereignis gebucht, das Aussichten auf eine ständige Telephonverbindung zwischen Amerika und Deutschland eröffnet.

Wie wir hierzu erfahren, handelte es sich um einen privaten, mit außerordentlich großen Kosten verbundenen Versuch, dem eine praktische Bedeutung in absehbarer Zeit noch nicht zukommt. Die Reichspost ist zwar überzeugt, daß es technisch möglich wäre, durch den Anschluß an die Londoner Funkstation die amerikanischen Gespräche nach Berlin oder anderen deutschen Großstädten zu übertragen, daß aber aus finanziellen Gründen eine allgemeine Einführung kaum in Frage kommen könne. Die an und für sich hohen Gebühren für die drahtlose Telephonie zwischen beiden Kontinenten würden durch die Kabelverbindung noch erheblich verteuert, zumal es gewisser technischer Einrichtungen bedürfe, um den Kabelleitungen bei den drahtlosen Gesprächen die für eine gute Verständigung notwendige Dämpfung zu geben. Die Reichspost werde deshalb auch in absehbarer Zeit nicht dazu übergehen können, derartige Gespräche allgemein einführen zu können. Wie schon oben gesagt, scheitert die an sich wünschenswerte Verbindung an den vorläufig noch ungeheuren Kosten für die drahtlose Telephonverbindung. Die Reichspost hat durch vorsichtige Fühlungnahme mit maßgebenden Industriellenkreisen festgestellt, daß die Errichtung einer Großstation für einen Telephonverkehr Deutschland—Amerika bei der jetzigen Lage der Wirtschaft nicht in Frage kommen könne, denn es würde nicht möglich sein, einen Sender von der notwendigen Stärke zu bauen, der auch nur entfernt vollbeschäftigt werden könnte. Die Unterhaltung so riesiger Anlagen, wie sie zum Beispiel London besitzt und für die englische Wirtschaft auch ausnutzen kann, würde Mittel verlangen, die aus Reichsmitteln zunächst kaum aufgebracht werden können.

Der Selbstmord im Auto.

Die Tragödie eines entlassenen Monteurs.

Zu dem „Selbstmord vor der Festnahme", über den wir im gestrigen Abendblatt berichteten, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Der Selbstmörder, der Monteur Thomas Preiser, war seit dem 2. Oktober v. J. bei den Elektrizitätswerken der Stadt Berlin, Schiffbauerdamm 22, beschäftigt gewesen. Vor etwa acht Tagen wurde er fristlos entlassen, weil er sich mit seinen Arbeitskollegen nicht vertragen konnte, ein Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich wurde und er endlich die Arbeit verweigert hatte. Der Abteilungsleiter machte seinem vorgesetzten Ingenieur einen ordnungsmäßigen Bericht, worauf seine Entlassung erfolgte. Vorgestern erschien Preiser im Vorzimmer des Direktors Remer und verlangte diesen zu sprechen. Als ihm bedeutet wurde, daß Direktor Remer mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hätte und er sich an den Personaldezernenten, Direktor Dr. Kauffmann, wenden möchte, verließ er das Zimmer, ging aber nicht zum Direktor Kauffmann, sondern zu Direktor Wilkens. Inzwischen hatte man zwei Ueberwachungsbeamte der Werke herbeigerufen, die ihm in ruhiger und beruhigender Weise auseinandersetzten, daß er doch am besten beim Betriebsrat Auskunft erhalten könnte. Hier wurde ihm aber bedeutet, daß er die Einspruchsfrist von fünf Tagen habe verstreichen lassen und es nunmehr keine gesetzliche Handhabe mehr gäbe, Verhandlungen aufzunehmen. Etwa eine Stunde später rief Preiser bei Direktor Remer telephonisch an und sagte ihm, wenn er ihn nicht vorließe, passiere ein Unglück, und er würde ihm die Knochen im Leibe entzweischlagen. Gestern vormittag erschien Preiser im Steglitzer Werk, wo auch Direktor Remer seine Wohnung hat, stellte sich hier als Dr. Bendler vor und gab an, er hätte mit dem Direktor wegen einer Millionensache zu reden. Als ihm gesagt wurde, daß Direktor Remer sich bereits in seinem Bureau am Schiffbauerdamm befände, begab er sich wiederum dorthin. Hier wurde er von den beiden Ueberwachungsbeamten empfangen und Direktor Remer, der inzwischen den Wunsch geäußert hatte, den Mann kennenzulernen, vorgestellt. Nach einer kurzen Unterredung gab Preiser zu, die genannten Aeußerungen getan und sich in Steglitz auch als Dr. Bendler vorgestellt zu haben. Kriminalpolizeirat Gennat, dem man inzwischen den Sachverhalt mitgeteilt hatte, erklärte, daß man Preiser am besten nach dem Polizeipräsidium brächte. Die beiden Ueberwachungsbeamten begaben sich jetzt mit Preiser auf die Straße und wollten mit ihm eine Kraftdroschke besteigen. Mit dem Rufe „Ich denke nicht daran!" stürmte Preiser davon und lief nach der Moltke-Brücke zu. Die beiden Beamten jagten ihm nach. Als sie ihn fast erreicht hatten, riß Preiser eine Pistole aus der Tasche und richtete die Waffe zweimal auf die Verfolger. Preiser bog nun in die Dorotheenstraße ein, und die beiden Beamten bestiegen ein Auto, um ihm auf den Fersen zu bleiben. Preiser bestieg ebenfalls eine Kraftdroschke und raste in der entgegengesetzten Richtung davon. Unter den Linden ereilte ihn aber sein Schicksal. Preisers Chauffeur mußte wegen des starken Verkehrs nahe der Schadowstraße halten, die Beamten verständigten den dort stehenden Verkehrsposten, der sofort den Wagenschlag aufriß und P. aufforderte, herauszukommen. Statt einer Antwort hielt Preiser dem Schupo seinen Revolver entgegen. Der Polizeibeamte sprang zurück und riß ebenfalls seine Waffe aus der Tasche. In diesem Augenblick krachte im Innern des Wagens ein Schuß: Preiser hatte sich durch einen Schuß in die Brust getötet. In seinen Taschen fand man noch 26 Patronen.

Eine kurze Schwurgerichtsverhandlung.

Eine kurze Dauer, wie es bei einem Schwurgericht bisher kaum vorgekommen ist, hatte eine Verhandlung vor dem Schwurgericht III, die letzte vor Beginn des Jürgens-Prozesses. Eine halbe Stunde nach Beginn war das Urteil gesprochen und die Sitzung schon geschlossen. Dabei handelte es sich um eine sehr schwere Anklage, die Tötung eines Menschenlebens, und zwar eines neugeborenen unehelichen Kindes. Die Angeklagte war geständig, ihr Kind gleich nach der Geburt erdrosselt zu haben. Zeugen wurden nicht vernommen, sondern nur kurz zwei Sachverständige. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe für Kindesmord von zwei Jahren Gefängnis. Nach Schluß der Verhandlung kam die Angeklagte, die auf freien Fuß belassen worden war, zum Anwaltszimmer, um einen Rechtsanwalt mit der Einlegung der Revision beim Reichsgericht zu beauftragen. Als der Verteidiger sich zur Gerichtsschreiberei begab, um die Akten einzusehen — die Angeklagte hatte in der Verhandlung einen Offizialverteidiger gehabt —, wurde ihm mitgeteilt, daß die Angeklagte das Urteil sofort angenommen hatte und daß es im Einverständnis mit dem Anklagevertreter auch sofort rechtskräftig geworden war. Der Rechtsmittelverzicht ist nach einer Reichsgerichtsentscheidung unwiderruflich. Dieser Vorgang beweist, daß die Angeklagte, trotz erfolgter Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden, sich über die Tragweite ihrer Entschließung nicht klar gewesen war. Der neue Verteidiger wird lediglich durch ein Gnadengesuch eine Strafmilderung oder Bewährungsfrist für die Angeklagte erwirken können.

Drauflos geredet!

Man tritt den Rückzug an und bedauert.

In der Beleidigungsklage des Stadtverordneten Draemert gegen ein paar Schwarzweißrote aus Dahlem, einen Herrn Ekhard Werner und einen Professor Dr. Friedrich Fedde, stand vor dem Amtsgericht Charlottenburg am Montag wieder Termin an. Die Angeklagten haben im Jahre 1923 unserem Genossen Draemert nachgesagt, er habe im Jahre 1920 sich mit der Entente in Verbindung gesetzt und ihre Kontrollkommission zu einer Waffensuche bei Herrn Werner veranlaßt.

Draemert selber hatte, als er in der Zeit des Kapp-Putsches den Einwohnerwehr-Wachzug in Dahlem führte und die Kappisten in Schach hielt, unter Zustimmung des damaligen Amtsvorstehers bei Werner und anderen Dahlemern nach Waffen gesucht, und zwar mit dem Ergebnis, daß er bei Werner versteckte Waffen auffand. Einige Zeit später kam es zu einer nochmaligen Waffensuche bei Werner, die diesmal von der Kontrollkommission der Entente ausging, wohl infolge eines die Kontrollkommission alarmierenden Schimpfartikels der „Deutschen Zeitung" über Draemert und seine erfolgreiche Waffensuche. Daß die zweite Waffensuche kein Ergebnis brachte, war begreiflich; denn Draemert hatte ganze Arbeit gemacht. In den Kreisen der Schwarzweißroten wurde hinterher erzählt, auch die zweite Waffensuche sei durch Draemert veranlaßt worden, der die Entente scharfgemacht habe. Die Sinnlosigkeit dieses Geredes lag auf der Hand, aber in der Stadtverordnetenwahlagitation von 1925 wurde der Unsinn umhergetragen. Werner und Fedde, die als Verbreiter erwischt wurden, sollten durch eine Beleidigungsklage genötigt werden, ihre angeblichen Beweise vorzulegen. Sie konnten es nicht, und jetzt haben sie endgültig darauf verzichtet, jene Behauptung aufrechtzuerhalten. Im ersten Termin, über den wir am 3. Oktober v. J. in Nr. 466 berichteten, versicherte der deutschvölkische Rechtsanwalt Bloch im Auftrage des Angeklagten Werner, daß ein Kriminalbeamter des Polizeipräsidiums, mit dem Werner über die erneute Waffensuche sprach, ihn auf Draemert hingewiesen habe. Den Beamten zu nennen und als Zeugen zu bringen, wurde verweigert, weil er Schädigung zu fürchten habe. Es wurde dann beschlossen, zu einem neuen Termin einen leitenden Beamten des Polizeipräsidiums zu laden und ihn darüber zu befragen, ob ihm etwas von irgendwelchem Einfluß Draemerts auf die zweite Haussuchung bekannt sei. Vom Polizeipräsidium kam die Auskunft, dort sei keinem irgend etwas hiervon bekannt. Im zweiten Termin blieben die Angeklagten Werner und Fedde aus, aber ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Bloch, setzte noch vor Beginn der Verhandlung sich in Verbindung mit Rechtsanwalt Dr. Treitel, dem Rechtsbeistand des Klägers Draemert, und schlug einen Vergleich vor. Nach Eintritt in die Verhandlung erklärte Rechtsanwalt Bloch, der Kriminalbeamte existiere wirklich, er sei inzwischen auf Einladung in Blochs Bureau gekommen und habe dabei gebeten, ihn nicht zu nennen. Nach einer Unterredung mit ihm sei aber er, Bloch, zu der Ueberzeugung gelangt, daß jene Behauptung über Draemert nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Der Beamte habe in dem Gespräch mit Werner von dem Vorgehen Draemerts bei der ersten Waffensuche geredet. Werner habe aber das Gesagte irrtümlich auf die zweite Waffensuche bezogen. Nach diesem Bekenntnis, daß man ohne Verständnis drauflos geredet hatte, brachte der Richter, Amtsgerichtsrat Dr. Neumann, folgenden Vergleich zustande: „Die Angeklagten erklären: Wir haben die Behauptung aufgestellt, daß der Privatkläger Draemert die feindliche Kontrollkommission zu einer Haussuchung bei mir, Werner, veranlaßt habe. Auf Grund der Gerichtsverhandlung haben wir uns von der Unrichtigkeit unserer Behauptung überzeugt. Wir nehmen den gegen Herrn Draemert ausgesprochenen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Wir übernehmen die Kosten des Verfahrens einschließlich des vereinbarten Honorars des Herrn Vertreters des Privatklägers. Wir behalten uns den Widerruf des Vergleichs vor durch Anzeige zu den Akten binnen sechs Wochen."

Das Recht des Widerrufs behielt der Verteidiger sich vor, weil die Angeklagten nicht in Person zugegen waren. Erst wenn sie ihre Zustimmung zu dem vor Gericht vereinbarten Wortlaut erklärt haben, kann der Vergleich rechtskräftig werden. Werner, der krank ist, hält sich zurzeit im Süden auf.

Falsches Mordgerücht im Südosten.

Das Gerücht von einem Morde war gestern am späten Nachmittag im Südosten der Stadt verbreitet. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen ergaben folgendes Bild: In einer Kellerwohnung des Quergebäudes Melchiorstraße 29 wohnt seit einer Reihe von Jahren der 75 Jahre alte August E. mit seiner 32 Jahre alten Tochter Ottilie, die dem Vater die Wirtschaft führte. In der letzten Woche hatten Hausbewohner wiederholt heftigen Streit zwischen Vater und Tochter gehört. Auch gestern nachmittag gab es wieder einen lauten Wortwechsel. Plötzlich fiel in der Wohnung ein Schuß. Beim Eintreffen der Beamten lag Ottilie E. in einer Blutlache tot am Boden. Sie hatte sich mit dem Revolver ihres Vaters eine Kugel ins Herz gejagt. Wie die Aussagen des E. ergaben, beabsichtigte seine Tochter, eine Ballfestlichkeit zu besuchen, zu der sie neue Kleider anschaffen wollte. Der Vater verweigerte ihr dazu das Geld. Als das Mädchen gestern nachmittag wieder in ihn drang und er seine Weigerung wiederholte, ergriff sie seine auf dem Tisch liegende Waffe und tötete sich. Gerüchte wollen wissen, daß der Vater dem Tode des Mädchens nicht fernstehe. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bisher aber keinen Anhaltspunkt dafür ergeben.

Erwerbslose Jugend.

Im Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte bestehen die besonderen Fürsorgeeinrichtungen für die erwerbslosen Jugendlichen jetzt ein volles Jahr. Das Bezirksamt veranstaltete aus diesem Anlaß am Dienstag eine kleine Feier, zu der einige Hundert erwerbslose Jugendliche sich in der Aula der Sophienschule eingefunden hatten. Vertreter des Bezirksamtes, der Bezirksjugendpflege, des Jugendamtes Berlin nahmen an der Feier teil. Stadtrat Herrmann wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es in Berlin-Mitte wegen der ungünstigen Wohnungsverhältnisse der alten Innenstadt besonders nötig ist, Heime für Jugendliche zu schaffen. Leider ist das aber, fügte er hinzu, gerade hier auch besonders schwierig, weil hier Räume schwer zu beschaffen sind und Spielplätze fehlen. Stadtjugendpfleger Waschewski aus Berlin-Mitte gab einen Rückblick auf die Entwicklung der jetzt fünf Heime des Bezirkes, in denen erwerbslose Jugendliche, Burschen und Mädchen, täglich zusammenkommen. Die Feier bot noch Rezitationen, Gesangvorträge, Volkstänze und eine Pantomime. Eine in der Aula aufgebaute Ausstellung von Arbeiten, die von erwerbslosen Jugendlichen in den für sie eingerichteten Werkkursen angefertigt worden waren, fand viel Beachtung. Arbeiten von jugendlichen Buchbindern, Tischlern, Metallarbeitern, Schuhmachern, Näh- und Strickarbeiten von Mädchen, auch Scherenschnitte und Uebungsarbeiten in Stenographie und Deutschunterricht zeigten, daß diese Kurse doch einem Bedürfnis vieler Jugendlichen entgegenkommen. Die Stadt gibt zu den Arbeiten unentgeltlich das Material und stellt die Werkzeuge zur Verfügung. Die Erzeugnisse des Fleißes der Jugendlichen werden ihnen und ihren Familien als Eigentum überlassen.

Der Kutschermord bei Eberswalde.

3000 Mark Belohnung!

Für die Aufklärung des Verbrechens, das an den Bierkutscher Wessel verübt wurde, hat der Regierungspräsident von Potsdam (nicht die Staatsanwaltschaft von Prenzlau) eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Dazu kommen jetzt noch 2000 Mark, die die Aktiengesellschaft Löwen-Bräu-Böhmisches Brauhaus zu Berlin, bei deren Filiale in Eberswalde der Ermordete angestellt war, für Ermittlung und Ueberführung des Täters ausgeschrieben hat. Unter Hinweis auf diese Gesamtbelohnung von 3000 Mark werden alle, die zur Aufklärung irgendwie beitragen können, gebeten, ihre Wahrnehmungen Kriminalkommissar Trettin in Eberswalde oder der Mordinspektion A im Berliner Polizeipräsidium mitzuteilen. Nach dem Ergebnis der bisherigen Nachforschungen ist der Mörder ein Mann von etwa 30 Jahren, der, wie wir schon mitteilten, einen dunklen Mantel und eine graue Mütze trug. Er hat im Walde auf der Lauer gelegen. Einem Zeugen gegenüber hat der Schwerverletzte selbst noch geäußert, der Mann habe ihn schon an der Waldkante erwartet. Es ist nicht das erstemal, daß in jener Gegend Ueberfälle verübt worden sind. Auch ein Bierkutscher geriet vor einem halben Jahre dort in eine gefährliche Lage. Er entging einem Wegelagerer nur dadurch, daß er noch zur rechten Zeit seine Pferde zum Galopp antrieb. Der Verbrecher schoß mehrmals hinter ihm her, fehlte aber jedesmal.

Die Hausfrau und das Wirtschaftsproblem.

Der gedankliche und praktische Horizont der Hausfrau hat sich in der Zeiten Lauf verändert und erweitert und sie will heute mit als maßgebender Faktor am Wirtschaftsaufbau gehört und gewertet werden. Auf Einladung der Hausfrauenvereine Groß-Berlins sprach Oberregierungsrat Dr. Tiburtius im Reichswirtschaftsrat zum Thema „Einzelhandel und Hausfrauen" und beleuchtete in Form eines kurzen Allgemeinüberblickes die heutige Wirtschaftslage, das Verhältnis zwischen Lieferanten und Verbraucher, vom Standpunkt der Hausfrau — als Wirtschaftsrat ihrer eigenen Häuslichkeit — aus gesehen. Die hausfrauliche Bewegung steht dem modernen amerikanisierten, typisierten Geschäftsprinzip, der großzügigen Reklame, den Inventur- und sonstigen Gelegenheitskäufen, ziemlich feindlich gegenüber, sie erblickt in der mit allen Mitteln modernen Geschäftsgenies herbeigeführten Kaufverlockung eine — wenn man so sagen darf — leicht unmoralische Handlung in bezug auf qualitative Kundenbedienung und der unausgesetzten Verleitung zu Geldausgaben. Der Kampf des Kleinhandels gegen die Großbetriebe ist ja kein neues Thema und hat natürlich, vom Standpunkt verschiedener Interessenten betrachtet, stets sein Für und Wider. Im Widerspruch zu der sozial gefärbten Angst der Kundenschädigung steht die Stellungnahme des Vortragenden gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse des kaufenden Publikums. Es ist dies wieder einmal die in sozialer Beziehung scheinbar unausrottbare Weltfremdheit und Interesselosigkeit gewisser Kreise gegenüber den Arbeitnehmern. Wenn heute das Motto „der Verkäufer ist für das Publikum da" und nicht umgekehrt, eine besondere Würdigung erfährt, so ist damit natürlich die Herbeiführung eines harmonischen Verhältnisses zwischen Käufer und Verkäufer gemeint und nicht die Ausbeutung der Arbeitskraft des Angestellten. Im Anschluß an diesen Vortrag gab Frau Hildegard Margis einen kurzen interessanten Reisebericht über belgische, französische und englische Siedlungsbauten, wobei sie die für uns recht erfreuliche Feststellung machte, daß das deutsche Siedlungswesen entschieden am weitesten vorgeschritten sei. Das zahlreich erschienene Publikum verfolgte die Vorträge mit viel Interesse.

Er wollte es nicht wieder tun, aber . . .

Eine eigentümliche Leidenschaft hat der 28 Jahre alte Chauffeur Lehmann, von dem schon einmal die Rede war. Lehmann stahl am 1. Januar an der Ecke der Kant- und Wilmersdorfer Straße ein Droschkenauto und fuhr damit drei Tage lang für eigene Rechnung, bis er gefaßt wurde. Er versprach hoch und heilig, daß er es nie wieder tun werde, und wurde deshalb auf freiem Fuß belassen. Aber noch am selben Tage holte er sich vor dem Hause Rückertstraße 11 zu Charlottenburg wieder einen Wagen. Diesmal ging es ihm schlecht. An der Ecke der Lietzen- und Gartenstraße geriet er in voller Fahrt an einen Straßenbahnmast. Der Wagen ging in Trümmer, er selbst wurde so schwer verletzt, daß er nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht werden mußte. Als er dort vor einigen Tagen entlassen wurde, wiederholte er sein Versprechen, und man dachte auch, daß er durch Schaden klug geworden sei. Das war jedoch nicht der Fall. Am Freitag stahl Lehmann vor dem Hause Osnabrücker Straße 18/19 den dritten Wagen, fuhr wieder für seine Tasche und wurde Montag früh von einem Schupobeamten, der seine Spezialität schon kannte, mit dem gestohlenen Wagen angehalten und festgenommen. Jetzt brachte ihn die Kriminalpolizei nach Moabit.

Modekrieg in der Jugendbewegung.

Der märkische Volkstanzkreis führte im Schöneberger Rathaus stilisierte altmärkische Volkstänze vor. Solch derb volkstümliche Tanzempfindung steht und fällt eigentlich mit der Charakteristik der Bewegungen und dem dazu gehörigen Kostüm. Eine Uebertragung eines Volkstanzes ins Modisch-Intellektuelle hat stets eine leichte Verwässerung im Gefolge. Der Gedanke und die volksbildende Tätigkeit der Bezirksämter ist ein sehr lobenswerter, aber man darf über dem Praktischen nicht gänzlich das ästhetische Moment außer acht lassen. Die praktische und ebenso haltbare Wandervogeltracht in allen Ehren, aber zur Vorführung von Tänzen, seien sie auch ganz auf Natürlichkeit und Naturbegeisterung gestellt, eignet sie sich nicht recht. Die Tänze fanden herzlichen Beifall des zahlreich erschienenen Publikums. Die einzelnen Tanzvorführungen bestanden in der Hauptsache aus Reigentänzen, die in ihrer Natürlichkeit die Lebensfreude junger Menschen in schlichter, gesunder Empfindungsform zum Ausdruck brachten. Als Veranstalter des Abends zeichnete der Ortsausschuß für Jugendpflege, Schöneberg.

Erfrorene Apfelsinen auf dem Berliner Markt

Unverständliches Verhalten Hamburger Auktionatoren.

Auf dem Berliner Fruchtmarkt sind in letzter Zeit, sehr zum Leidwesen der Konsumenten, größere Mengen erfrorener Apfelsinen aufgetreten, die als menschliche Nahrung nicht in Frage kommen, sich äußerlich aber von einwandfreien Früchten nicht unterscheiden. Diese Apfelsinen sind spanischer Herkunft und infolge des vor einiger Zeit dort herrschenden Frostwetters verdorben. Die spanische Regierung hatte scharfe Kontrollmaßnahmen ergriffen, um die Ausfuhr dieser nicht genießbaren Ware zu verhindern, aber trotzdem kam vor kurzem ein Dampfer mit einer Ladung erfrorener Apfelsinen in Hamburg an. Unverständlich haben die Hamburger Auktionatoren diese Apfelsinen unter der Kennzeichnung „Frostware" zum größten Teil nach Berlin weitergeleitet, wo sie, ohne als verdorben gekennzeichnet zu sein, in den Kleinhandel und so an die Konsumenten kamen. Der Reichsverband Deutscher Fruchtgroßhändler hat bereits gegen ein solches, das Ansehen des Handels schädigendes Verhalten Stellung genommen, und die Kleinhändler in der Zentralmarkthalle, wo der Apfelsinenverkauf infolge der schlechten Qualität außerordentlich stark nachgelassen hat, durch Anschlag von Plakaten vor dem Ankauf dieser verdorbenen Ware warnt. Seitens dieser Organisation wird auch ausdrücklich betont, daß der seriöse Handel eine solche Täuschung der Verbraucher auf das entschiedenste mißbillige, daß aber die Hauptschuld an diesem unliebsamen Vorfall bei den Auktionatoren in Hamburg liege, die entweder für die Vernichtung der verdorbenen Früchte oder für ihre Weiterleitung an Konservenfabriken hätten Sorge tragen müssen. Im übrigen ist zu erwarten, daß es dem Eingreifen der Organisationen gelingen wird, die nach Berlin gekommenen Mengen aus jener Dampferladung vom Markte zu entfernen.

Ein Kinderchor im Berliner Volkschor. Der Berliner Volkschor (Dirigent Dr. Ernst Zander), Berlins größter und ältester gemischter Arbeiterchor, hat sich entschlossen, einen Kinderchor zu bilden, nachdem es ihm gelungen ist, in Walter Hänel, dem vor kurzem von Leipzig nach Berlin übergesiedelten Dirigenten und Chorpädagogen, den dankbar besten Leiter für einen Kinderchor zu finden. Zur Begründung des Kinderchors findet am Donnerstag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr pünktlich, in der Aula des Andreas-Realgymnasiums, Koppenstraße 76, beim Schlesischen Bahnhof, eine Elternversammlung statt, in der Dr. Zander und Walter Hänel sprechen werden. Alle Sangesfreunde, denen die musikalische Erziehung ihrer Kinder im Alter von 6—15 Jahren am Herzen liegt, sind zu dieser Versammlung willkommen.

Im Eis eingebrochen. Durch eigene Unvorsichtigkeit gerieten gestern abend gegen 6 Uhr zwei Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren in ernste Lebensgefahr. Der fünfjährige Kurt B. und sein Spielfreund Heinz B. hatten sich am Nachmittag aus der elterlichen Wohnung in der Wilhelmstraße 12 zu Köpenick entfernt. Die Kinder begaben sich nach dem Schloßteich und betraten die recht schwache Eisdecke. Plötzlich ertönten vom Wasser her laute Schreie. Beide Knaben waren eingebrochen und drohten zu versinken. Zum Glück wurden die Hilferufe von Fischern gehört, die sofort mit einem Boot herbeieilten. Unter größten Schwierigkeiten gelang es trotz der hereinbrechenden Dunkelheit die schon Ertrunkenen zu bergen. Die alarmierte Feuerwehr nahm mit Sauerstoff Wiederbelebungsversuche vor, die nach über einstündiger Dauer von Erfolg gekrönt waren. Die Kinder mußten in das Krankenhaus geschafft werden.

Billige Fischtage. Infolge des großen Anklanges, den gerade das Fischfilet in den Verbraucherkreisen hat, findet in dieser Woche wieder ein preiswerter Verkauf statt. Es kommen zum Verkauf: Von Mittwoch, den 23., bis Freitag, den 25. Februar, Fischfilet, grätenlos, koch- und bratfertig, pro Pfund 60 bis 70 Pf., frischer Kabliau im ganzen Fisch pro Pfund 35 Pf., im Anschnitt entsprechend teurer, Mittelzander (gefroren), pro Pfund 80 Pf., lebende Spiegelkarpfen pro Pfund von 1,20 Mk. an. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Reit- und Fahrturnier. Am Dienstag nachmittag wurde beim Hochspringen ein neuer deutscher Rekord aufgestellt. Der in Hannover gezogene Cirano II, im Besitz von Freiherrn von Langen und Freiherrn von Lüdinghausen, sprang mit dem 20jährigen holländischen Rennreiter Kahn im Sattel 2,6 Meter. Den Rekord von 2,5 Meter hielt bisher der in Irland geborene Fachtunello.

Berufung im Kühne-Prozeß. Der Oberstaatsanwalt in Potsdam hat gegen das Urteil gegen v. Kühne jr. Berufung eingelegt. Der Prozeß wird nun die große Potsdamer Strafkammer beschäftigen.

Eine gestürzte deutschnationale Säule.

Aus Lippstadt (Westfalen) wird gemeldet, daß der dortige Führer der Deutschnationalen, der Kreisarzt und Medizinalrat Dr. Hagemeier vom Disziplinarhof zur Dienstentlassung ohne Ruhegehalt verurteilt worden ist, weil er sich jahrelang in einer nicht wiederzugebenden Weise an weiblichen Patienten und den ihm untergebenen weiblichen Angestellten vergangen hat. — Und wie mag dieser Mann für „deutsche Art und deutsche Sitte" eingetreten sein.

Festungssprengung mit deutschnationaler Zustimmung. Die Bürgerblockregierung hat mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschnationalen Minister an die zuständigen Festungskommandanten den Befehl zur Sprengung aller Festungen gegeben, die auf Grund des Ergebnisses der Pariser Entwaffnungsverhandlungen zu beseitigen sind. Die Befehle sind zu einem Teil befristet. Innerhalb vier Monaten muß die Sprengung vollzogen sein.

Schröders Gnadengesuch. Wie aus Magdeburg berichtet wird, liegt das Gnadengesuch Schröders, der am 17. September vorigen Jahres wegen Raubmordes an dem Buchhalter Helling zum Tode verurteilt worden ist, nunmehr dem Justizministerium vor. Dem Gnadengesuch sind auch die literarischen Arbeiten, die Schröder während seiner bisherigen Haft angefertigt hat und die einen Umfang von fünf handgeschriebenen Bänden umfassen, beigefügt.

Das Motorbootunglück — eine Kohlenoxydgasvergiftung. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft Mainz hat ergeben, daß die Vergiftungen auf dem Motorboot durch Ausströmen von Kohlenoxydgasen aus dem schadhaften Auspuffrohr hervorgerufen wurden.

Mittelholzers Afrikaflug beendet. Der Schweizer Flieger Mittelholzer, der am 7. Dezember in Zürich zu einem Fluge durch ganz Afrika bis nach Kapstadt aufgestiegen war, ist am Montagnachmittag um 5 Uhr im Hafen von Kapstadt gelandet und hat damit sein Ziel erreicht. Mittelholzer hat von Alexandrien bis Kapstadt Afrika der ganzen Länge nach durchquert. Flugzeug und Maschine haben trotz des tropischen Klimas, der Feuchtigkeit und des afrikanischen Flugsandes die Fahrt ohne jede Panne zurückgelegt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wolkig und trocken. Temperatur wenig geändert. — **Für Deutschland:** Im Westen mild und regnerisch. In Mitteldeutschland meist Temperaturen um Null und wechselnd bewölkt. Im Osten Anhalten des Frostes.

Die Notlage der Gemeinden.

Sozialdemokratie gegen Beschränkung der Gemeindeselbstverwaltung. – Siedlungsfragen.

Zur dritten Lesung der Gewerbesteuer, die gestern im Landtag stattfand, sprach zuerst

Abg. **Leinert** (Soz.):

Die hier vorliegende Herabsetzung der Gewerbesteuer ausschließlich zugunsten der Gewerbetreibenden, ohne jede Rücksicht auf die Gemeinden, ist der Schlußstein der Reinholdschen Steuersenkungspolitik. Zu dem angestrebten Erfolg der Preissenkung hat dieser Steuernachlaß nicht geführt, er stellt vielmehr lediglich ein erhebliches Steuergeschenk an die besitzende Klasse dar. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die niedrigsten Stufen der Gewerbesteuer bringt diese Vorlage soziale Erleichterungen, die wir billigen. Den Ausfall, der dadurch für die Gemeinden entsteht, durch Erhöhung der Steuersätze für die höchsten Stufen auszugleichen, haben Regierung und Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Die Autonomie der Gemeinden auf dem Gebiet der Gewerbebesteuerung ist fast restlos aufgehoben.

Die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, ihre Gewerbebesteuerung der besonderen wirtschaftlichen Struktur und den Bedürfnissen der Gemeinde anzupassen. Worauf das praktisch hinausläuft, dafür ein Beispiel: Das Peiner Walzwerk mit 2500 Arbeitern zahlt keinen Pfennig Gewerbesteuer, weil die Ilseder Hütte, mit der es vereinigt ist, dafür sorgt, daß das Walzwerk als solches keinen Ertrag hat. Die Ilseder Hütte wiederum zahlt nur eine ganz geringfügige Gewerbesteuer, weil das Dörfchen Ilsede gar nicht viel Gewerbesteuer verwenden kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind für die Aufrechterhaltung oder besser: die Wiederherstellung der Gewerbesteuer als einer Objektsteuer, die den Gemeinden einen Teil der Aufwendungen ersetzt, die ihnen durch die gewerblichen Unternehmungen entstehen. Genau so verfehlt, wie die Aushöhlung der Gewerbesteuer, erscheint uns die Aufhebung der Getränkesteuer. Den Gemeinden werden Millionen entzogen, den Nutzen haben ein paar große Etablissements, und der großen Masse der Konsumenten kommt von der Steuersenkung kein Pfennig zugute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch den uns jetzt vorliegenden Entwurf wird der Ertrag der Gewerbesteuer für die Gemeinden um 50 bis 60 Millionen herabgesetzt. Der Finanzminister hat die höchst bedenkliche Rechnung aufgestellt, daß dieser Ausfall für die Gemeinden ersetzt werde durch Mehrüberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Aber die Mehrbelastung durch diese Steuern müßte doch ausgeglichen werden durch Steuerermäßigungen, die allen Steuerzahlern zugute kommen, nicht bloß den Gewerbetreibenden. Dafür kämen die Grundvermögensteuer und die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität in Frage. Davon ganz abgesehen, ist die Rechnung des Finanzministers dem Grunde nach falsch.

Die gegenwärtigen Einnahmen der Städte reichen nicht entfernt, ihren Finanzbedarf zu decken.

Wir verwahren uns deshalb dagegen, daß der Finanzminister die Aufsichtsbehörden anweisen will, eine Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbesteuer zu verbieten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden für die Vorlage stimmen, weil wir den Kleingewerbetreibenden die darin enthaltenen Vergünstigungen nicht vorenthalten wollen. Grundsätzlich aber lehnen wir diese Art Steuerpolitik, die der sogenannten Wirtschaft ein Steuergeschenk von 50 bis 60 Millionen Mark im Jahre macht und damit die Konsumenten einseitig zugunsten der Produzenten belastet, mit aller Entschiedenheit ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** verspricht in dem vom Abg. Leinert angeführten Beispielsfall Abhilfe gemäß einer Entscheidung des Reichsfinanzhofs. Nach der bisherigen Gewerbesteuer waren die Mieter von Gewerberäumen stärker belastet als diejenigen, die in eigenen Räumen ihr Gewerbe betrieben. Die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit hat die Sozialdemokratie grundsätzlich ebenso gebilligt wie die in der Vorlage enthaltenen sozialen Erleichterungen. Richtig ist, daß die Lage der Gemeinden schwierig wird. Aber sie müssen eben sehr sparsam wirtschaften, wie der Staat auch. Die Getränkesteuer erscheint uns durchaus zweckmäßig und gerecht, wir werden ihre Aufhebung im Reichsrat bekämpfen.

Abg. Dr. **Jacobshagen** (Dnat.): Die Ermäßigung der Gewerbesteuer ist uns zu geringfügig, wir stimmen gegen die Vorlage.

Abg. **Falck** (Dem.) wendet sich gegen die Forderung auf völlige Beseitigung der Gewerbesteuer. Namentlich die Wirtschaftsverbände, die unrechtmäßig hohe Summen für politische Zwecke ausgäben, hätten zu diesem Verlangen gar kein Recht.

Abg. **Klost** (Z.) begründet einige Zentrumsanträge, die den Steuerunterschleifen vorbeugen sollen, welche durch Herauslassung der Miet- und Pachtbeträge aus der Gewerbesteuer möglich geworden sind.

Nach weiterer längerer Debatte wird der Gesetzentwurf mit den Anträgen Klost durch die Regierungsparteien gegen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Kommunisten angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt, in der zunächst die Abgg. **Roesnah** (Z.) und **Held** (BV.) in längeren Ausführungen für landwirtschaftliche Schutzzölle eintreten.

Landwirtschaftsminister **Steiger:** Die Zollmauern fremder Staaten und die Lasten des Versailler Vertrages zwingen uns, unser Augenmerk auf den inneren Markt, d. h. die Hebung der Produktivität in der Landwirtschaft zu richten. Eine Voraussetzung dazu ist die Hebung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, über dessen weiteren Ausbau eine im Herbst erscheinende Denkschrift unterrichten wird. Die Fleischversorgung hat sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Ernste Sorge bereitet uns aber das ständige Sinken der Schweinefleischpreise. Für Meliorationsarbeiten sind uns von Preußen und aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichs insgesamt 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, eine mir zu geringe Summe, die aber immerhin, was Kultivierungsarbeiten und produktive Erwerbslosenfürsorge anlangt, einigermaßen Erleichterung schaffen wird. Der Minister äußert sich sodann zur Frage der Schutzzölle. Die Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte sind notwendig, um die Konkurrenz aus Gegenden mit billigeren Gestehungskosten, niederer Lebenshaltung seiner Bewohner und günstigeren klimatischen Verhältnissen nach Möglichkeit auszuschalten. Zum mindesten muß in Jahren mit guter Welternte in der Preisbildung ein Ausgleich durch den Schutzzoll geschaffen werden. Die steuerliche Belastung der Landwirtschaft sei zweifellos groß. Vielfach habe die Substanz angegriffen werden müssen, woraus das Ausland die Lehre ziehen möge, daß Deutschland auf die Dauer die Lasten des Versailler Vertrages nicht tragen könne. In der Siedlungspolitik mahnt der Minister zur Vorsicht. Es käme darauf an, einmal angesetzte Siedler auch zu halten. Die Beibehaltung der Hauszinssteuerhypothek sei dafür eine wesentliche Voraussetzung. **Die Kosten der Siedlung seien für den Staat außerordentlich hoch.** Für das Siedlungsland müssen durchschnittlich 15 Mark pro Morgen aufgebracht werden, während die ostpreußischen Domänen durchschnittlich 6 Mark pro Morgen einbringen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 23. Februar, vormittag 11½ Uhr. Tagesordnung: Erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Unterelbe-Gemeinden, Abstimmung über den Domänenetat und die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den Wohlfahrts- und Kultusminister, Fortsetzung der Beratung über den Landwirtschaftsetat.

Die Kommunisten in den Gewerkschaften.

Sie wollen jetzt ganz klein anfangen.

Ob die Kommunisten bei irgendeiner politischen Wahl 50 000, 100 000 oder mehr Stimmen verlieren, mit absoluter Sicherheit ist damit zu rechnen, daß die Kommunistenpresse auch die größte Wahlniederlage in einen großen, ja entscheidenden Sieg der KPD. umzulügen versteht. Dasselbe Manöver kann auch bei allen gewerkschaftlichen Wahlen beobachtet werden. Die im Jahre 1926 erfolgte starke Dezimierung der Kommunisten in den Gewerkschaften findet im ganzen Reiche, für jedermann sichtbar, auch in diesem Jahre ihren Fortgang. Hochburg um Hochburg fällt, so daß es geradezu langweilig wird, alle die erlittenen Niederlagen zu melden. Aber so groß die Niederlagen in den Gewerkschaften auch sind, so hageldicht die Hiebe auf die KPD. niederprasseln, ihre Presse macht aus jeder Niederlage einen Sieg. Ein solches Verhalten ist nicht mehr Taktik, sondern ein verzweifeltes großes Lügen, um die verbleibenden Anhänger vor einer hoffnungslosen Mutlosigkeit zu bewahren. Und diese Entwicklung und dieser „Vormarsch" im Zeichen einer Massenarbeitslosigkeit, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat. Man kann sich demnach vorstellen, welche Entwicklung die KPD. in Zeiten einer guten Wirtschaftskonjunktur nehmen wird.

Wenn die Herrschaften ganz unter sich sind, sind sie weniger großsprecherisch. Da erfährt man bisweilen, wie wenig ihr behaupteter Vormarsch mit der Wirklichkeit zu tun hat. Am 27. November hat die KPD. im Bezirk Württemberg in Stuttgart einen auf die Dauer von vier Samstagen berechneten Kursus eröffnet. Dieser Kursus sollte den Zweck haben, möglichst viele Kommunisten für die Befähigung zu kommunistischer Parteiagitation in den Gewerkschaften heranzubilden. Kurslehrer war ein Herr Fallrich von der Gewerkschaftszentrale der KPD. in Berlin.

Den ersten Kursus einleitend wurde mitgeteilt, daß die KPD. in ihrem Rat der Gewerkschaftszentrale beschlossen habe, daß man, um in den Gewerkschaften festen Fuß fassen zu können, erst Funktionäre in kommunistischem Sinne erziehen müsse, um mit denselben alle wichtigen Gewerkschaftsposten zu besetzen. Ganz im kleinen müsse man anfangen". Wie reimt sich dieses Geständnis mit den endlosen Siegesmeldungen über die angeblich gewaltigen Fortschritte in der Eroberung der Gewerkschaften durch die KPD. zusammen? Die Erklärung hierfür ist ganz einfach. Weil die KPD. gezwungen ist, ihre immer mehr zusammenschrumpfenden Anhänger um jeden Preis bei der Stange zu halten, muß sie immer neue und immer größere „Siege" erfinden. Da die Kommunisten nach diesem ihrem eigenen Geständnis in den Gewerkschaften noch längst nicht „festen Fuß gefaßt" haben und in rührender Bescheidenheit ganz klein anfangen wollen, wird mancher der heute Lebenden die glorreiche Zeit, wo die Kommunisten alle wichtigsten Posten in den Gewerkschaften innehaben, nicht mehr genießen können.

Im zweiten Kursus vom 4. Dezember 1926 sprach Fallrich über die Weltkrisis. Dabei entschlüpfte ihm das bemerkenswerte Eingeständnis, daß die Gewerkschaften außerordentlich viel im Interesse der Arbeiterschaft geleistet haben. Er sagte:

„Die Gewerkschaften haben sich ein Ruhmesblatt erworben um das Wohl des Proletariats; das geben wir Kommunisten unumwunden zu."

So reden diese Leute, wenn sie sich unbeobachtet glauben, in der öffentlichen Parteipropaganda aber stellen sie die Sache so dar, als ob es in der langen Geschichte der Arbeiterbewegung noch kein Organisationsgebilde gegeben hat, das schändlicher die Interessen der Arbeiterschaft verraten habe, als die Gewerkschaften. Durch das Eingeständnis Fallrichs wird erneut der Beweis erbracht, wie unehrlich und verlogen diese Demagogen die Gewerkschaften heruntereißen. Von den Zehntausenden, die sie durch eine solche niedrige Agitation Gewerkschaften entfremdet und dadurch die Front der Unternehmer gestärkt haben, sei hier gar nicht die Rede.

Aus dem Beamtenwirtschaftsverein.

Wie die ehemals geregelten Verhältnisse einer Arbeitsstätte für etwa 60 Bäcker und Konditoren durch den Christlichen Nahrungsmittel-Industrie-Arbeiter-Verband umgewandelt wurden, das wurde der organisierten Arbeiterschaft an dieser Stelle schon geschildert. Die damaligen Streikbrecher wurden von den Christlichen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in den verschiedensten Orten Deutschlands angeworben und vermittelt. Jetzt, nachdem die Christen den im Kampfe stehenden freien Gewerkschaften durch Streikbruch in den Rücken fielen, sind beschämende Zustände zu verzeichnen:

Beim Engagement der Bäckergesellen wird der Betreffende vom Personalchef, Herrn Matthes, zunächst befragt: „Sind Sie organisiert?" Auf die Antwort „Nein" sagt der Herr dann: „Das ist mir sehr lieb." Andere „Ratschläge" und Anweisungen lauten: „Sie müssen das mit der Arbeitszeit nicht so genau nehmen", „Sie dürfen nicht mit der Uhr in der Hand arbeiten" usw.

In der Konditoreiabteilung schlug der Abteilungsleiter einen Konditorgehilfen während der Arbeit in den Rücken. Der Mitarbeiter des Geschlagenen wollte seinen Arbeitskollegen gegen diese Brutalität des Abteilungsleiters schützen. Er wurde dafür samt dem Geschlagenen sofort entlassen.

Der Beamtenwirtschaftsverein beschäftigte bisher etwa 850 Arbeiter und Angestellte. Danach sollen mindestens 17 Schwerbeschädigte beschäftigt werden. Nach einer Anfrage bei zuständiger Stelle soll der Beamtenwirtschaftsverein nur 431 Arbeiter und Angestellte angegeben haben. Jedenfalls werden gegenwärtig zu wenig Schwerbeschädigte beschäftigt. Als Entschuldigung dafür, weshalb noch nicht die Hälfte der vorgeschriebenen Anzahl Schwerbeschädigter beschäftigt ist, wird angeführt, daß der Beamtenwirtschaftsverein Schwerbeschädigte in seiner Schuhreparaturanstalt beschäftigt.

Wenn das Landeswohlfahrtsamt eine nähere Prüfung vornehmen würde, dann würden wohl noch acht bis neun Schwerbeschädigte hier Arbeit finden.

Auf viele Anfragen hin sei an dieser Stelle nochmals betont, daß zwischen der freien Gewerkschaft, dem Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband und dem Beamtenwirtschaftsverein nach wie vor Differenzen bestehen, zumal die Direktion sich nach wie vor gegen die Beschäftigung freigewerkschaftlich organisierter Leute sträubt.

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Chlorodont

Kleine Tube Mark —.60, große Tube Mark 1.—

Die Chlorodont-Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, beseitigt unangenehmen Mundgeruch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten

1. **Kreis Mitte.** **Elternbeiräte:** Freitag, 25. Februar, 7½ Uhr, bei Zschiesing, Ackerstr. 1, Versammlung. Vortrag: „Simultan- und weltliche Schule". Referent Lehrer Goegke. Wir bitten alle Elternbeiräte, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind herzlichst willkommen.
4. **Kreis Prenzlauer Berg.** **Arbeiterwohlfahrt:** Die Abteilungsvorsitzenden für Arbeiterwohlfahrt holen am Donnerstag, 24. Februar, 8 Uhr, bei Burg, Prenzlauer Allee 189, die Akten ab. Jede Abteilung muß vertreten sein.

5. **Kreis Friedrichshain.** Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, Kreisvertreterversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Aussprache. 3. Neuwahl des Vorstandes. Der Kreisvorstand und die Abteilungsleiter kommen bereits um 7 Uhr ebenda zu einer wichtigen Besprechung zusammen.

5. **Kreis Friedrichshain.** **Beamtenwerbeausschuß:** Wegen der Kreisvertreterversammlung am Donnerstag, 24. Februar, findet die angekündigte Sitzung des Beamtenwerbeausschusses n i c h t statt.
7. **Kreis Charlottenburg.** Die Jugendweihe findet am 27. März im Schillertheater statt. Der Vorbereitungsunterricht findet jeden Freitag von 4 bis 6 Uhr in der 34. Gemeindeschule, Spreestr. 29, durch den Schulleiter, Genossen W. Schmücker, statt. Anmeldungen zum Unterricht dortselbst. — Alle Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung sind, werden aufgefordert, am Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, in Ahlerts Festsälen, Berliner Str. 88, zur Mitgliederversammlung zu erscheinen. Vortrag: „Aberglauben im Altertum und in der Neuzeit". Referent Genosse Roth.
9. **Kreis Wilmersdorf.** Zu dem am 27. Februar in der Philharmonie stattfindenden 3. Arbeiter-Sinfoniekonzert mit dem Philharmonischen Orchester sind noch Einlaßkarten zu 1,50 M. durch die Mitglieder des Bildungsausschusses sowie bei dessen Obmann, Genossen Michel, Aachener Str. 41, zu haben.
17. **Kreis Lichtenberg.** **Arbeiterwohlfahrt:** Donnerstag, 24. Februar, 7 Uhr, im Rathaus Möllendorfstr. 6 Kursus: „Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige". Referentin Dr. Hellinger.

Heute, Mittwoch, 23. Februar:

3. **Abt.** 7½ Uhr bei Krüger, Engelufer 23, Zahlabend. Vortrag: „Der Entwurf zu einem Agrarprogramm". Referent Hans Willige. Gäste sind willkommen.
27. **Abt.** 7½ Uhr in den Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 130, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Sozialdemokratie und Bürgerblock". Referent Erich Fraenkel. „Vorwärts"-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

128./130. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr im Türkischen Zelt, Breite Str. 14, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Besitzbürgerblock und Sozialdemokratie". Referent Dr. Alfred Freund. Gäste sind herzlichst eingeladen.

Morgen, Donnerstag, 24. Februar:

10. **und 11. Abt.** 7½ Uhr bei Berger, Levetzowstr. 21, Konsummitgliederversammlung. Vortrag: „Rechte und Pflichten der Genossenschaft". Referent Karl Michaelis. Pflicht eines jeden in der 190. Verkaufsstelle, Elberfelder Str. 21, kaufenden parteigenössischen Konsummitgliedes ist es, dort unbedingt zu erscheinen, da außer dem Vortrag noch sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Wareneinkaufskarte dient als Legitimation.
91. **Abt. Neukölln.** 7½ Uhr im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6/11, Abteilungsversammlung. Großer Filmvortrag (6 Akte). Referent Bruno Groppler. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, bestimmt an dieser Versammlung teilzunehmen. Gäste sind willkommen.
99. **Abt. Britz-Buckow.** 7½ Uhr im Lokal Niemsch, Chausseestr. 18, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Kirche, Schule und Proletariat". Referent Genosse Lemke. Wahl der Delegierten zum Kreisvertretertag und Bezirkstag. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
108. **Abt. Köpenick.** 7½ Uhr bei Fiebach, Müggelheimer Str. 1, wichtige Vorstandssitzung mit den Bezirksführern. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Eltern Charlottenburgs!

Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der 30. Gemeindeschule, Eingang: Neues Ufer 6

Großer Lichtbildervortrag

Volk, wehre dich gegen die Vergiftung deiner Kinder!

Referent: Stadtverordneter **Adolph Hoffmann.**

Väter, Mütter! Erscheint vollzählig in dieser Versammlung, denn es handelt sich um das Wohl Eurer Kinder!

Freie Schulgemeinde Charlottenburg.

Frauenveranstaltungen.

1. **Kreis Mitte.** Donnerstag, 24. Februar, pünktlich 8 Uhr, bei Zschiesing, Ackerstr. 1, Beginn der Arbeitsgemeinschaft: „Das Heidelberger Programm". Referentin Ellen Beidler. Interessierte Genossen und Genossinnen sind herzlichst eingeladen.
14. **Kreis Neukölln.** Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, bei Stahmann, Münchener Str. 42, Ecke Reuterstraße, 2. Kursusabend: „Heidelberger Programm". Referentin Stadtverordnete Minna Todenhagen.
5. **Abt.** Achtung! Der für Donnerstag, 24. Februar, angesetzte Frauenabend f ä l l t a u s. Derselbe findet bestimmt im März statt. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch.
68. **Abt. Halensee.** Donnerstag, 24. Februar, 8 Uhr, bei Sandmann, Westfälische Str. 42. Vortrag: „Wirtschaftspolitik und Sozialdemokratie". Referent Dr. von Ungern-Sternberg.
101. **Abt. Treptow.** Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, bei Jahnke, Kiefholzstr. 21. 3. Abend: „Die proletarische Frau". Referentin Mathilde Wurm, M. d. R.
109. **Abt. Friedrichshagen.** Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, bei Otto, Kirch- Ecke Wilhelmstraße. Vortrag: „Die Arbeiterwohlfahrt". Referentin Helene Schmitz, M. d. L.

Jungsozialisten.

Gruppe Pankow: Heute, Mittwoch, 23. Februar, pünktlich 7½ Uhr, im städtischen Jugendheim Görschstr. 14, Zimmer 2. Vortrag: „Kapitalansammlung und Sozialpolitik". Referent Genosse Günther. Gäste willkommen.

*

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Die erweiterte Vorstandssitzung findet am Freitag, 25. Februar, 7½ Uhr, in der Yorckstr. 11, Zimmer 29, statt. Alle Kreise müssen unbedingt vertreten sein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

68. **Abt. Halensee.** Unser Genosse Franz S c h ü l e r, Markgraf-Albrecht-Straße 9, ist infolge eines Herzschlages verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

104. **Abt. Niederschöneweide.** Unser Genosse Dr. Otto K ö h l e r, Spreestraße 25, ist am Sonnabend plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung findet am Donnerstag, 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Königswusterhausen statt. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Abteilungsleiter. Liefert sofort die Monatsprogramme ab!

Die Gastkarten zur Generalversammlung müssen bis spätestens heute, Mittwoch, durch die Abteilungen abgeholt werden. Abteilungen, die heute nicht abholen, erhalten keine Gastkarten.

3. **Arbeiter-Sinfonie-Konzert** Sonntag, 27. Februar, nachmittags 3¾ Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße.

Ein Frühlings-Mysterium (Dramatisches Chorwerk von Bruno Schönlank) Sonntag, 6., und Sonntag, 13. März, vormittags 11½ Uhr, im Theater am Bülowplatz. Karten sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Achtung, Abteilungsleiter! Heute, Mittwoch, von 5–7 Uhr Abrechnung. Die Bücherstube ist heute, Mittwoch, von 5–7 Uhr geöffnet.

Heute, Mittwoch, 23. Februar, abends 7½ Uhr:

Achtung, Wanderleiter! Jugendheim Lindenstr. 3. **Wanderleiterkonferenz.** Es findet der Lichtbildervortrag „Sternkunde für die Wanderung" statt. Jede Abteilung muß vertreten sein. Auch andere interessierte Genossen können teilnehmen. Am Sonnabend, 26. Februar, ½8 Uhr, findet ein gemeinsamer Besuch des Planetariums am Zoo statt (ermäßigter Preis).

Helmholtzplatz: Schule Eberswalder Str. 10. „Unsere Organisation". — **Rosenthaler Vorstadt:** Schule Gipsstr. 23a. Jack-London-Abend. — **Andreasplatz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16. Zehn-Minuten-Referate. — **Frankfurter Viertel:** Jugendheim Rigaer Str. 103. Vortrag: „Unsere Zeitung". — **Friedrichshain:** Jugendheim Dieffelmeyerstr. 5/6. „Der gute Ton". — **Petersburger Viertel:** Jugendheim Ebertystr. 12. Zehn-Minuten-Referate. — **Warschauer Viertel:** Jugendheim Tilsiter Str. 4. Vortrag: „Dichter unserer Zeit". — **Reichenberger Viertel:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. Jack-London-Abend. — **Tempelhof:** Lyzeum Germaniastr. 4. Vortrag: „Nachtasyl". — **Falkenberg:** Jugendheim Am Falkenberg 117. Vortrag: „Arbeitszeitgesetz". — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Prinz-Albert-Straße. Zehn-Minuten-Referate. — **Lichtenberg-Nord:** Jugendheim Parkaue 10. Aussprache: „Unsere Aufgaben in den Fortbildungsschulen". — **Lichtenberg-West:** Jugendheim Parkaue 10. Außerordentliche Mitgliederversammlung. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Arbeiterdichtung".

Werbebezirk Westen und Tiergarten: Helferkursus im Jugendheim Rosinenstraße 4. Thema: „Sozialistische Erziehungsfragen".

Werbebezirk Schöneberg: Schulaula am Wartburgplatz. Werbebezirksmitgliederversammlung. Das Erscheinen der Delegierten zur Generalversammlung und aller Mitglieder ist wegen der wichtigen Tagesordnung Pflicht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Steglitz (Kreis): Do., d. 24., 8 Uhr, Turnabend Turnhalle Ringstraße. — **Neukölln-Britz:** Die Kameraden beteiligen sich nebst Angehörigen an dem Faschingsfest der SPD. am Fr., d. 25., 8 Uhr, in der Neuen Welt. Karten an der Abendkasse (60 Pf.). — **Lichtenberg und Untergruppen:** Sonntag, d. 27., nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Schönert, Inhaber Rehnelt, am Rummelsburger See, großes historisches Trachtenfest. Kameraden der übrigen Kreise herzlich willkommen. Eintritt 50 Pf. — **Reinickendorf (Kreis):** Fr., d. 25., 8 Uhr, Vollversammlung im Schützenhaus, Residenzstr. 1. Erscheinen Pflicht.

Berliner Handwerkerverein. Mittwoch, 23. Februar, 8 Uhr, Sophienstr. 18 Lichtbildervortrag von Paul W. John: Nord- und Südtirol mit Bozen, Meran und die weltberühmte Dolomitenstraße.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V. Charlottenburg: Mittwoch, 23. Februar, 7½ Uhr, Gemeindeschule Joachimsthaler Str. 31/32, öffentlicher Lichtbildervortrag: „Erd- oder Feuerbestattung?" Eintritt frei. Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, Ahlerts Festsäle, Charlottenburg, Berliner Straße 88, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Aberglauben im Altertum und in der Neuzeit". Referent Genosse Roth. — **Bezirk Wedding:** Mittwoch, 23. Februar, 7½ Uhr, Pharussäle, Müllerstraße, Mitgliederversammlung. Bericht von der Reichs- und Gaugeneralversammlung. — **Ortsgruppe Steglitz:** Vortragszyklus der Genossin Maria Krische über: „Sexualleben im neuen Rußland" Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, Realschule Florastraße.

Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens e. V. Donnerstag, 24. Februar, 7½ Uhr, Verwaltungsgebäude der jüdischen Gemeinde, Rosenstraße 2/4. 82. ordentliche Generalversammlung.

Arbeiter-Photographen, Bezirksgruppe Westen. Arbeitsabend am Mittwoch, 23. Februar, im Lokal „Zum Kurfürsten", Kurfürsten- Ecke Steinmetzstraße. Gäste und Interessenten willkommen.

Handschuhe

Man trägt und sieht sie gerne, wenn sie rein sind.

Ein kurzes leichtes Waschen im milden LUX-Schaum erhält sie schmiegsam und farbenprächtig.

Wildlederhandschuhe sind an der Hand zu waschen und nicht zu spülen.

***Zu Ihrem Schutz:** LUX Seifenflocken werden nie lose verkauft.*

LUX

SEIFENFLOCKEN

SUNLICHT MANNHEIM

L 120

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Besteher

Richard Baltruschat

am 21. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 25. Februar, nachmittags 2¾ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme an dem Hinscheiden unserer geliebten Tochter, Schwester und Schwägerin

Hertha Urban

sprechen wir hiermit im Namen der Hinterbliebenen unseren herzlichsten Dank aus.

Otto Urban
u. Frau Else geb. [illegible]mann

Berlin-Steglitz, Heimstättenweg 17, den 22. Februar 1927.

Frackverleihinstitut Friedrichstr. 122/123, gegenüber Oranienburgerstraße.

Was sagt der Bär?

Viel begehrt,

aber Wenigen beschieden, ist das große Los. Ein großer Treffer, der ebenfalls sehr begehrt ist, aber allen beschieden sein kann, heißt

Josetti Juno

Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette

KÖN LINON

Drei Abschlüsse des Großkapitals.

Ruhrmontantrust – Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken – Mitteldeutsche Creditbank.

Der deutschen Oeffentlichkeit werden an einem Tage drei Abschlüsse des Großkapitals vorgelegt, deren charakteristische Bedeutung für den Wiederaufbauprozeß der deutschen Volkswirtschaft gleich groß ist und deren Ergebnisse sich gerade deshalb zu einem runden Bilde zusammenfügen, weil sie aus den verschiedensten Gebieten kommen. Es handelt sich um den ersten Abschluß der am 1. April 1926 offiziell in Wirksamkeit getretenen Vereinigten Stahlwerke A.-G., die als der Zeuge jener dramatischen Notwendigkeit anzusprechen ist, die durch Krieg und Inflation hoffnungslos übersteigerte Produktionsfähigkeit der Schwerindustrie durch Vereinigung selbst größter Konzernbetriebe den von Grund auf veränderten Absatz- und Marktverhältnissen im In- und Auslande anzupassen. Ferner um den Abschluß des bedeutendsten deutschen Hypothekenbankenkonzerns, der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken, in deren Geschäftsentwicklung sich der Wiederaufbau des in der Inflationszeit restlos zerstörten deutschen Realkredits widerspiegelt. Und endlich, um den Abschluß der Mitteldeutschen Creditbank, zwar die kleinste der Berliner Großbanken, die aber nichtsdestoweniger auf der einen Seite für die Art zeugt, wie die Privatbanken ihre volkswirtschaftliche Funktion der Kapitalbeschaffung und Kreditvermittlung wieder aufgenommen haben, und auf der anderen Seite für die Unzulänglichkeit, mit der sie noch heute, im vierten Jahre nach der Stabilisierung, dieser ihrer Funktion dienen.

6 Proz. Dividende im Stahltrust.

Der Abschluß der Vereinigten Stahlwerke A.-G. zum 30. September 1926 stellt in seiner Bilanzsumme von 1853 Millionen wohl den größten Umfang von Geschäften dar, der in Europa für eine einzelne private Gesellschaft zu verzeichnen ist. Der Abschluß bezieht sich formell auf neun Monate (14. Januar bis 30. September 1926), aber den wirklich vom Trust selbst betriebenen Geschäften nach nur auf die Zeit von sechs Monaten. Auf das Aktienkapital von 800 Millionen Mark, zu dem noch die Genußscheine mit 125 Millionen hinzuzurechnen sind, wird für diese sechs Monate eine Dividende von 3 Proz. verteilt, was einer Jahresdividende von 6 Proz. entspricht. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß eine Dividende verteilt werden würde, haben doch die Vereinigten Stahlwerke über 400 Millionen Mark Auslandsanleihen zu verzinsen, und hängt doch von der Ausschüttung einer Dividende nicht zuletzt der Kredit und das Ansehen des Trusts im Inland und Ausland ab. Die große Gefahr der Ueberkapitalisierung, auf die wir früher mehrfach hingewiesen haben, und die die Ausschüttung einer Dividende hätte gefährden können, wurde allerdings von dem unerhörten Glücksfall des englischen Bergarbeiterstreiks aufgefangen. Dieser hätte auch aus den laufenden Einnahmen eine Dividende gestattet, wenn sie bis zum 30. September 1926, wo die Steigerung der Eisen- und Hüttenproduktion noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hatte, noch nicht verdient worden wäre. Heute ist nicht daran zu zweifeln, daß trotz der außerordentlich hohen Kapitalisierung und Verschuldung des Stahltrusts die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. der Zeuge glänzender Gewinne ist und daß die gewaltige Ankurbelung der Trustarbeit durch das Göttergeschenk des englischen Streiks auf lange Zeit hinaus noch große Gewinne sichern wird.

Die Abschlußziffern des Ruhrmontantrusts finden in Deutschland außer in der J.-G.-Farbenindustrie kein Gleichnis. Als schwere Unterlassung muß sofort gekennzeichnet werden, daß die Vereinigten Stahlwerke ihre Betriebsüberschüsse in dem bisher vorliegenden Kommuniqué überhaupt nicht beziffert haben. Das muß in dem Geschäftsbericht unbedingt nachgeholt werden. Aber es wird ein Reingewinn ausgewiesen von 26,46 Millionen Mark, nach dem auf die Produktionsanlage 26,14 Millionen abgeschrieben und Steuern und Soziallasten mit 42,19 Millionen ausgewiesen wurden. Ueber die tatsächlichen Gewinne des Ruhrmontantrusts läßt sich aus den mitgeteilten Zahlen nichts entnehmen, weil Vergleichsbilanzen mit früheren Jahren noch nicht vorliegen und weil die riesigen Anleihebeträge jede beliebige Verschleierung erlauben. Jedenfalls erscheinen weder die Abschreibungen sehr hoch, die auf die Anlagen wirklich erfolgen, noch die Erneuerungsrücklagen mit rund 23,4 Millionen Mark; aus beiden ergeben sich auf die gesamten Produktionsanlagen eine Gesamtabschreibung von nicht ganz 5 Proz. In der Bilanz haben sich die Anlagewerte von 1078 auf 1136 Millionen erhöht (Charlottenhütte, Rombacherhütte und sonstige Erwerbungen). Das Konto Beteiligungen und Wertpapiere ist von rund 93 um über 100 Millionen auf 199,80 Millionen gestiegen (von den Gründerwerken übernommene Beteiligungen, erworbene und gegründete Eisenhandelsgesellschaften und Stummwerke, die Mitteldeutsche Stahltrustanteile sind kaum schon darin enthalten). Im laufenden Geschäft haben die Gewinne des englischen Streiks und die Erlöse aus den Auslandsanleihen zu einer sehr großen Flüssigkeit geführt. Den von 23,87 auf 269,58 gestiegenen Forderungen stehen auf der Passivseite von 31,88 auf nur 96,58 Millionen gestiegene kurzfristige Verpflichtungen gegenüber. Die Warenbestände sind mit 203,88 Millionen gegenüber dem 1. April 1926 genau gleichbewertet. Auch wenn man die langfristigen Verpflichtungen (neben den Anleihen!), die von 112,62 auf 144,57 Millionen gestiegen sind, zu den kurzfristigen Verpflichtungen hinzunimmt, wird die Höhe der laufenden Forderungen noch nicht erreicht. Der Eindruck der Bilanz ist glänzend. Man wird allerdings abzuwarten haben, wie in der Zukunft, wenn der Glücksfall des englischen Streiks keine Wirkung mehr ausüben wird, die Abschlüsse der Vereinigten Stahlwerke aussehen werden. Die Herren des Ruhrmontantrusts zehren, wo sie sich als erfolgreiche Wirtschaftsführer feiern lassen, in diesem Sinne heute von den Vorschußlorbeeren und die Oeffentlichkeit wird gut daran tun, das äußerlich zweifellos sehr imposante Werk der Ruhrmontantrustgründung in der Zukunft weiter mit kühlem Blick zu verfolgen.

Die Gemeinschaftsgruppe im deutschen Realkredit.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken, in der acht der bedeutendsten Hypothekeninstitute Deutschlands zu fast einheitlicher Wirkung zusammengefaßt sind, legt einen Abschluß zum 31. Dezember 1926 vor. Obwohl das Geschäft der Gemeinschaftsgruppe im vergangenen Jahre einen riesenhaften Aufschwung genommen hat und obwohl sehr viel verdient worden ist, ist die Dividende mit 8 Proz. auf der vorjährigen Höhe belassen worden. Der auf 6,75 Millionen gestiegene Reingewinn wird nur zum kleineren Teil für die Dividende verwendet, mit über 2,20 Millionen zur Stärkung der offenen und zur Bildung von Betriebsreserven. Wenn man die seit 1924 eingetretene Entwicklung verfolgt, so scheint das Bild von überraschendem Glanz. Gegenüber Ende 1924 ist der Bruttogewinn von 5,85 (1925: 17,03) auf 37,99 Millionen gestiegen, also fast verfünffacht. Der Reingewinn ist mehr als verfünffacht. Die gewaltige Ausdehnung des Geschäftes hat die Unkosten des Konzerns gegenüber 1924 mit 5,15 Millionen im Jahre 1926 fast verdreifacht. Einen Einblick in die sprunghafte Ausdehnung des in der Inflation ja völlig zusammengebrochenen Realkredits seit 1924 geben folgende Ziffern: Die vereinnahmten Hypothekenzinsen stiegen von 1,21 auf 8,99 Millionen 1925 und auf 23,50 Millionen im Jahre 1926; sie sind gegen 1924 also fast verzwanzigfacht. Die Provisionen aus dem Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft sind in den drei Jahren von 0,67 auf 4,40 Millionen erhöht, also fast versiebenfacht. Auf der anderen Seite ist das reine Bankgeschäft, das gegen Ende der Inflationszeit eine Hauptrolle spielte, verhältnismäßig zurückgegangen. Gegenüber dem Jahre 1924 sind die Zinsen und Provisionen daraus mit 1,49 Millionen kaum verdoppelt. Dieser Erhöhung der Einnahmeziffern entspricht die gewaltige Steigerung der Hypotheken- und Kommunaldarlehen: Die Hypothekendarlehen sind auf 382,19 Millionen angewachsen gegenüber 152,25 Millionen im Jahre 1925 und 47,75 Millionen im Jahre 1924, in drei Jahren also fast auf das Achtfache. Die Kommunaldarlehen haben 130,38 Millionen erreicht; gegenüber 1924 mehr als das Dreifache. Auf der anderen Seite ist das Aktienkapital sämtlicher acht Gesellschaften in den drei Jahren von 43,0 nur auf 47,5 Millionen erhöht worden.

So groß diese Steigerungen aber auch sind, im Endergebnis zeigt sich, daß ähnlich wie bei den Sparkassen das Realkreditgeschäft noch nicht entfernt den Umfang der Vorkriegszeit wieder erreicht hat. Gegenüber mehr als 40 000 von den Konzernbanken gewährten Hypotheken in der Vorkriegszeit betrug der Gesamtbestand Ende 1926 nur 7395. Dabei ist der Durchschnittsbetrag der gewährten Hypotheken noch von 61 000 auf rund 52 000 M. zurückgegangen. Die Gesamtsumme der Hypothekendarlehen betrug im letzten Vorkriegsjahr 2454 Millionen Mark. Sie betrug Ende 1926 erst 383,02 Millionen, das ist noch nicht ein Sechstel. Ein Zeichen für die von Grund aus veränderten Verhältnisse und für die Langsamkeit der Wiederannäherung an Vorkriegszeiten ist es, daß die Beleihungshöhe der Grundstücke heute erst 40,8 Proz. erreicht hat, während sie im Jahre 1913 im Durchschnitt der Konzernbanken noch 57,2 Proz. betrug. Der gewaltige Aufschwung des Hypotheken- und Pfandbriefgeschäftes darf deshalb darüber nicht täuschen, daß noch außerordentlich viel geschehen müßte, bis der deutsche Realkredit wieder so groß ist und so gesund funktioniert wie in der Vorkriegszeit. Allerdings sind die Gewinne sehr bedeutend und es zeigt sich, daß auch der Aufbau des Realkredites mit Sicherheit schneller hätte erfolgen können, wenn nicht auch die privaten Hypothekenbanken in großem Umfange Gewinne thesauriert und damit die Ausdehnung des Pfandbriefgeschäfts behindert hätten.

Erhöhte Dividende der Mitteldeutschen Kreditbank.

Der Abschluß der Mitteldeutschen Kreditbank endlich läßt in vielen Zügen wiederum erkennen, wie sehr die deutschen Privatbanken in der Hauptsache auf die tagesprofitliche Erhöhung der Rentabilität statt auf die gesunde Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Funktionen bedacht sind, die auf Dauer auch ihrer Rentabilität nur nutzen könnte. Bei dieser Großbank hat sich das Jahr 1926 wie bei allen Kreditbanken als gutes Börsenjahr ausgewirkt. In dem 8,79 Millionen Mark betragenden Bruttogewinn sind die Börsenprovisionen mit rund 4,0 Millionen noch höher ausgewiesen als im Jahre 1913, wo sie nur 2,9 Millionen betrugen. Die Gewinne aus Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen sind von 0,45 auf 0,79 Millionen erhöht. Auf der anderen Seite sind die Gehälter und Geschäftsunkosten von 6,37 auf 5,94 Millionen zurückgegangen. Der Reingewinn ist von 1,45 auf 1,80 Millionen gestiegen, aus dem auf das Kapital von 22 Millionen eine Dividende von 9 Proz. verteilt wird, also 1 Proz. mehr als im vorigen Jahre. Die außerordentlich große Rolle des Börsengeschäfts verrät in der Bilanz der Posten Reports und Lombards, der mit 20,56 gegen 3,26 Millionen im Vorjahr reichlich versechsfacht ist. Demgegenüber ist das eigentliche Kreditgeschäft für die Wirtschaft nicht gestiegen, sondern gesunken: Wechsel um über 6 Millionen auf 22,93 Millionen, Beleihungen von Waren um mehr als ein Drittel und bei den laufend ausgeliehenen Geldern zeigt sich, daß die üble Praxis der Banken, hohe Deckungen zu verlangen, bei der Mitteldeutschen Kreditbank im letzten Jahre noch verschärft wurde. Während die sogenannten gedeckten Kredite von 38,6 auf 53,1 Millionen gestiegen sind, sind die ungedeckten Kredite von 11,7 auf 7,1 Millionen gesunken. Der beträchtliche Aufschwung des Geschäftes, der in der Steigerung der Kreditoren von 90,2 auf 127,8 Millionen zum Ausdruck kommt, ist also nicht der besseren und billigeren Kreditausstattung der produktiven Wirtschaft, sondern in der Hauptsache der Börse zugute gekommen.

So muß man auch bei der Mitteldeutschen Kreditbank feststellen, daß sie im Wiederaufbau der Wirtschaft, übereinstimmend mit dem Vorgehen der anderen privaten Kreditbanken, fast ausschließlich an den Tagesgewinn und viel weniger an den Ausbau einer volkswirtschaftlich zweckmäßigen Kredit- und Bankpolitik gedacht hat.

Ufa- oder Regierungsskandal?

Die Rolle des Herrn Reichswirtschaftsministers.

Die Meldungen, nach welchen die Ufa bzw. die ganze Filmindustrie die finanzielle Unterstützung des Reiches erhalten soll, haben die Oeffentlichkeit zu leidenschaftlicher Stellungnahme veranlaßt. Aus mehrfachen Gründen nicht mit Unrecht. Der Raubbau, der mit öffentlichen Mitteln in der Form von Sanierung von privaten Unternehmungen in den vergangenen Jahren getrieben worden ist, hat um so tiefer nachgewirkt, als das Privatkapital alle diese Sanierungen in Form von staatlicher Hilfe schließlich als „kalte Sozialisierung" zu denunzieren versucht. Das Uebermaß derartiger Subventionen, bei denen sich in sehr vielen Fällen das Geld als hinausgeworfen erwies, hat zu einem Eingreifen des Reichstags geführt, der die Möglichkeit öffentlicher Unterstützungen privater Unternehmungen sowohl in der Form der Kreditgewährung als in der Form der Garantieübernahme beschränkte und von einer gesetzlichen Ermächtigung abhängig machte. In dem speziellen Fall der Ufa und der Filmindustrie aber ist die öffentliche Anteilnahme doppelt stark, weil bei der Ufa seit Jahren die finanzielle Mißwirtschaft und die zweifellos überwiegenden Mißerfolge der eigenen Produktion klar zutage liegen und weil das Filmwesen als gesellschaftliche Gesamterscheinung fast unmittelbar jeden einzelnen Staatsbürger angeht und interessiert. Die Tatsache, daß eine Subvention durch die Rechtsblockregierung gerade bei der Filmindustrie die Befürchtung wachrufen muß, daß sie entweder als Symptom einer systematischen Begünstigungspolitik des Privatkapitals unter dem heutigen Rechtskurs angesehen oder gar die Grundlage zu einer bestimmten politischen Meinungsbildung abgeben könnte, — diese Dinge kommen hinzu.

Angesichts dieser Lage muß es die Oeffentlichkeit und insbesondere alle parlamentarischen Stellen tief erregen, wenn gemeldet wird, daß das Reichswirtschaftsministerium der Filmindustrie gegenüber bereits weitgehende Zusagen gemacht habe, die letztlich, da die Ufa 80 Proz. der Filmproduktion darstellt, in hervorragendem Maße diesem durch die Mißwirtschaft der Deutschen Bank gefährdeten Unternehmen zugutekommen soll. Das Reichswirtschaftsministerium habe, so heißt es, grundsätzlich seine Zustimmung für Exportkredite bis zu 15 Millionen gegeben, davon 10 Millionen für die Ufa und die restlichen 5 Millionen an die mit Hugenberg liierte Deulig-Film A.-G., die ihrerseits die übrige Filmindustrie vertreten soll. Das Reich soll außerdem dazu bereit sein, von den nach der Kapitalzusammenlegung der Ufa neu ausgegebenen Aktien 5 Millionen zu übernehmen, und das Reich soll auch dem Antrag wohlwollend gegenüberstehen, nach dem der Ufa 20 Millionen ihrer Bankschulden vom Reich garantiert und ihr eventuell noch weitere Hilfen gegeben werden sollen. Die Meldung lautet weiter dahin, daß tatsächlich zwischen der Ufa und den Hugenbergschen Kreisen Verhandlungen schweben, von denen das Reich Kenntnis hat, und für die gesamte Filmindustrie soll auf dem bekannten Wege der Exportgarantien tatsächlich eine systematische Exporthilfe gewährt werden.

Nun liegt, offenbar von offiziöser Stelle, eine Meldung darüber vor, daß zwar sowohl bezüglich der Ufa als auch der ganzen Filmindustrie Verhandlungen stattgefunden hätten unter dem Gesichtspunkt der Exportförderung, daß aber noch keiner der beiden Seiten eine Entscheidung getroffen worden sei oder Zusagen gegeben worden sind. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Mitteilung von der am meisten beteiligten Stelle, dem Reichswirtschaftsministerium des Herrn Curtius, herrührt. Es ist leider aber auch mit ebensolcher Sicherheit anzunehmen, daß diese Mitteilung, die nicht als amtlich gekennzeichnet ist, dem wahren Stand der Dinge weder Ausdruck gibt noch eine sachliche Information der Oeffentlichkeit in Bälde erwarten läßt. Verhandlungen haben stattgefunden und nichts von den Einzelheiten, die über die Richtung dieser Verhandlungen mitgeteilt werden, wird dementiert. Man muß also annehmen, daß der Herr Reichswirtschaftsminister Curtius sich den Unterhändlern der Ufa bzw. der Filmindustrie gegenüber bereits sehr weit eingelassen hat, und daß man im gegenwärtigen Augenblick nach der erfolgten Alarmierung der Oeffentlichkeit nur um diejenigen Formen sucht, die den privaten Interessenten trotz der gesetzlichen Hindernisse Rechnung trägt. Die Oeffentlichkeit hat allen Anlaß, sich die Aktionen des Herrn Reichswirtschaftsministers auf das allergenaueste anzusehen und vom Parlament ist zu verlangen, daß es nicht nur sofort über die Vorgänge Klarheit fordert, sondern sich im Falle der Exportgarantie, die nur eine verschleierte Subvention sein kann, die genauen Unterlagen dafür geben läßt, wie sich der Herr Reichswirtschaftsminister die praktische Durchführung solcher Garantien denkt.

Kein Zweifel ist darüber, daß hinter dem Schicksal der Filmindustrie größere und wichtigere Dinge stecken als die Frage von Subvention oder nicht Subvention. Das Filmwesen ist weitgehend eine kulturelle Angelegenheit, bei welcher es auch für die öffentliche Hand unter bestimmten Bedingungen eine andere Stellungnahme geben könnte, als bei anderen Industrien. Aber in diesem Falle steht nicht das deutsche Filmwesen zur Diskussion, sondern nackt und klar die Hilfe für eine Industrie, für die das verantwortliche Kapital zunächst voll und bis zum letzten Pfennig einstehen muß. Was die Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums, wenn es einer Finanzhilfe für die Filmindustrie geneigt wäre, absolut unmöglich macht, das ist, daß das Ministerium überhaupt nicht das Filmwesen als solches, sondern das Filmkapital im Auge hat. Gegen eine solche Stellungnahme muß sich die Oeffentlichkeit mit äußerster Entschiedenheit zur Wehr setzen. Sie entspricht zwar der Grundauffassung des Herrn Curtius, die Interessen des Privatkapitals mit denen des Volkes gleichzusetzen, das Volk kann daraus aber nur die Konsequenz ziehen, daß es sich eine derartige Politik unter keinen Umständen gefallen läßt. Gerade die Ufa-Angelegenheit kann ein Schulbeispiel dafür sein, wie die neue Regierung systematische Begünstigungspolitik des Privatkapitals treibt und für die Richtung, in der die deutsche Oeffentlichkeit ihre Wachsamkeit zu entfalten hat.

Zehn Millionen für Gemüsekulturen.

Es ist eine in Deutschland bisher noch wenig beachtete Tatsache, daß für eine große Anzahl hochwertiger Gemüsefrüchte, insbesondere für Gurken und Tomaten, Möglichkeiten zur industriellen Massenproduktion tatsächlich bestehen, die nicht nur der Hochkulturenproduktion des Auslandes gleichstehen, auch was die Billigkeit anlangt, sondern für die auch die praktischen Voraussetzungen bereits gegeben sind. Vor einigen Wochen hat das Preußische Landwirtschaftsministerium darüber eine Denkschrift veröffentlicht, in der wertvolle Erfahrungen mitgeteilt werden, die man bei der Kultivierung von Mooren und der Errichtung von Glaskulturen zum Anbau von Gurken und Tomaten gemacht hat. Was diese Kulturen in ihren Erfolgen besonders steigerte, war die Möglichkeit, von einem in der Nähe liegenden Kraftwerk die Beheizung der Wachshäuser durchzuführen. Die Norddeutschen Kraftwerke haben im Wiesmoor in Ostfriesland bereits 11 000 Quadratmeter Gemüseland unter Glas gebracht und die Gesamtanlage soll bald auf 50 000 Quadratmeter gesteigert werden. Die Möglichkeit ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß auf diesem Wege in wirtschaftlicher Form Frühgemüse in großen Massen gezüchtet werden könnte.

Mit Rücksicht auf diese Erfahrungen hat nun das Preußische Staatsministerium dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den zunächst auf dem Wege des Kredits ein Betrag von 10,2 Millionen Mark zur Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Wiesmoor zur Verfügung gestellt werden soll. In der Begründung heißt es, daß in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein noch beträchtliche große Moorgebiete für die besonderen Zwecke des Frischgemüsebaues aufgeschlossen zu werden vermögen.

Zur Konjunktur für Textilwaren. Der Reichsbund des Textileinzelhandels legt jetzt das Ergebnis seiner Erhebungen über den Umsatz im Textilhandel für 1926 vor. Danach waren die Gesamtumsätze im deutschen Textilhandel für das Jahr 1926 wertmäßig um 4,4 Proz. höher als im Jahre 1924, dagegen um 8,6 Proz. niedriger als im Jahre 1925. Der Reichsbund erklärt auf Grund seiner Erhebungen, daß der mengenmäßige Umsatz des Textileinzelhandels im Jahre 1926 nicht erheblich höher war, als in den beiden Vorjahren. Für diese Behauptung führt er an, daß die Wirtschaftskrise des Winters 1925/26 einen weitgehenden Preisabbau erzwang und der Baumwollsturz im September/November 1926 auch eine gewisse Senkung der Preise für Fertigwaren mit sich brachte.

Die Sozialdemokratie gegen die Justizwillkür.

Anklage des Genossen Levi. – Hergts Programmrede.

Der Reichstag befaßte sich in seiner gestrigen Plenarsitzung, nachdem eine Reihe von Anträgen zur Aufwertungsfrage dem Rechtsausschuß überwiesen worden waren, mit dem Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter.

Abg. **Loibl** (Bayr. Vp.) behauptet, man könne aus der Denkschrift über die Pensions-Aufwendungen kein richtiges Bild gewinnen. Man erfasse daraus z. B. nicht, wieviel Personen in den Regierungen nach der Revolution verbraucht worden seien. Die Generäle hätten eine so lange Dienstzeit hinter sich, daß die Höhe der Pensionen verständlich sei. (Unruhe links und Zurufe.) Die Mehrzahl der pensionierten Offiziere lebte geradezu im Elend. Wenn im Gegensatz zu Lüttwitz Kapitän Ehrhardt noch keine Pensionsansprüche gestellt hat, so lag das daran, daß er gar nichts von seiner Berechtigung dazu wußte. Eine Besserstellung der Kriegsbeschädigten sei gewiß wünschenswert, aber die Unzufriedenheit sei in die Reihen der Kriegsbeschädigten erst durch die Forderungen des Reichsbundes getragen worden. (Lebhafter Widerspruch links.)

Ministerialrat **Kerschensteiner** teilt mit, daß die von der Sozialdemokratie verlangte Nachweisung über die während des Krieges beförderten Offiziere in der nächsten Woche vorgelegt werde. Die von den Rechtsparteien gewünschte Denkschrift über die Tropenzulage werde keine praktische Bedeutung haben.

In einer persönlichen Bemerkung stellte Abg. **Roßmann** gegenüber den Abg. Loibl fest, daß er in seiner gestrigen Rede folgendes ausgeführt hat:

„Wenn diese 700 000 Leute nicht im wesentlichen arme Arbeiter, Bauern und Bürger gewesen wären, sondern Berufssoldaten, deren Bezüge durch den Artikel 129 der Verfassung qualifiziert geschützt sind, dann hätten ihnen diese Bezüge wahrscheinlich niemals von einer Mehrheit des Reichstags genommen werden können. Davon bitte ich vor allem die Herren Notiz zu nehmen, die sich vielleicht nachher in der Debatte für die Wiederherstellung aller möglichen Zulagen — Luftdienstzulage, Tropenzulage, Kriegszulage für Offiziere usw. — unter Berufung darauf einsetzen werden, daß diese Bezüge früher verfassungsrechtlich besonders geschützt gewesen seien."

Die kommunistischen Abänderungsanträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung solle bis zur dritten Lesung des Etats eine Novelle zum Versorgungsgesetz vorlegen und die Mittel für Kriegsbeschädigtenrenten um 150 Millionen erhöhen, geht an den Haushaltsausschuß.

Der Versorgungshaushalt wird darauf angenommen. — Es folgt die Beratung des

Etats des Reichspräsidenten.

Abg. **Hoersing** (Komm.) beantragt Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten: Der Name Hindenburg sei verbunden mit der Zeit höchster Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht habe. (Stürmische Pfui-Rufe bei der Mehrheit.)

Reichsjustizminister **Hergt** erklärt mit zornbebender Stimme, daß die Beschimpfungen des Reichspräsidenten nicht an dessen Person heranreichten, er lege im Namen der Regierung Verwahrung dagegen ein.

Der Haushalt wird darauf verabschiedet. Es folgt die zweite Beratung des

Reichshaushalts der Justiz.

Ueber die Ausschußverhandlungen berichtet Abg. **Bokius.**

Der Ausschuß empfiehlt folgende Entschließung anzunehmen:

„Die Reichsregierung um die Vorlage einer statistischen Uebersicht darüber zu ersuchen, an wieviel Personen und welche Beträge seit dem 1. Januar 1924 als Entschädigungen für unschuldig erlittene Haft gezahlt worden sind und wie lange diese Haft bei den einzelnen Personen gedauert hat."

Reichsjustizminister Hergt

befaßt sich mit der Vertrauenskrise, in der sich die deutsche Justiz befindet. Aus seinen Ausführungen dürfe man nicht schließen, als ob die Dinge in der deutschen Rechtspflege etwa noch schlimmer lägen, als sie bisher dargestellt seien. Wir ständen vor einer Entwicklung, die durchaus normal sei, die in der Zeit begründet sei und von der Zeit auch wieder geheilt werden würde. Diese Entwicklung sei eine Folge der sozialen, der staatlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, in denen wir leben, sie wirkten auch auf den Richterstand ein. Die deutschen Richter hätten sich nicht, wie manche anderen Leute, von heute auf morgen umstellen können und das gereiche ihnen nicht zur Unehre.

In einzelnen, vielleicht zahlreichen Fällen sei die richterliche Erledigung nicht befriedigend gewesen und habe Unzufriedenheit erregt.

Die Reichsregierung gehe diesen Fällen nach. Das Wichtigste, was das Reichsjustizministerium zur Beseitigung der Vertrauenskrise tun könne, sei eine stille Arbeit. Man solle diese einzelnen Fälle aber auch nicht überschätzen. Vor allem müsse die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Richter gewahrt werden, das sei in einem demokratischen Verfassungsstaat besonders notwendig. Die deutsche Republik müsse doch stark genug sein, um die Unabhängigkeit der Richter zu ertragen, und die Regierung werde sie mit allen Mitteln schützen. (Bravo! rechts.) Bei den Begnadigungsfällen müsse vor allem gefragt werden, ob ihre Erledigung mit der Rechtsordnung in Einklang stehe. Nach einer Untersuchung der Reichsjustizverwaltung sei festgestellt worden, daß von außerordentlichen Gerichten 3818 Verurteilungen erfolgt seien, davon seien 3036 durch einzelne Gnadenerweise erledigt worden. (Hört, hört! rechts.)

Nach Mitteilung des Reichsgerichts seien dort innerhalb eines Jahres

723 Fälle gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei anhängig gemacht worden,

aber nur in 44 Fällen sei Anklage wegen Hochverrats erhoben, alle anderen seien durch Einstellung des Verfahrens usw. erledigt worden. Auch das zeige, daß die Angriffe gegen die deutsche Justiz nicht begründet seien. Das ganze Volk habe ein Interesse daran, daß das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege wieder hergestellt werde. Die unbedingte Verfassungstreue des deutschen Richterstandes stehe fest. Wenn der „Vorwärts" mitteile, daß jetzt ein Kommunist wegen Beleidigung des Reichskanzlers zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, während ein Völkischer wegen Beleidigung des Reichskanzlers freigesprochen worden sei, so könne man doch daraus auch entnehmen, daß jetzt schon ein anderer Geist bei den deutschen Richtern herrsche. (Stürmischer Widerspruch links.)

Der Justizminister erklärt weiter, daß auch die deutsche Anwaltschaft eine wichtige Aufgabe bei der Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Justiz zu erfüllen habe. An vielen kritisierten Fällen sei das Recht, die Gesetzgebung selbst schuld, die nicht dehnbar genug sei.

Abg. Dr. Levi (Soz.)

erklärt, es sei heute zum erstenmal von einem Reichsjustizminister festgestellt worden, daß die Rechtsprechung sich in der Entwicklung befinde, daß es Zeit brauche, bis sie zu normalen Verhältnissen zurückgeführt sei. Er hat weiter anerkannt, daß eine ganze Anzahl von Fällen keine befriedigende Lösung gefunden haben, daß eine Kritik der Justiz erwünscht sei, und daß eine Vertrauenskrise der Justiz besteht.

Ich konstatiere, daß das bestehende Mißtrauen gegen die Justiz sich bis in die Rechtskreise hinein erstreckt.

Das geht schon daraus hervor, daß die Mehrheit dieses Hauses eine so große Materie, wie sie das Arbeitsgerichtswesen darstellt, dem ordentlichen Gerichtsverfahren entzogen hat. Ich gebe zu, daß in Deutschland eine große Zahl von Fällen in zureichender Weise erledigt worden sind. Aber an den nicht normalen Konfliktfällen erweist sich erst die sittliche Befähigung des Richters. Diese Konfliktfälle sind es, an denen sich die sittliche Befähigung des Richters entscheidet. Und selbst wenn es sich hierbei nur um einzelne Fälle handelt, so sind sie doch entscheidend für die Beurteilung des deutschen Richtertums.

Darüber kann es doch gar keinen Zweifel geben, daß in all diesen Fällen Urteile entstehen, die von der überwiegenden Menge des deutschen Volkes einfach nicht verstanden werden.

Der Minister hat hier eine semmelwarme Rede gehalten, die sich ganz gut für einen Leitartikel des „Lokal-Anzeigers" eignen würde. Aber mit allen seinen Ausführungen ist er doch an den entscheidenden Tatsachen vorbeigegangen. Besonders bezeichnend ist es, wie er vom Anwaltsstand gesprochen hat. Er hat gesagt, daß der Anwalt „auch ein Organ der Rechtspflege" sei. Beim Reichsgericht merkt man noch nichts davon, daß die Anwälte als gleichberechtigtes Organ anerkannt werden, dort werden sie eben „auch" nur als Organ der Rechtspflege behandelt. Keinem Anwalt ist es gestattet, ohne Zeugen den Angeklagten zu sprechen. Dort wird die Praxis geübt, daß ein Justizwachtmeister oder ein unterer Beamter neben dem Anwalt sitzt und Notizen über dessen Gespräch mit dem Angeklagten macht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Unwürdig ist es auch, daß ein Anwalt mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernt wird. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß auf dem Gebiete der Landesjustiz eine gewisse Besserung eingetreten ist. Es besteht aber noch in weiten Kreisen des Richterstandes das Uebel, daß eine gewisse Ueberschreitung der richterlichen Befugnisse eintritt. Bei Freisprechungen werden Begründungen beigegeben, die eine moralische Verurteilung des Angeklagten in sich schließen. Der Redner erwähnt den Fall eines jungen Ausländers vor einem Berliner Jugendgericht, der zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er sich über die ihm erteilte Erlaubnis hinaus in Deutschland aufgehalten hat. In dem Urteil wurde gesagt, daß diese Leute bestraft werden müßten, weil sie den deutschen Arbeitern und Kaufleuten das Brot wegnehmen. Zu den Jugendgerichten werden doch gerade ganz besonders qualifizierte Personen herangezogen. An diesem Fall sehen wir, daß selbst hier das Uebel besteht, daß der Richter seine Amtsbefugnisse überschreitet. An die Berufung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons sind besondere Hoffnungen geknüpft worden. Leider ist das nicht der erste Fall, daß ein Mann, der in ein Amt berufen wird, dort ein anderes Bekenntnis abgelegt hat, als er es vorher hatte. Herr Dr. Simons hat in seiner Münchener Rede den Sozialdemokraten die Qualifikation zum Richter abgesprochen. Mit dem Senatspräsidenten Niedner vom Reichsgericht haben wir uns bisher bei jeder Debatte beschäftigt. Die Denkschrift, die kürzlich in einer Zeitschrift veröffentlicht worden ist, bedeutet für diesen Mann eine moralische Ohrfeige.

Ein großer Teil dieses Hauses hat deshalb für die Aufhebung des Staatsgerichtshofes gestimmt, weil dessen Praxis das deutsche Rechtsansehen mehr geschädigt hat als irgend etwas, was sonst in Deutschland geschehen ist.

Durch die Schuld des Reichsgerichtspräsidenten ist dann der ganze Komplex, den früher der Staatsgerichtshof bearbeitet hatte, dem Senat des Herrn Niedner übergeben worden, und dort sitzen jetzt die gleichen Leute, die früher diese Dinge abgeurteilt haben. Es handelt sich dabei vor allem um

die Frage des Landesverrats.

Die Auslegung, die der Hochverratsparagraph des Strafgesetzbuches gefunden hat, hat uns jetzt Veranlassung gegeben, einen Antrag zu stellen, der die Regelung der kommenden Strafgesetzreform vorwegnimmt. Der 4. Strafsenat scheint vor einer völligen Unkenntnis seiner Aufgabe zu stehen. Die Form der Kriegsführung hat sich völlig gewandelt, daher ist auch der Begriff des Landesverrats anders geworden.

An dem heutigen Kriege nimmt die ganze Bevölkerung und die ganze Wirtschaft teil. Den Krieg führen heute nicht die Soldaten, sondern das Volk und die Wirtschaft. Das heißt also, daß es militärische Dinge, die geheim zu halten wären, gar nicht mehr gibt. Das Reichsgericht aber stützt sich auf die Gutachten, die ihm die Militärs von der Reichswehr erstatten. Diese Militärs sehen nichts anderes, als was in ihrem engen Umkreis geschieht und was in ihren eigenen Akten steht. Sie geben Gutachten ab, so wie sie sich die Welt vorstellen, und nicht wie die Welt wirklich ist.

Die Militärs aus dem Reichswehrministerium beweisen vielfach eine geradezu bornierte Ressortmäßigkeit. Ihre Gutachten enthüllen zum Teil ihre eigene Schande.

Allgemeinstaatliche und politische Interessen werden hier leider von keinem Oberreichsanwalt gegenüber den Militärs vertreten. Der Minister hat gesagt, wir sollten keine „olle Kamellen" vorbringen. Ich muß aber auch heute wiederum den Fall Bullerjahn erwähnen, und ich werde ihn so lange vorbringen, bis dieser Fall erledigt ist. Ich weiß nicht, ob dieser Mann schuldig ist oder nicht. Aber ich sage, daß das auch das Reichsgericht nicht weiß. Auf Grund von Aussagen von Zeugen, deren Namen man nicht kennt, die ihm nie mitgeteilt worden sind, hat man diesen Mann zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört, hört! links.) Und daß man dieses Urteil nach einer solchen Prozeßführung fällen konnte, daß man dem Mann nicht die Möglichkeit gegeben hat, dem Zeugen Auge in Auge gegenübergestellt zu werden, das ist das, was uns dabei nicht ruhen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Früher ist bei Hochverratsunternehmungen die präzise, konkretisierte Darstellung verlangt worden. Diese Voraussetzung fällt jetzt bei den Prozessen, die gegen Kommunisten veranstaltet werden, fort. Ueber die Feststellung konkreter Tatsachen kommt das Reichsgericht hinweg mit einem Formular. In jedem Urteil steht der Satz, die Kommunistische Partei, das sei gerichtlich bekannt, bereite den Bürgerkrieg mit allen Mitteln vor. Wann hat sich das Reichsgericht dieses Urteil über die KPD. gebildet? (Abg. Rosenberg [Komm.] ruft: Im Frühjahr 1924.) Vielleicht konnte damals noch das Reichsgericht zu diesem Urteil kommen. Aber das müßte doch auch ein Senat des Reichsgerichts heute wissen, daß sich die tatsächlichen Verhältnisse seit 1923 in der Kommunistischen Partei gewaltig geändert haben. Es ist doch eine Tatsache, daß die KPD. sich in einer schweren Krise befindet, daß sie viele Mitglieder ausschließen mußte wegen der verschiedenartigen Beurteilung gerade der Vorgänge im Jahre 1923. Es kann sein, daß die KPD. theoretisch noch dieselben Gedanken hat wie 1923. Aber die Theorie wird nicht verfolgt, und kein Theoretiker, und wäre er selbst Kommunist, wird bestreiten, daß die Verhältnisse von 1923 und von heute völlig voneinander verschieden sind und daß die allererste Voraussetzung für ein Hochverratsunternehmen, die wirtschaftliche Zerrüttung und die Verzweiflung der Bevölkerung, gegenwärtig und für eine absehbare Zeit nicht besteht. Nun sagt der Reichsjustizminister: Aber in der „Roten Fahne" hat das noch nicht gestanden. **Der Minister will also den Umfall bei anderen Parteien feststellen. Aber aus seiner Praxis muß ihm doch bekannt sein, daß sich solche Umfälle durch die Tat vollziehen und nicht durch Worte.** (Stürmische Heiterkeit.) Auf Grund dieser völlig unhaltbaren Voraussetzungen kommt das Reichsgericht zu Feststellungen, die für das normale Rechtsgefühl untragbar sind. Ein kommunistischer Funktionär, der für seine Partei wirkt, wird wegen der Teilnahme an einem hochverräterischen Unternehmen verurteilt. Ich erwarte jetzt nur noch das eine, daß ein Kommunist ins Zuchthaus kommt, wenn er Kinder erzeugt, in dem Gedanken, der Roten Armee neue Soldaten zuzuführen.

Auch die Spruchpraxis des Reichsgerichts gegen die Presse fordert zu schärfster Kritik heraus. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Presse in Fragen der Justiz wachsende Bedeutung gewinnt. Ich freue mich darüber, daß die Presse ihre Aufgabe in dieser Richtung immer mehr erkennt. Die kritische Mitarbeit der Presse an der Rechtsprechung bedeutet das Entstehen einer neuen Instanz, in vielen Fällen ist es nur auf dem Wege über die Presse möglich, Besserungen zu erzielen. Ich erinnere an die Fälle Fechenbach, Wandt, Haas, wo durch die Presse Unrecht gut gemacht oder Unheil verhütet worden ist. Aber es scheint, als ob diesen Richtern diese Mitarbeit der Presse höchst unangenehm ist. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die Sozialdemokratie hat sich nun veranlaßt gesehen, einen Antrag auf Wiederherstellung der Schwurgerichte in ihrer alten Form einzubringen. Wir wissen, daß auch die alten Schwurgerichte manches Urteil gefällt haben, das falsch war. Gerade in der Geschichte unserer Partei sind viele und schwere Fehlsprüche auch durch die alten Schwurgerichte gefällt worden. (Sehr richtig bei den Soz.)

Aber diese alten Schwurgerichte waren doch getragen von dem Vertrauen weiter Kreise des Volkes

und schon aus diesem Grunde haben wir es als ein Verhängnis betrachtet, daß sie beseitigt worden sind. Und das ist in einer Form geschehen, die nicht anders als ein **Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes** bezeichnet werden kann. Die Beseitigung der alten Schwurgerichte war keine Ersparnismaßnahme, sondern ein langgehegter Wunsch der Bureaukratie. Die verhängnisvolle Wirkung hat sich in dem Prozeß Marschner klar gezeigt. Dieser hat in einer dreistündigen Beratung im geschlossenen Zimmer den Schöffen nicht ein Wort der Belehrung gesagt.

Der Redner erklärte zum Schluß: Wir werden nunmehr ein weiteres Jahr abwarten, was dann aus der deutschen Justiz geworden ist. Hier im Reichstag können wir uns ja in Geduld üben, aber ich fürchte

die Hunderte, die vielen Tausende, über die die Maschine der Justiz weiter hinweggeht, sie werden unsere Geduld nicht teilen und unsere Geduld nicht verstehen.

Wir verlangen, daß die deutsche Justiz endlich so gestaltet wird, daß diese namenlose Leiden endlich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Um 6½ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt, den sozialdemokratischen Initiativantrag über das Arbeitszeitnotgesetz als ersten Gegenstand auf die morgige Tagung zu setzen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilt mit, daß das von der Regierung ausgearbeitete Arbeitszeitnotgesetz schon morgen an den Reichsrat gehe. Der sozialdemokratische Antrag wird durch Auszählung des Hauses mit 160 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

W.H.Wittig

Selbst Fachleute

erkennen an, doss die Enver Bey Zigaretten an Qualität nicht zu übertreffen sind. Sie sind unwidersprochen die besten.

ENVER BEY

Fabelhaft 3₰ · Ballnacht 4₰ · Gold 5₰

Der Fall der Bassejnaja Straße.

Von Alexej Tolstoi.

(Berechtigte Uebertragung aus dem Russischen von A. Wasserbauer.)

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das Ereignis in der Bassejnaja Straße nicht besonders von zehnerlei anderen Ueberschreitungen des Kriminalkodex. Das Interesse der Richter wurde erst wach, als sie die Gesichter der Angeklagten sahen, deren offenes Geständnis vernahmen, in Details eindrangen. Das Urteil war zweifellos unter dem Eindruck der Rede des Verteidigers gefällt worden. Er begann folgendermaßen:

„Den Faden dieses Verbrechens muß man dort aufnehmen, woher der Film kam, den die beiden Angeklagten mit, ich möchte sagen, geradezu religiöser Andacht fünfmal hintereinander angesehen haben. Gestatten Sie mir, ein wenig zurückzugreifen und das wahre Bild dieses Ereignisses zu entwerfen. . . ."

*

Die Rede des Verteidigers war geschäftsmäßig, trocken. Wir gestatten uns, sie ein wenig malerischer wiederzugeben.

*

Auf den nassen, nachtschwarzen Trottoirs spiegelte sich die schlaflose Nacht der großen Boulevards. Ueber den Asphalt, über die von spiegelndem Licht blutigen Pfützen huschten Massen von Frauenbeinen, umgestülpte Füße, kurze Röcke, seidene Schärpen. Es schien, als wäre das ganze Leben wie ein düsterer, aufregender Traum auf den Kopf gestellt, mit den Beinen nach oben. So schien es wenigstens Gil Bonneau, der mit hängendem Kopf, die Hände in den Taschen seiner Samthose, das Trottoir entlangschlich.

Dem Beruf nach war Gil Bonneau ein Nichtstuer. Hätte es keine Polizei gegeben — insbesondere keine Polizei, die außerdem noch mit Fahrrädern ausgerüstet war —, hätte er sich in dieser Stadt schon so manchen Streich erlaubt, trotz seiner angegriffenen Gesundheit (chronische Gonnorhoe, Darmkatarrh und nervöse Zuckungen). Aber Bonneau war weder dumm noch waghalsig. Für eine Kriegsverwundung bezog er eine Rente von monatlich hundertfünfzig Franken, und dieses Bettel gestattete ihm, sich nicht in allzu riskierte Unternehmungen einzulassen.

Trotzdem verlangte es ihm nach Vielem, nach all dem Luxus, der in diesen langen Maschinen vorübersaust, nach den hellerleuchteten Tanzsälen auf den prächtigen Pariser Boulevards. Am meisten aber verlangte es ihn nach — Frauen. Diese Frauen, parfümiert, zartrosa, in kostbaren Pelzen, die quälten ihn bis zur Bewußtlosigkeit. Er wußte genau, wieviel ein Liebeskrampf mit einer beliebigen von diesen Schönen kostet, und er konnte nur ohnmächtig mit seinen Zahnstummeln knirschen, wenn er längs des Trottoirrandes blickte, wo aus dem Auto eben ein langbeiniges, halbnacktes Dämchen kroch, das heute nacht eine Unmenge von Franken oder Pfunden verprassen wird. Gil war überzeugt, daß sein krankhafter Zustand nur darin den Grund hatte, daß sein Blut von diesen peinigenden Weibern schon ganz geronnen war. Er zog diesen Weibergeruch in seine Nüstern ein und ging achselzuckend weiter. Trieb sich ziellos herum, wie ein Tier, das in Tropennacht durch Dschungeln schleicht.

Vor ihm lag roter Lichtschein. So grell, daß alle anderen Lichtor daneben verblaßten. Die Frauen, die durch dieses Heer von Quecksilberlicht vor dem Kinoportal schritten, schienen aus Wachs zu sein, ihre Augen glänzten gläsern. Zwei Schilder mit Plakaten:

„Der Mord in der Rue Beaugirard."

Gil blieb stehen, betrachtete das Plakat: ein befrackter Herr in Halbmaske schritt geckenhaft, mit einem bluttriefenden Messer in der Hand, über die Leiche eines kahlköpfigen Alten. „Komisch" — dachte Gil und klimperte mit dem Metallgeld in der Hosentasche — „komisches Sujet!" Er nahm eine Handvoll Münzen aus der Tasche und trat ein.

*

Lohnt es sich, dieses Kinodrama zu beschreiben? Ein Bankierssohn und dessen Frau — Typus der anständigen Gattin mit Hang zu Tränenergüssen. Ein geheimnisvoller Adonis nichtfranzösischer Abstammung will die Frau des Bankiersohnes verführen, um in den Besitz des Kapitals ihres Gatten zu kommen. Dann eine Kurtisane, umgeben von rasendem Luxus. Den Bildern des „sweet home" der Kurtisane hat die französische Industrie quasi Sand in die Augen gestreut. Man hörte nichts als Aechzen im verdunkelten Saal. Selbstverständlich führt der geheimnisvolle Adonis den Bankierssohn mit dieser Kurtisane zusammen. Die Gattin des Bankierssohnes verweigert unter Tränen jede Nahrungsaufnahme. Der Bankierssohn verliert, beim Kartenspiel und beim Rennen — unter lebhafter Anteilnahme aller großen Schneidersalons und der gesamten Luxusindustrie. Er ist fertig. Und — das Verbrechen geschieht. Alles ist überzeugt, daß er es war, der den kahlköpfigen alten Wucherer umgebracht hat. Aber das wäre von seiner Seite durchaus nicht schön gehandelt, und so stellt es sich heraus, daß der geheimnisvolle Adonis der wahre Mörder ist.

Als das herauskam, lachte Gil laut auf.

„Unsinn," sagte er zu seiner Nachbarin, „nichts als Luxusreklame, um Amerika und England damit Geld herauszulocken. Uebrigens, kein Wort wahr, bis auf das, daß es dem Burschen, der den Alten auf der Rue Beaugirard getötet hat, gelungen ist, der Polizei zu entwischen. Hätte man die Sache aber für den Film wirklich so gedreht, wie sie vor sich gegangen ist — erinnern Sie sich vielleicht, mein Fräulein, daß im November vorigen Jahres ganz Paris von der Bluttat in der Rue Beaugirard gesprochen hat? —, alle Details zeigen wollen, wäre die Sache viel lustiger ausgefallen. Das da ist nur für Ausländer bestimmt. . . ."

So verhöhnte Gil den Film bis zum Schluß der Vorführung. Ging fort, rauchte eine Zigarette, blieb eine kurze Minute im Quecksilberlicht vor dem Portal stehen. Mögen die vorüberhuschenden Mädchen in fleischfarbenen Strümpfen auch ein wenig nach ihm hinsehen. Das ist er, Gil Bonneau, ein gänzlich unbekannter Mensch in Paris und trotzdem hat man über ihn einen Unsinn gedichtet in zwölf Akten und drei Teilen, aus dem Bankiersleben. Links und rechts von ihm die Plakate — er ist's, Bonneau, der da in Frack und Halbmaske über den Leichnam schreitet — und nun steht er lebendig zwischen den beiden Plakaten. Haha.

Bonneau hatte tatsächlich allen Grund, stolz dort zu stehen, vor dem Eingang in das Kino, denn er hat tatsächlich im November vorigen Jahres in der Rue Beaugirard ohne Halsersheiser mit dem Rasiermesser einem alten Hausbesorger die Kehle durchgeschnitten, 10 000 Franken geraubt und die Spuren seines Verbrechens fein säuberlich verwischt.

Ja, das war eine Minute des Ruhms — aber leider: einsamen Ruhmes. Von dem gesamten Ruhm waren ihm aber nun in der Tasche nicht mehr als vier Sous geblieben, also nicht einmal für ein Gläschen Schnaps reichte es. Diese Bourgeoisie, diese Weltschakale, haben schließlich ihn beraubt, ihn, Gil Bonneau. Er spuckte den Zigarettenstummel aus und mischte sich in den Strom der vorüberflutenden Menge, um wenigstens gratis die Transpiration der Weiber einzuatmen.

*

Gil Bonneau verschwand in der Menge. Sein ferneres Schicksal interessiert uns nicht. Er hatte ein prächtiges Thema geliefert, ohne einen Centime zu bekommen, man hatte ihn bestohlen — man brauchte ihn nicht mehr. Und der Luxusfilm „Der Mord in der Rue Beaugirard" lief durch die ganze Welt, mit seinem eleganten Schreck angenehm aufregend, mit seinem Luxus unerfüllbare Träume weckend.

Ein Jahr nachher lief er im Kino „Waldgeist", Leningrad. Die Titel waren geändert, schädliche Szenen ausgeschnitten. Er hieß jetzt: „Die vornehmen Banditen von Paris".

Diese „Vornehmen Banditen" sahen sich eines Juniabends Maria Oskolkina und Michail Zedrikow an. Maria war sechzehn, Michail siebzehn. Beide waren diesen Frühling von der Schule fortgelaufen. Maria, weil sie fand, daß sie schon über die Jahre hinaus entwickelt war, wo man Aufgaben lernt; Michail, weil ihm der kurze Rock Mariens den Ausblick auf die ganze übrige Welt nahm. Michail wohnte noch immer bei seinem Vater, der ein Kurzwarengeschäft hatte, Maria bei einer Tante, die sich mit Heimstrickerei beschäftigte. Sie konnten sich keine gemeinsame Wohnung mieten, dazu fehlten ihnen die Mittel. Maria — oder Mary, denn sie hatte befohlen, sie nur mehr „Mary" zu rufen — entwickelte, nachdem sie alle restlichen Lehrmittel auf dem Basar verkauft hatte, einen außergewöhnlich feinen Geschmack in bezug auf die Kleinigkeiten der modernen Frauentoilette. Woher nur nahm sie all das Geld für Strumpfbänder mit Seidenmaschen, Strümpfe, Schachteln mit Puder, Parfüms usw.? Michail erfuhr es nie — Geheimnis, alles Geheimnis. „Wenn du willst, daß ich dich liebe, dann frage nicht!" pflegte Mary ihm zu antworten.

Nachdem die beiden in den Saal getreten waren, sich auf ihre 30-Kopeken-Plätze niedergelassen hatten, sperrten sie den Mund weit auf und staunten diese wunderbaren Bilder an, die wie ein Strudel vor ihren Augen abrollten; das also war Paris, so sah es aus, ach, Paris! So leben die wirklichen Menschen, die schönen Kokotten, vornehme Banditen, Bankierssöhne.

Mary bohrte ihre Fingernägel während der Vorstellung tief in das Fleisch von Michails Hand. Er muckste sich nicht. Wie konnte er auch mit seinem 18-Rubel-Anzug mit diesem geheimnisvollen Adonis (dem kommenden Mörder) konkurrieren! Frack! Was für Socken! Schick, vom Scheitel bis zur Sohle! Traurig dachte Michail daran, daß dieser Gent zweifellos heute nacht Mary im Traum erscheinen werde. Der zog jetzt seine Pelerine über den Frack, setzte den glänzenden Zylinder auf und zog plötzlich einen scharf geschliffenen Dolch aus der Scheide! Starr blickte er mit seinen Riesenaugen in die Seele Marys. (Fortsetzung folgt.)

Stettin.

Der Kommunist: „Ich sehe nichts — also geht hier auch nichts vor!"

Die Ueberwindung der Schule.

Wiederholt habe ich es bedauert, daß Wilhelm Paulsen, der Begründer der Hamburger Lebensgemeinschaftsschulen, der durch die Bürgerlichen und die Kommunisten vor zwei Jahren abgebaute Berliner Oberstadtschulrat, nur in Artikeln sein pädagogisches System skizziert, es aber nicht in einer Schrift wissenschaftlich begründet hat. Das hat seinen Freunden und Verehrern seine Verteidigung im Kampf gegen seine politischen und pädagogischen Gegner erschwert. Daher ist es zu begrüßen, daß er jetzt endlich eine „Begründung und Darstellung der Gemeinschaftsschule" geschrieben hat. Sie ist unter dem obigen Titel in dem Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig erschienen (ungebunden 4 M., gebunden 5,60 M.). Die wenig volkstümliche Art seiner Darstellung, die schon an seinen Aufsätzen bedauert wurde, ist leider auch an dieser Schrift zu bemängeln. Sie erscheint dem, der in der pädagogischen Literatur nicht belesen ist, wie eine Zusammenstellung der wichtigsten Leitsätze aus Marx' „Kapital" einem, dem die materialistische Geschichtsauffassung unbekannt ist. Paulsen hätte entweder eine volkstümliche Darstellung der Lebensgemeinschaftsschule geben sollen oder diese ausführlicher wissenschaftlich begründen sollen; denn 160 Seiten sind hierfür etwas wenig. Die freie Zeit, die er der Feindschaft seiner Gegner verdankt, ermöglicht es ihm hoffentlich, das Versäumte bald nachzuholen.

Trotz dieses Mangels kann ich die Schrift Paulsens allen empfehlen, die die Gemeinschaftsschule theoretisch kennenlernen wollen. Die Lehrer sollen mit den Eltern und den Schülern eine Lebensgemeinschaft bilden und ihnen durch Elternversammlungen und einen Elternausschuß, durch eine Schulgemeinde und einen Schülerausschuß nähertreten, als es in den anderen Schulen geschieht. Das ist einer der wichtigsten Grundgedanken Paulsens. Durch keine Lehrpläne soll der Lehrer bei Entfesselung der schöpferischen Kräfte im Kinde gehemmt werden. Da für den Fortgang der Arbeit nur das wechselnde Bedürfnis der Schülergemeinschaft entscheidend sein soll, so sollen alle Stundenpläne fortfallen.

Dankbar erkennt Paulsen als seinen Vorgänger Berthold Otto an, der nach unsagbaren Entbehrungen nur infolge der Opferwilligkeit früherer Schüler seinen Schulversuch in Berlin-Lichterfelde vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet hat. Obwohl Paulsen mit Hilfe der Kommunisten abgebaut worden ist, bestreitet er nicht, daß die russischen Sowjetschulen der Verwirklichung seiner pädagogischen Forderungen sehr nahe gekommen sind.

Wie man aber auch zu Paulsens Pädagogik stehen mag, mit ihr muß sich künftig jeder auseinandersetzen, der sich wissenschaftlich oder praktisch mit Erziehungsfragen beschäftigt. Da im Jahre 1923 das Unterrichtsministerium, besonders unter dem Einfluß des früheren Staatssekretärs und jetzigen Ministers Becker und unter dem des Ministerialdirektors Kästner Richtlinien und Grundsätze erlassen hat, nach denen Lebensgemeinschaftsschulen eingerichtet werden können, und da nach diesen in Berlin etwa ein Dutzend errichtet worden ist, ist das Wirken Paulsens in Berlin nicht vergebens gewesen, kann er die Entscheidung über die Berechtigung seiner Reformideen der Zukunft und dem Urteil der fortschrittlichen Pädagogen überlassen.

Dr. Erich Witte.

Auch ein Jubiläum!

In Köln lebte im Jahre 1627 eine schöne junge Dame, Katharine von Henoth, Tochter eines kaiserlichen Postmeisters. Dieselbe leitete das Hauswesen ihres Bruders und war in den vornehmen Kreisen, die sich mit dem Hause des Bruders berührten, hoch angesehen. Da geschah es, daß einige angeblich behexte und vom Teufel besessene Schwestern des Klosters zu St. Clara sie als Hexe verschrien, infolgedessen sie unter Beihilfe eines städtischen Rutenträgers mit Gewalt aus dem Hause ihres Bruders geholt und ins Gefängnis geschleppt wurde. Alsbald setzte man über sie die erbärmlichsten Gerüchte in Umlauf. In den Gärten, die um ihre Wohnung lagen, hätte sich eine auffallende Menge von Raupen gezeigt, die Obst und Gemüse verdarben. Auch hätten zwei Pfarrer bekannt, daß sie an den geheimsten Teilen ihrer Leiber litten, daß eine Hexe es ihnen angetan haben müsse, und daß diese Hexe ihnen im Traum wie in wachendem Zustaond fortwährend erscheine. Daß diese Hexe Frl. von Henoth sei, stand bald fest, und sie wurde daher dreimal durch alle Grade gefoltert, „daß die Sonne sie durchscheinen konnte". Die gräßlichsten Schmerzen waren jedoch nicht imstande, der mit zerrissenen Gliedern auf der Folter daliegenden standhaften jungen Dame das Geständnis zu erpressen, welches die Richter haben wollten. Sie blieb bei der Beteuerung ihrer Unschuld.

Beinahe wäre auch ihr Bruder in den Prozeß hineingezogen worden. Er hatte alle Ursache, sich glücklich zu schätzen, daß man ihn unbehelligt ließ, als man die Schwester auf einen Karren lud und hinaus vor die Stadt zum Scheiterhaufen führte. Die Unglückliche hatte freilich Freunde, die sie auch in der äußersten Not nicht im Stiche ließen, weshalb dieselben einen kaiserlichen Notar gewannen, der sich bereit erklärte, einen Protest gegen das schreckliche Verfahren aufzusetzen. An einer Straßenkreuzung der Stadt, wo altem Herkommen gemäß der Zug nach dem Richtplatz zu halten pflegte, standen die Freunde, stand der Notar. Die Verwahrungsurkunde wurde auf den Wagen gereicht und der Unglücklichen eine Feder in die Hand gedrückt, damit sie unterzeichne. „Seht, ihr Leute," riefen alsbald die Jesuiten, welche den Karren zum Richtplatz geleiteten, zu dem Volke, in dem sich das Gefühl des Mitleids zu regen begann, „seht ihr, daß sie eine Hex ist, denn sie schreibt mit der linken Hand!" Wirklich hatte Katharine die Urkunde mit der Linken unterzeichnet. Jetzt aber, als sie die Rechtsverwahrung in die Hand des Notars zurückgegeben, riß sie mit der linken Hand einen Verband von der Rechten, zeigte, wie diese von der Folter zu einer blutigen Masse verstümmelt war und brach in die Worte aus: „Ja, ich schreibe mit der Linken, weil die Henkersknechte die Rechte mir verdarben und zerschmetterten, um mich Unschuldige zum Geständnis zu zwingen!" — Grausen und Entsetzen ergriff das Volk, Entrüstung zeigte sich in der Menge, in welcher bereits harte Worte gegen die Hexenrichter laut wurden. Da winkten die Jesuiten, stimmten einen Psalm an und geleiteten den Karren, der sich wieder in Bewegung setzte, durch die Stadt zum Scheiterhaufen.

Was wird aus dem Rotor? Der Rotor als reiner Schiffsantrieb scheint sich entgegen den anfänglichen Vermutungen nicht ausreichend bewährt zu haben. Auf bestimmten langen transatlantischen Linien mit gleichmäßigen Windverhältnissen ist das alte Segelschiff für geringwertige Ladung immer noch das billigste Transportmittel. Die deutschen Segelschiffreder haben jetzt sogar einige Neubauten von Viermastern in Dienst gestellt! Der Rotor hat sich aber als Hilfsantrieb brauchbar erwiesen. Das Motorschiff „Barbara" besitzt außer seiner Kraftmaschine noch Rotoren. Mit seinem 530-PS-Dieselmotor legt es stündlich zehn Seemeilen zurück. Bei halber Motorenleistung beträgt die Geschwindigkeit 5 bis 6 Seemeilen. Herrscht aber Windstärke 4 bis 5 und wird der Rotor angetrieben, so steigt die Geschwindigkeit auf 10 bis 11 Seemeilen pro Stunde, so daß die halbe Kraft gespart wird.

Funkwinkel.

In der Stunde mit Büchern behandelt Karlernst Knatz Romane mit abenteuerlichem und spannendem Geschehen und lobt dabei über den grünen Klee Thea von Harbous „Metropolis". Die sentimentale Lösung verwirft er, aber die genialen technischen Erfindungen, besonders der Maschinenmensch hat es ihm angetan. Vielleicht beschäftigt sich Herr Knatz einmal mit Romanen von Wells oder Döblin, damit er eine Vorstellung davon gewinnt wie ein künstlerisch wertvoller Zukunftsroman beschaffen sein muß. Als unzureichend und gedankenarm erweisen sich die Ausführungen Dr. Günthers über „Theater als Wirklichkeitswert", trotzdem gerade hier viel zu sagen ist. Man erwartet nach dem Wortlaut des Themas die Behandlung eines aktuellen Problems, etwa die moderne Wirklichkeit auf der Bühne oder kann das Theater rein technisch die Vielfältigkeit des gegenwärtigen Lebens zur Darstellung bringen? Statt dessen spricht Günther im pastoralen Tonfall über Binsenwahrheiten. Daß das Theater Kunst ist, und darum ernst genommen werden soll, weiß man bereits ohne Radiovortrag. Einen Genuß bedeuten dagegen schon in rein formaler Beziehung die Ausführungen Dessoirs über die Kunst im Rahmen des Zyklus „Hauptfragen der Aesthetik". Kunst ist nicht mit dem Aesthetischen gleichzusetzen, sie gehört zur Kultur, ist eine Verschmelzung von Sinnlichem und Geistigem, ein Organismus, der alles in sich aufnehmen kann, was für den Menschen wertvoll ist. Auch das Solistenkonzert am Nachmittag hat Niveau. Erna Klein spielt mit guter Technik Schubert, und Hans Hagens Cello entwickelt weichen und satten Klang. Maritta von Reichenbach singt Lieder von Pergolese, Caldara und Hugo Wolf. Für die Italiener fehlt dieser gutgebildeten Sopranstimme noch die spielende Leichtigkeit. Aber manche Lieder von Wolf werden mit zartem Ausdruck gesungen. Die Abendveranstaltung trägt improvisierten Charakter, und Alfred Braun zeigt dabei Erfindungsgeist. An Stelle der Uebertragung des Zarewitsch, die wegen technischer Schwierigkeiten ausfallen mußte, Lieder und Duette aus Lehárs Operetten von Angela Sachs und Kuttner mit Schmiß vorgetragen.

F. S.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½ Uhr: Zar und Zimmermann
Schauspielhaus 8 U.: Der Barbier von Sevilla
Schiller-Theater 8 Uhr: Journalisten

Städtische Oper
Charlottenburg 7½ Uhr
Der Blitz
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 Uhr
Bonaparte
von Fritz von Unruh
Regie: Gustav Hartung
Freitag: Gneisenau
Sonst täglich
Bonaparte

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr:
Max Adalbert
in „Müllers"
von Fritz Friedmann Frederich

Die Komödie
Bismarck 2414. 7516
8½ Uhr:
Die Perle
von Tristan Bernard
Regie: Forster Larrinaga
Nachtvorstellung 11 Uhr:
Rasch ein Kind

Zentral-Theater
Heute z. letzten Male
8 Uhr:
Der Trompeter vom Rhein
Vorverk. ununterbr.
Preise von 1—7 M.

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼ Uhr:
Letzte Woche:
Germaine
(Amoureuse)
von Porto-Riche
Regie: Forster Larrinaga
Ab Sonntag, d. 27. 2.
Die Gefangene
von Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Trianon - Th.
Täglich 8¼ Uhr:
Der gr. Lacherfolg
Zum 100. Male:
Dr. Stieglitz
Friedr. Lobe, Oskar Ebelsbacher
Sonnt. 4 U.: Halbe Pr.
Dr. Stieglitz

Walhalla - Theat.
Weinbergsweg Tgl. 8¼
Es war einmal in Heidelberg
mit d. Schlagerlied Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren
Vorzeig. 50% Ermäß.
Käte Schmidt-Sansi
Gaston Briese

Haller-Revue
Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
An u. aus

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr:
Powers Tanz-Elefanten
und andere
Varieté-Neuheiten!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Traumspiel** Morgen 8 Uhr: **Volpone**
Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: **Das Grabmal des unbekannten Soldaten.**

Komische Oper
Allabendlich 8¼ Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
350 Mitwirkende. / Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen!
Ein Tag im Paradies!
Ausschneiden Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

8 Uhr
Winter-Garten
Variete
Rauchen gestattet

Wallner-Theater
8¼, Der Schlager 8¼
Das blonde Wunder

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundervolle Februar-Programm!
Nachmittags: **halbe** Preise, **volles** Programm!
Dönhoff-Brett'l
Varieté, Konzert, Tanz.

Soeben erschien:

Spätherbstblüten

von

Adolph Hoffmann

gereimte u. ungereimte Lebensbilder

enthält:

Novellen: In höheren Regionen, Luftdrama, Torturen, Eine moderne Justiztragödie.
Gereimte Lebensbilder, Ernste und heitere Gedichte aus dem Leben

Illustriert von Willi Steinert

6 Vollbilder und das Porträt des Verfassers mit Faksimile (Jubiläumsbild). 94 Seiten, eleg. carton. Preis M. 1,50 (Porto 10 Pf.)

Zu beziehen durch den Verfasser: Berlin O 17, Koppenstr. 6 II, und durch alle Vorwärts-Ausgabestellen

Aufklärende Vorträge

über

Ruilos-Knoblauchkur

Mittwoch, 23. Februar: Logenheim Prenzlauer Berg (Simonsches Restaurant), Jostystr 4.
Donnerstag, 24. Februar: Heinrichs Festsäle, NO 18, Gr. Frankfurter Str. 30 (Kleiner Saal).
Freitag, 25. Februar: Kasino-Festsäle (Emma Paul), N 58, Pappelallee 15.

— Näheres siehe Anschlagsäulen. —

Eintritt frei. 8 Uhr abends. Eintritt frei.

Haben Sie Beschwerden wie Alterserscheinungen, Arterienverkalkung, Gicht, Rheuma, nervöse Beschwerden, Korpulenz, Magen-, Darmstörungen, dann

kommen Sie zum Vortrag!

Malton-Weine
aus Malz

anerkannt beste

Stärkungsweine

aus Malz

für Kranke, Schwache, Erholungsbedürftige und auch für Gesunde.
Seit 1895 im Handel und ärztlich empfohlen.

Deutsche Malton-Gesellschaft m. b. H.
Wandsbek-Hamburg.

Niederlage:
Ostwerke Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Wandsbek - Hamburg
Vertriebsstelle Berlin N 4, Chausseestr. 42.
Tel.: Norden 7'6.

Zu beziehen zu Mk. 2,50 pro ½-Literflasche durch die Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.

Neue Welt

A. Scholz **Hasenheide 108–114**

Mittwoch, d. 23. Februar, sowie täglich:

Bockbierfest

in den bayerischen Alpen - 8 Kapellen
Neue Dekorationen - 30 bayerische Madl

und **Großer Alpenball**

in Berchtesgaden

Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Voranzeige: Donnerstag, 24. Februar 1927
Großes Schweineschlachten.

Gr. Schauspielhaus
Nur noch 6 Tage
Tägl. 8¼ Uhr:
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE
Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstlg. zu ermäß. Preisen!

Residenztheater
8¼ Uhr:
Absteigequartier
Zutritt Jugendlichen verboten

Metropol - Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
8 Uhr:
Lottchens Geburtstag. Erster Klasse.

Saltenburg-Bühnen
Des. Künstler-Th.
8 Uhr
Der Zarewitsch
Sbd. 3½: Der fröhliche Weinberg

Lessing-Theater
8 Uhr:
Der Patriot

Th. a. Kurfürstendamm
Käthe Dorsch
8 Uhr **NINI**

Lustspielhaus 8¼
Guido Thielscher
Hurra — ein Junge

Rose-Theater
8¼ U.: **Das Einfamilienhaus**

Philharmonie
8 Uhr
SINFONIE-KONZERT
des Philharm. Orch.
Dirigent: Otto Marienhagen.
Sinf. C-Dur Schubert; Viol.-Konzert D-Dur Brahms (Gold)

Carnowsky-Bühne
Th. Königgrätz. St.
Hasenheide 2116
8 Uhr: **Die treue Nymphe**
Elisabeth Bergner

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr:
Dover — Calais
Roberts, v. Thellmann, Brausewetter.

PHOEBUS-PALAST
(Europahaus)
am
Anhalter Bahnhof

Vorverkauf 12—2 Uhr

Uraufführung

Donnerstag, 24. Februar

5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵

Ab Freitag 4, 5⁴⁵, 7³⁰, 9¹⁵

Die Mutter

nach dem erschütternden Roman von Maxim Gorki gilt vom Tage der Moskauer Uraufführung an als das aufwühlendste Filmdrama, das seit der Erfindung der Kinematographie geschaffen wurde. Niemals vorher wurde dem Leben — wie es tatsächlich ist — mit so unerbittlichem Ernst ins Auge gesehen. „Die Mutter" ist der menschlichste und rührendste Film der Welt. Ein letzter Wille zur Kunst leuchtet noch aus dem kleinsten Detail. Ohne jede politische Tendenz verfolgt der vierundzwanzigjährige Regisseur des Films W. Poudowkin nur ein Ziel, einen Film zu schaffen, der als menschliches und künstlerisches Dokument den Anspruch erhebt, zu den Ewigkeitswerken zu zählen.

Schmidt-Gentner dirigiert.

PHOEBUS-PALAST
(Europahaus)
am
Anhalter Bahnhof

Gewinn-Auszug

5. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (254. Preuß.) Klassenlotterie

11. Ziehungstag — 21. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

4 Gewinne zu je 10000 Mk. 102501 246314
2 Gewinne zu je 5000 Mk. 185063
10 Gewinne zu je 3000 Mk. 108499 168298 186762 236785 310580
10 Gewinne zu je 2000 Mk. 26324 203483 312222 319661 320438
34 Gewinne zu je 1000 Mk. 1488 3241 8693 9375 55423 72671 92105 115320 119343 150114 156853 166300 175571 209435 311907 329463 330549
74 Gewinne zu je 500 Mk. 26885 41505 45653 59621 62977 79783 92680 97613 115047 118054 124778 145380 148661 152745 160223 161085 171897 174013 176592 183252 186055 187423 202438 205109 208840 239005 257320 267343 270203 296068 298163 319122 322860 338368 341548 342771 343247
178 Gewinne zu je 300 Mk. 2187 2654 4006 4821 14394 18138 17491 33199 42764 47281 51903 57514 59451 66575 84013 105398 106133 108666 118396 119807 123455 128840 132958 134957 135168 137167 146602 149074 160703 165171 168293 169723 173074 175368 177493 185469 188122 190661 191049 191995 192741 194828 195561 195811 202012 205574 205915 206301 212847 216088 218570 220866 222119 225441 227475 229555 239990 241473 245573 246291 247864 248140 251081 251934 253843 258130 270855 275686 280210 284491 285511 289184 291330 292506 295143 300053 300365 300761 301811 310981 316150 317326 321608 323683 329284 337599 337809 340796 344199

12. Ziehungstag — 22. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mk. 179735
2 Gewinne zu je 3000 Mk. 2464
18 Gewinne zu je 2000 Mk. 35116 37245 151083 200447 200567 218942 222207 237589 240600
30 Gewinne zu je 1000 Mk. 20583 47110 61834 75107 108397 121744 143687 147167 165522 198774 245681 260731 268958 329839 348823
78 Gewinne zu je 500 Mk. 15287 18578 25080 27966 52899 54668 62387 87213 98732 128085 130946 133006 139228 141512 145240 166324 167805 187145 214681 235239 238083 254728 257314 261774 266900 283854 286926 289118 293625 306145 307723 308659 308703 309227 310243 332091 336165 337792 348590
182 Gewinne zu je 300 Mk. 6265 14841 25288 28298 34037 35133 35712 39515 40183 44301 46344 53962 54763 67437 68398 75896 77539 92659 95509 97508 101577 103416 105221 107443 117561 122812 132147 142366 149606 152469 158276 160960 163316 164873 167692 177022 181440 184262 184278 185488 185807 192390 197283 200034 200175 201309 207432 211887 213151 214216 217240 223721 234671 238219 237957 238630 246781 255688 256871 258854 265708 268177 272222 273021 274884 281566 283072 284207 288033 289710 291129 293048 295732 299733 300582 304443 304886 317159 318695 319602 321218 322413 330528 330983 331277 332577 333806 337689 342166 345744 349961

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wahlkörperversammlungen

der arbeitslosen Mitglieder.

Wahlkörper I:

Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 1½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Schnittarbeiter, Drahtarbeiter, Autogenschweißer.

Wahlkörper II:

Montag, den 28. Februar, vorm. 11 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12

Eisen-, Metall- und Revolverdreher, Karussell- und Bohrwerksdreher, Rundschleifer, Schraubendreher und Automateneinrichter.

Wahlkörper III:

Dienstag, den 1. März, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Eisenformer, Metallformer, Kernmacher.

Wahlkörper IV:

Mittwoch, den 2. März, nachmittags 2½ Uhr, im Parterresaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Industrieschmiede, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Wagen- u. Hufschmiede, Bauanschläger, Walzwerkarbeiter, Eisenkonstruktions-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwarzblech- und Karosserieschlosser.

Wahlkörper V:

Donnerstag, 3. März, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85:

Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Einrichter, Mechaniker, Uhrmacher, Optiker.

Wahlkörper VI:

Donnerstag, den 3. März, nachm. 1 Uhr, im Zimmer 28 des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Gold- und Silberarbeiter, Arbeiterinnen, Gießerei- und Hilfsarbeiter.

Wahlkörper VII:

Freitag, den 4. März, vorm. 11 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12

Bau- und Werkstattklempner, Rohrleger, Rohrlegerhelfer, Emaillierer, Wickler, Feilenhauer.

Wahlkörper VIII:

Sonnabend, den 5. März, nachm. 1 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Schleifer, Galvaniseure, Gürtler, Drücker, Graveure, Ziseleure, Elektromonteure, Hilfsmonteure, Zigarettenmaschinenführer.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung am 13. März. 2. Wahl der Delegierten.

Zutritt haben nur die einigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufsbezeichnung haben, für die die Versammlung aufgerufen ist.

Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Gardinenmarkt! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Wloff, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Kinderwagen, Metallbetten, Klappsportwagen, Auflegematratzen, Ruhebetten. Riesenauswahl. Ratenzahlung. Spezialgeschäft. Schönhauserallee 3, Schönhausertor.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6398.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Möbel

Ausnahme-Angebot! Ankleideschränke, 2 Meter breit, mit großem Spiegel, dreiteilig, Wäscheabteilung, 185.—, 150 breit 105.—, englische Bettstellen, komplett, 55.—, Rohrtische mit Marmorplatte 15.—, Nußbaum-Apotheken 12.—, Plüschsofas 48.—, Diplomaten 35.—, Säulenbüfetts 75.—, Bierzugtische 65.—, Standuhren 72.—, Eßzimmer, echt Eiche, komplett 285.—, Schlafzimmer mit echtem Marmor und Facettespiegel 285.—, Herrenzimmer mit Ledermöbeln 385.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn. Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18.—, Vertiko 15.—, Waschtoilette 11.— Nußbaum-Schreibtisch 25.—, Küchen 24.—, Plüschsofa 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Neue Anrichteküchen mit Linoleum 90.—, Rahmenküchen 64.—, weiße Ankleideschränke mit Facettespiegel 65.—, Nußbaum-Kleiderschränke mit Spiegel 78.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Weiher, Sternbergerstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Fünfundsiebzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung. Kammerling, Kastanienallee 56.

Roissen, Kastanienallee 57. Diese Woche billige Speisezimmer, Büfetts 200, volle Türen, innen Mahagoni, komplett 665.

Roissen, Kastanienallee 57. Bücherschrank 48, Diplomatenschreibtisch 65, Klubsessel 38, Standuhren mit rundem Kopf und Werk 85.

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, große Auswahl, langjährige Garantie, 30.— monatlich, verkauft Pianohaus Königgrätzerstraße 81.

Einzelpianos, auch ohne Anzahlung, Brunnenstraße 55, Laden.

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung. Teilzahlung. Pahrel, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Grammophon 10.— an. Schallplatten —.50 an. Plattenumtausch, Ersatzteile, Reparaturen. Köpenickerstraße 186a.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Centrum Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 30 (Adalbertstraße).

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft. Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 151, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Händler finden guten Verdienst durch Verkauf meiner Eukalyptus- und Wacholderbonbons, Pfefferminz, Wacholder- und Malzextrakt, Fichtennadelpräparate, Seifen und anderer Spezialitäten. Preisliste umsonst von Willi Schulze, Olbernhau in Sachsen 27.